

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Abg. Natascha Kohnen

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Manfred Ländner

Abg. Katharina Schulze

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Horst Arnold

Abg. Erwin Huber

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Markus Blume

Abg. Thomas Gehring

Abg. Eva Gottstein

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident. Bitte schön.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein besonderer Tag. Es ist der letzte Sitzungstag in dieser Legislaturperiode. Aber es ist ein Tag in einem besonderen Jahr. Wir begehen "100 Jahre Freistaat Bayern". Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Begriff Freistaat prägt das Bild Bayerns in Deutschland und außerhalb. Er symbolisiert, dass Bayern etwas ganz Besonderes ist. Andere sind Bundesländer, wir sind Freistaat. Darauf sind wir stolz, und wir wollen es auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist erfolgreich. Bayern ist ein Lebensgefühl. Wir sind ein Land, das einen besonderen Charakter und viele Charakterköpfe hat. Bayern ist Musterland und Blaupause für andere. Wenn ich mit anderen Ministerpräsidenten rede, dann höre ich immer wieder den gleichen Satz: Wir wollen dahin, wo ihr Bayern schon seid. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein besseres Lob für Bayern gibt es nicht.

(Beifall bei der CSU)

Was ist das Besondere an unserem Land? – Bayern besteht aus Herz und Verstand. Bayern ist Rekordhalter und überall an der Tabellenspitze. Bei Wirtschaft und Arbeit ist Bayern Zukunftsland für viele Menschen, nicht nur in Bayern, sondern auch außerhalb. Wir haben in den letzten zehn Jahren über eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben Vollbeschäftigung in fast allen Regionen und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa. Unser Wachstum ist enorm. In den letzten 20 Jahren ist unsere Wirtschaftskraft um knapp 50 % gestiegen, weit mehr als in jedem anderen Land in Deutschland. Mittlerweile leben über 13 Millionen Menschen in

Bayern. Vor 100 Jahren waren es übrigens noch rund 6,2 Millionen. Blicken wir uns ganz objektiv in Deutschland um, stellen wir fest: Keiner ist so erfolgreich wie wir. Ich frage Sie: Ist das Zufall? – Nein, das ist das Ergebnis einer langfristigen, stabilen Politik in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist auch das sicherste Land. Wir haben die wenigsten Straftaten und die höchste Aufklärungsquote. Wir haben die meisten Polizisten und die beste Polizei in ganz Deutschland. Ich sage ganz klar: Chemnitz wäre in Bayern nicht passiert. Das Hamburger G-20-Chaos wäre in Bayern nicht passiert. Silvesternächte wie in Köln wären in Bayern nicht passiert; denn Bayern ist das Land der Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Ist das Zufall? – Nein, das ist das Ergebnis einer langfristigen, stabilen Politik in Bayern.

Bayern ist Bildungsland. Wir bieten der Jugend beste Chancen. Bayerische Schüler sind bei Bildungsvergleichen immer ganz vorne dabei. Kein Flächenland investiert pro Kopf so viel in seine Bildung wie wir. Wir haben Schulen, die ganzheitlich lehren, Universitäten, die international forschen, und Lehrer, die unsere Kinder großartig unterrichten. Ich frage Sie: Ist das Zufall? – Nein, das ist das Ergebnis einer langfristigen, stabilen Politik im Freistaat.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist auch das finanziell stärkste Land. Wir machen keine Schulden, wir tilgen sogar alte Verbindlichkeiten. Wir haben genügend auf der hohen Kante, um für alle Herausforderungen gewappnet zu sein. Nur so nebenbei: Wir versorgen nicht nur unser eigenes Land, sondern unterstützen sogar über den Länderfinanzausgleich eine Menge anderer Länder, die sich selbst so nicht finanzieren könnten. Manchmal hätten wir dafür mehr Respekt und Dankbarkeit in Deutschland verdient.

(Beifall bei der CSU)

Man könnte die Liste endlos verlängern. Auf jedem Politikfeld überall das gleiche Bild: Bayern ist vorne. Der Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt eindeutig und belegt: Stabile und langfristige Politik führt zu Wohlstand und Erfolg. Gibt es Gegenbeispiele? – Klar. Unser ehemals stärkster Konkurrent Baden-Württemberg fällt langsam, aber sicher zurück. Während wir beim Wirtschaftswachstum weiter an der Spitze stehen, wird Baden-Württemberg nach jüngsten Berichten sogar von Berlin oder Bremen überholt. In der Bildung rutscht Baden-Württemberg im Fach Deutsch sogar von Platz fünf auf Platz dreizehn und damit in die Nähe der Abstiegsplätze ab. Dieses Beispiel belegt: Ein Regierungswechsel kann sich langfristig zum Nachteil für ein Land entwickeln. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind objektiv stark. Wir sind aber auch ein Land des Lebensgefühls und der Gefühle. Keiner hilft so sehr wie Bayern. Keiner lebt so intensiv wie wir. Bayern ist das Land des Ehrenamtes, der Tradition und der Lebensfreude. Wir sind das Land mit den meisten Feiertagen, den schönsten Festen und dem mit Abstand positivsten Lebensgefühl. Überall in der Welt liebt man die bayerische Lebensart. Dieser Tage kann man es auf dem Oktoberfest erleben. Das Oktoberfest ist das sicherste Fest. Viele Gäste tragen Dirndl und Lederhosen, genießen Schweinsbraten und Bier und möchten zumindest für einige Stunden einmal gerne selbst Bayern sein. – Meine Damen und Herren, das gibt es in keinem anderen Land der Welt.

(Beifall bei der CSU)

Das ist nicht nur meine eigene Aussage. Das wird von außen objektiv bestätigt. Die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" schrieb jüngst: Bayern ist Deutschlands Märchenland, in Bayern ist eben alles besser.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Und Sie sind der Märchenkönig!)

– Am letzten Sitzungstag, an dem die Demokratie in Deutschland bewertet wird, sollten wir einmal miteinander versuchen, in diesem Hohen Haus Anstand und Respekt zu zeigen, ein einziges Mal.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Ich lese noch einmal vor, was die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" geschrieben hat: Bayern ist Deutschlands Märchenland, in Bayern ist eben alles besser. Der bayerische Erfolg ist laut der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" eben kein Zufall, sondern – Zitat –: Der bayerische Wohlstand ist staatsgemacht.

Einen besseren Beleg dafür, dass Bayern funktioniert und dass dies die Politik gemacht hat, habe ich noch nirgendwo gelesen. Das sollten wir auch anerkennen.

(Beifall bei der CSU)

Damit könnte alles gesagt sein. Müssen wir überhaupt noch über die Zukunft reden? Die Daten stimmen doch. Die Gegenwart funktioniert. – Ich sage Ihnen: mehr denn je. Wir neigen auch in diesem Hohen Haus dazu, über viele Fragen zu streiten, manchmal auch über die kleinen Dinge – diese sind auch wichtig –: ein Funkmast zu wenig, ein Windrad zu viel oder ein Schlagloch, das beseitigt werden muss. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das angesichts der Herausforderungen in dieser Zeit aber wirklich das Entscheidende? – Ich sage Ihnen: Es geht um mehr. Jeder, der glaubt, dass wir einfach nur ein wenig reparieren müssen, der irrt. Jeder, der glaubt, dass es einfach so weiter geht mit der Welt, ist blau- oder grünäugig. Das Leben ist wie ein Laufband. Wer stehen bleibt, der fällt zurück. Nur wer das Tempo hält, der bleibt auf gleichem Niveau.

Unsere Welt dreht sich schneller und, ehrlich gesagt, auch anders als früher. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass die Welt, in der wir leben, unübersichtlicher und ungemütlicher wird. Internationale Konstellationen verändern sich rasanter und rascher, als wir glauben. Alte Gewissheiten müssen neu sortiert werden. Dass wir Deutsche

unter der neuen Präsidentschaft in den USA sogar als wirtschaftliche Gegner eingestuft werden, ist völlig neu. Auch wenn uns Großbritannien manchmal geärgert hat, kann ich mir Europa ohne Großbritannien bis heute noch nicht richtig vorstellen. Meine Damen und Herren, ein ungeordneter Brexit wird Europa nicht nur wirtschaftlich grundlegend verändern. Das ist keine rein wirtschaftliche Frage.

Über den Kontinent weht ein Wind der politischen Veränderung. Überall in Europa, nicht nur im kleinen Kosmos Bayern, werden etablierte Parteien durch populistische oder populäre Bewegungen ersetzt. Ich persönlich sage ganz offen, dass ich mit dem Begriff "Bewegung" ohnehin historisch-semantic fremde. Auch in Deutschland spüren wir diesen Wind, der selbst vor Bayern nicht haltmacht. Alle Volksparteien stehen vor einer neuen Herausforderung. Radikale Bewegungen entstehen, Ränder werden stärker, das Parteiensystem zersplittert und zerfasert. Die digitale Demokratie verändert den Charakter der Politik rasant. In den Filterblasen und Echokammern des Internets werden Einzelinteressen immer radikaler befeuert. Ich sage Ihnen eines: Der Moment des Ausgleichs, der zum Wesen der Demokratie gehört, verkümmert zusehends. Jeder schaut nur noch auf sich und sein maximales Eigeninteresse. Meine tiefe Überzeugung ist: Volksparteien werden dringender denn je gebraucht. Nur sie sind im Endeffekt Garant für Stabilität. Es braucht eine Kraft, die ausgleicht und das große Ganze sieht, nicht "ego first", sondern Gemeinwohl, Ausgleich und Kompromiss. Meine Damen und Herren, das bietet Bayern mehr als jedes andere Land in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zum streitbaren Eigeninteresse gehört zum Gemeinwohl auch die Identität. Wenn wir ehrlich sind, bedeutet Globalisierung nämlich auch Egalisierung. Irgendwie wird alles gleich und seelenlos. Diesen Verlust an Identität, den man an den Fußgängerzonen fast aller Metropolen erkennen kann, wollen wir in Bayern nicht. Unser Ziel und unsere Grundvision ist, ein Land zu bleiben, das trotz Veränderungen seine Seele und seine kulturelle Identität behält. Wir möchten daher einen neuen Heimatbegriff prägen. Wir wollen modern und weltoffen sein, aber gleichzeitig bayerisch

bleiben. Bayern muss in einem immer stärker werdenden Orkan der Veränderung das ruhende Auge sein, in dem man Schutz, Halt und Zukunft zugleich findet. Dies ist die Aufgabe und das Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir bauen Brücken. Wir gehen die Herausforderungen der Zeit konstruktiv statt destruktiv an. Wir sind optimistisch statt fatalistisch, entschlossen statt planlos.

Wir brauchen ein Kursbuch für die Zukunft. Während andere Regierungen sich blockieren und lähmen, machen wir Zukunft. Wir zeigen jede Woche, dass der Freistaat Bayern handlungsfähig ist. Wir legen jede Woche politische Konzepte zur Lösung von Problemen vor. Das ist übrigens der grundlegende Unterschied, der Bayern derzeit in der Politik prägt. Wir haben bayerische und keine Berliner Verhältnisse im Freistaat.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Seehofer!)

Leben und leben lassen ist unser Credo. Darin unterscheiden wir uns übrigens von Ideologen und Populisten. Die Ideologen versuchen ständig, die Welt nach ihrem eigenen Weltbild zu formen, und zwingen die Menschen mit Verboten und Sanktionen dazu, genau dieses Weltbild anzunehmen. Die Populisten beschreiben indes nur Probleme, bieten aber keine Lösungen an; sie säen Verunsicherung und destabilisieren die Demokratie.

Wir in Bayern sind anders: Wir bauen Brücken.

Erstens. Wir bauen Brücken für ein menschliches Bayern. Mehr Menschlichkeit in Bayern heißt, wirklichen und sozialen Halt in den Lebensphasen zu geben, in denen es besonders auf Hilfe ankommt. Wir zeigen in unserem Land Respekt vor der älteren Generation und wollen, dass die Menschen in Würde daheim alt werden können. Bayern geht bei der Pflege seinen eigenen Weg. Natürlich bauen wir die Pflegeplätze aus. Natürlich stellen wir viele neue Pflegekräfte ein. Wir wollen sogar einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz schaffen. Diese Pflegeplatzgarantie sichert überall in

Bayern, in Stadt und Land, Hilfe. Das wird nicht über Nacht gehen, aber das ist unser klares Ziel.

Einzigartig ist unser Landespflegegeld in Höhe von 1.000 Euro. Wir zeigen damit, dass wir nicht eine nur technokratische Hilfe anbieten, sondern wir unterstützen damit die Familien, die mit ihrer Liebe und ihrem Respekt füreinander eintreten. Diesen Respekt vor den Familienangehörigen, der in dem Landespflegegeld zum Ausdruck kommt, gibt es nur in Bayern. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Bayern soll das Familienland sein. Übrigens wird nur in Bayern die Wahlfreiheit der Familie respektiert. Viele wollen den Familien gerne vorschreiben, wie sie ihre Kinder zu erziehen haben. Wir nicht!

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist doch unglaublich!)

Wir erlassen keine Verbote, sondern machen Angebote. Wer Betreuung braucht, bekommt sie. Bis 2020 schaffen wir 42.000 neue Plätze in Kindertagesstätten. Wir schaffen längere Öffnungszeiten, auch in den Ferien. Wir schaffen einen Rechtsanspruch auf Betreuung in der Grundschule, und 10.000 Hortplätze gehören zu einem intensiven Ausbau dieser Betreuung. Ich sage aber auch: Mit dem Familiengeld in Höhe von 6.000 Euro für die Kleinsten geben wir die Möglichkeit, eine Zeit lang zu Hause zu erziehen. Dieses Familiengeld ist nicht nur eine soziale Leistung, sie ist ein ganz bestimmtes Angebot an Freiheit für die Familien, weil sie damit selbst entscheiden können, wie sie erziehen wollen. Wer dieses Familiengeld heute noch als Herdprämie bezeichnet, der lässt Respekt vor der Freiheit der Eltern vermissen. Wir tun das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Schule funktioniert. Früher war der Schulstart eine der umstrittensten Fragen. Dieser Schulstart war hervorragend. Warum? – Vor wenigen Tagen haben wir das G 9 reibungslos und hervorragend auf den Weg gebracht. Wir haben in diesem

Schuljahr 4.300 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt. Andere Bundesländer tun sich damit schwer. Sie stellen zum Beispiel nicht so viele Lehrer ein. Baden-Württemberg hat vor einigen Jahren sogar beschlossen – das ist jetzt geändert worden –, Lehrpersonal abzubauen und Schulen wie das Gymnasium in Einheitsschulen umzuwandeln. Ich sage Ihnen eines: Die Zeit der Experimente an Schulen ist vorbei. Wir wollen Stabilität an den Schulen, weil Lehrer, Eltern und auch Schüler klare und berechenbare Schulmodelle brauchen, die wir in Bayern haben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Unterrichtsausfall!)

Unstrittig gehört zur Menschlichkeit auch bezahlbarer Wohnraum. Mittlerweile wissen wir alle, glaube ich, dass wir dabei an einem Strang ziehen müssen. Der Wohnungsgipfel in der vergangenen Woche in Berlin, bei dem Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam miteinander arbeiteten, zeigt das. Die Wohnungsnot in Bayern ist zum Teil Ergebnis unseres wirtschaftlich starken Erfolges und des damit verbundenen Zuzugs nach Bayern. An einigen Stellen ist die Wohnungsnot aber auch hausgemacht. Die Landeshauptstadt gibt sich mittlerweile zwar sehr viel Mühe – das wird auch ausdrücklich anerkannt, in den letzten zwei, drei Jahren ist eine Menge passiert –, sie hat es aber zu lange versäumt, Wohnungen zu bauen. Es wurde zu wenig, zu niedrig und vor allem auch zu langsam gebaut.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und Sie haben privatisiert!)

Deswegen ist es wichtig und klar, dass der Freistaat jetzt einspringt und dabei mithilft, bezahlbaren Wohnraum so rasch wie möglich zu schaffen. Wir schaffen Wohnraum für Normalverdiener,

(Zurufe von den GRÜNEN: Ha, ha, ha!)

für die Mittelschicht, um die sich viel zu wenige in Deutschland kümmern. Wir in Bayern legen ein klares Bekenntnis ab: Es gibt nicht nur Superreiche und Hartz-IV-Emp-

fänger, sondern auch die Normalverdiener und die Mittelschicht, die mehr Interesse und mehr Engagement des Staates verdienen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben doch 30.000 Wohnungen verkauft! Sie waren doch ein Teil des Problems!)

Wir bauen und beschleunigen das Bauen, vergessen aber auch die aktuelle Situation nicht. Mit der Verlängerung der Bindungsfrist von Sozialwohnungen von 25 auf 40 Jahre – das ist ein wirklich ganz bewusstes Signal – schaffen wir für bis zu 60.000 Mieter eine tatsächlich wirksame Mietpreisbremse, und zwar ohne Juristerei, aber mit einem klaren Signal. Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass in Berlin die Sätze für das Wohngeld geändert werden, damit auch mehr Bayern davon profitieren können.

Der Freistaat Bayern gibt jetzt fast 900 Millionen Euro zur Verbesserung der Wohnungssituation aus. Wir geben nicht nur für den Mietwohnungsbau, der auch entscheidend ist, Geld aus, sondern auch für das Wohneigentum. Bei den Wohnungen geht es nicht nur um München, sondern um ganz Bayern. Mit dem Baukindergeld des Bundes ist ein guter Start gelungen. Mit dem zusätzlichen Baukindergeld von Bayern und der Bayerischen Eigenheimzulage startet eine junge Familie mit zwei Kindern mit bis zu 40.000 Euro ins Wohneigentum. Wo gibt es das in Deutschland? Wo wird endlich wieder etwas für das Eigentum gemacht? – Wir tun es. In Bayern zählt nämlich, anders als in anderen Ländern, Eigentum noch etwas.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir bauen Brücken für ein menschliches Bayern, aber auch für ein modernes Bayern. Das moderne Bayern ist wichtig. Es bedeutet nämlich Technologie. Wir wollen in Bayern nicht darauf warten, dass anderswo innovative Standards gesetzt werden; ich möchte, dass wir das selbst schaffen. Es war immer die große Stärke Bayerns, einen Schritt voraus in die Zukunft zu blicken. Alfons Goppel und Franz Josef Strauß haben es geschafft, Bayern vom Agrarland zum Industriestaat zu ma-

chen. Edmund Stoiber hat Bayern zum Hightech-Land entwickelt. Wir stehen jetzt an der Schwelle zur Digitalisierung.

Wir investieren in Bayern allein in diesem Jahr knapp 20 Milliarden Euro für Bildung, Wissenschaft und Forschung; das ist mehr als die gesamten Haushalte der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Bremen zusammen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die sind auch kleiner!)

In Bayern arbeitet die Forschungsavantgarde Deutschlands. Wir versammeln die schlauesten Köpfe der Welt und entwickeln die Zukunft. Hören Sie zu! In all Ihren Programmen höre ich nichts vom Thema Zukunft. Ich höre immer wieder Gegenwartsbeschreibungen, aber nie etwas von der Zukunft. Digitalisierung, Robotik, künstliche maschinelle Intelligenz, Hyperloop, Lufttaxis, Raumfahrtprogramm, digitale OP-Säle und Quantencomputer – die Liste ließe sich endlos verlängern. Während andere noch davon träumen, hat die Zukunft in Bayern längst begonnen. Wir öffnen jeden Tag neue Türen zu unbekanntem Welten. Wir reden nicht nur davon, sondern wir gestalten jeden Tag ein Stückchen Zukunft mehr.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir bauen Brücken zwischen Stadt und Land wie kaum ein anderes Land in Deutschland. Wir wollen eine ganzheitliche Entwicklung Bayerns. Dazu gehört ein starker ländlicher Raum. Bei allen Diskussionen über die Wohnungsnot, die wir derzeit führen, dürfen wir den ländlichen Raum auf keinen Fall vergessen. Er soll weiter lebendiger Lebens- und Wirtschaftsraum mit tiefer bayerischer Identität sein. Wir waren die Ersten, die eine Heimatstrategie und ein Heimatministerium entwickelt und auf den Weg gebracht haben. Ich kann mich noch daran erinnern, welchen Spott und welchen Ärger es darüber gab. Heute sind wir mit unserer Grundidee und mit unserer Struktur Vorbild im In- und Ausland, wie wir es schon 1970 mit unserem Umweltministerium waren. Bayern setzt Trends, die am Anfang belächelt und hinterher nachgemacht werden. Das ist die Realität, die wir erleben.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen diese Entwicklung fort. Wir sind mittendrin und sind auch besser geworden. Der Prozess ist aber noch nicht am Ende. Zur Stärkung des ländlichen Raums gehört natürlich die Fortsetzung des Breitbandausbaus; Glasfaser muss überall in Bayern in jedes Haus kommen. Zur Stärkung des ländlichen Raums gehören auch die Erhöhung der kommunalen Finanzen und die weitere Verlegung von Bildungseinrichtungen und Behörden in den ländlichen Raum. Ich halte das für ganz entscheidend. Unsere erste große Behördenverlagerung wirkt überall hervorragend. Wir setzen sie fort. Wir werden Behördensatelliten einrichten und eine zweite Behördenverlagerung in den ländlichen Raum vorbereiten. Wir werden die Regionen generell mit mehr Kompetenzen versehen. Bayern soll dezentraler werden. Wir brauchen kein zentralistisches Bayern, sondern mehr Chancen und mehr Verantwortung in den Regionen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage: Zum ländlichen Raum gehört auch die Landwirtschaft. Wir wollen unsere bäuerliche Kultur mit kleinen Betrieben und mit Familienbetrieben erhalten, sei es mit Bio- oder in konventioneller Bewirtschaftung. Meine Damen und Herren, man muss sich überlegen, wie Bayern bei der Landwirtschaft dasteht. Ich sage Ihnen: Wir sind bei all den ökologischen Standards in Bayern mit Abstand das stärkste Bundesland, wenn es um die Agrarwirtschaft geht. Kein anderes Land kann das schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Allein ein Vergleich mit Schleswig-Holstein – dort war ein Grüner viele Jahre für die Umwelt und die Landwirtschaft zuständig –,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vielleicht sollten Sie Bayern mit Helgoland vergleichen!)

zeigt, dass Bayern je Hektar landwirtschaftlicher Fläche etwa achtmal so viel wie Schleswig-Holstein in die Ökologie investiert. Unsere Gewässer sind sauberer als an-

derswo. Wenn es heißt, man bräuchte eine Verbesserung in der Ökologie der Landwirtschaft, kann man nur sagen: Wir machen das. Also braucht es nichts anderes als die gegenwärtige Politik; denn sie setzt genau auf diesen Bereich.

(Beifall bei der CSU)

Aber mir geht es nicht nur um die Fakten, mir geht es auch ein bisschen um den Respekt für die Landwirtschaft. In der Öffentlichkeit werden unsere Landwirtinnen und Landwirte ständig attackiert. Ihnen wird unterstellt, sie würden das Tierwohl zu wenig achten, sie würden die Böden belasten, die Gewässer gefährden und die Artenvielfalt gefährden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Eure Kontrolleure beaufsichtigen das!)

Wie wir letztens gelesen haben, sollen unsere Bauern sogar schuld am Klimawandel sein. Ich sage nur, wie absurd das ist. Wir sollten unsere Landwirte nicht angreifen, wir sollten ihnen dankbar sein; denn sie sind die Heimat-, Natur- und Landschaftspfleger Bayerns. Das könnte der Staat gar nicht leisten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir stehen wirklich dazu, dass dieses Land durch Klima-, Arten- und Umweltschutz ökologisch weiterentwickelt werden muss. Aber ich sage Ihnen eines: nicht durch Verbote. Wir sind der Meinung, mit Verboten erreicht man das Gegenteil. Wichtig sind Angebote, aber nicht immer Verbote.

So sind Fahrverbote der falsche Weg. Ich sage ganz klar: Bayern ist Autoland und soll es auch bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Damit auch das klar ist: Der Diesel soll in Bayern seine Zukunft behalten. Egal, welche Lösung nun in Berlin gefunden wird, eines ist für mich ganz klar und muss der Maß-

stab sein: Die Dieselfahrer und die Steuerzahler können nicht für die Fehler anderer aufkommen. Da hat Bayern eine ganz klare Meinung.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Das Auto ist das eine, der öffentliche Nahverkehr das andere. Wir wollen Bayern zu einem Musterland des öffentlichen Nahverkehrs ausbauen. Wir haben dafür mehr ausgegeben als andere; 100 Millionen Euro gab es extra dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Lieber Kollege Dürr, mir wird in der nächsten Periode manches fehlen, aber solche Zwischenrufe nicht, wenn ich das sagen darf.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir sehen uns wieder! – Heiterkeit – Glocke der Präsidentin – Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Das entscheidet der Wähler!)

– Das stimmt, das ist wahr, Herr Piazolo. Das entscheidet alles der Wähler. Er hat auch Interesse, das zu hören, was wir hier reden, und er hat kein Interesse an dem Zwischengeschrei; das glaube ich nicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber Zwischenrufe sind erlaubt!)

Wir machen den öffentlichen Nahverkehr zu einem Musterbeispiel, wie man das machen kann:

(Volkmar Halbleib (SPD): Zwischenrufe sind keine Majestätsbeleidigung!)

mit einheitlichen Tarifen, einem klaren Takt, besseren Anschlüssen und mehr Komfort. Das gilt für den ländlichen Raum und genauso für die Großstädte. Gerade in den Großstädten erleben wir einen extremen Verkehrsstress. Dort müssen wir stärker agieren und brauchen ein besser abgestimmtes System aus ÖPNV, Individual- und Fahrradverkehr. Deswegen ist es unser klar erklärtes Ziel, den öffentlichen Nahver-

kehr besser und häufiger fahren zu lassen und attraktiver zu machen. Mit neuen Linien wie einer Ring-S-Bahn um München, mehr Fahrzeugen auf den Linien, 2.000 Bussen, 100 Trambahnen, 50 U-Bahnen und mittelfristig einem Ein-Euro-Ticket bauen wir Verkehrsstress im Ballungsraum ab.

Mit der jüngsten klaren Entscheidung des Bundes, am Bau der zweiten Stammstrecke nicht nur festzuhalten, sondern auch die Finanzierung neu zu regeln, sind wir auf einem guten Weg. Ich bitte alle parteipolitisch Aktiven in München – das richtet sich auch an Herrn Hartmann, mit dem ich gestern Abend die Gelegenheit hatte, darüber zu sprechen –: Bitte geben Sie Ihren Widerstand gegen die zweite Stammstrecke auf; denn nur sie wird im Endeffekt den Durchbruch zu einem deutlichen Abbau des Verkehrsstress in München bringen.

(Beifall bei der CSU)

Also Stadt und Land Hand in Hand.

Viertens. Wir bauen – das ist ganz wichtig für viele Bürgerinnen und Bürger – Brücken zwischen Humanität und Ordnung. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik beweist Bayern wie kein zweites Land, wie man als Staat in dieser schwierigen Zeit, in der Zeit von Verunsicherung und Ängstlichkeit, die richtige Balance von Humanität und Ordnung finden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit 2015 haben wir in Bayern über 800.000 Menschen, Flüchtlinge, untergebracht und versorgt. Der Freistaat Bayern hat für den Bereich Asyl und Integration seit 2015 fast 9 Milliarden Euro aufgewendet. Das ist übrigens fast genauso viel, wie die Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg, um die großen zu nennen, zusammen dafür ausgegeben haben.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Ich möchte ausdrücklich sagen: Geld ist nicht alles an Humanität, aber der objektive Beleg dafür, welche große Hilfe der Staat, aber nicht nur der Staat gegeben hat.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Ich sage noch einmal ausdrücklich allen, die in dieser Zeit mitgeholfen haben, Dank, den Ehrenamtlichen, den Kommunalpolitikern, den Flüchtlingshelfern und auch den Kirchen. Eine solche Solidarität und Humanität gibt es in Bayern wie in kaum einem anderen Land. Ein herzliches Dankeschön dafür.

(Beifall bei der CSU)

Auch ein persönliches Wort zu den Kirchen: Viele stellen mittlerweile die Kirche als Institution infrage. Andere wollen den Religionsunterricht abschaffen. In der Tat treten auch Unzählige aus der Kirche aus. Ich glaube fest daran, dass die Kirchen als Institution ein ganz wesentlicher Bestandteil der bayerischen Identität und Hilfe für die Menschen im Land sein können. Deswegen ist jedenfalls für mich ganz klar: Wir in Bayern stehen zu den Kirchen, wir stehen zum Kirchenrecht und halten am Religionsunterricht fest. Während in anderen Ländern diskutiert wird, ob Kreuze abgehängt werden und manche in Bayern sagen, aufgehängte Kreuze sollen wieder entfernt werden, bleiben wir dabei und lassen sie hängen, weil sie Teil einer religiösen Identität sind.

(Beifall bei der CSU)

Neben Humanität und Identität sorgen wir in Bayern aber auch für Ordnung. Dies ist ganz wichtig. Beide Seiten müssen richtig ausbalanciert sein. Unser Grundsatz ist klar: Wer zu uns kommt, rechtsstaatlich anerkannt und integrationswillig ist, soll wirklich die besten Startchancen haben, wie in kaum einem anderen Land. Ich sage aber auch: Wer zu uns kommt, nicht anerkannt wird, Straftaten und Gewalttaten begeht, der muss das Land so rasch wie möglich wieder verlassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Bei allem Respekt habe ich überhaupt kein Verständnis, wie man gegen die Abschiebung von Straftätern ernsthaft demonstrieren kann. Das versteht die Mehrzahl der Bürger in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube übrigens, dass die Art der Politik, mit Demonstrationen allein die Parlamente ersetzen zu wollen, ein Teil des Problems der Verunsicherung ist. Die einen demonstrieren für mehr Zuwanderung, andere demonstrieren mit Hass. Schauen Sie einmal genau auf die Bilder von Chemnitz. Dort hat die AfD – das möchte ich bewusst erwähnen – ihre bürgerliche Maske verloren. Wer Seit an Seit mit NPD, Pegida und gewaltbereiten Hooligans marschiert, der zeigt sein wahres Gesicht. Die AfD ist nicht mehr nur Protest; sie ist Strategie. Wer die Weiße Rose als Symbol missbraucht, der handelt schäbig und unanständig.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir müssen das bei aller Diskussion darüber, ob das Märtyrer-Fragen auslöst, noch klarer und noch deutlicher benennen, und wir werden möglicherweise auch im nächsten Landtag über die eine oder andere Regel unseres Parlamentarismus reden, weil bestimmte Gruppen bewusst versuchen, ungeschriebene Regeln, die wir bei allem Streit hier miteinander beachten, auszunutzen, um das Parlament und den Parlamentarismus zu diskreditieren. Wer so auftritt wie die AfD, wer freien Waffenbesitz und Bürgerwehren fordert, der will doch nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wer sich dann sogar in Veranstaltungen selbst als Strafe Gottes bezeichnet, der hat in einem Parlament überhaupt nichts verloren.

(Allgemeiner Beifall)

Ich sage aber auch: Es wird nicht reichen, die AfD zu benennen und sie als das zu zeigen, was sie ist. Wir brauchen ein Angebot für die Bürgerinnen und Bürger, die verunsichert sind und möglicherweise mit ihren Sympathien für die AfD nicht dieser politischen Kraft, aber uns ein Signal geben wollen, dass sie eine politische Veränderung von uns erwarten.

Wir bieten in der Asylpolitik wirksame Lösungen an. Wir haben – ich denke, das kann man sagen – als einziges Bundesland tatsächlich eine Strategie entwickelt, die in der Kürze der Zeit umgesetzt wurde: Grenzpolizei, Anker-Zentren und das Landesamt für Asyl und Rückführungen bilden einen Dreiklang für eine ausbalancierte Asylpolitik.

Meine Damen und Herren, mit der Grenzpolizei verhindern wir illegale Zuwanderung und schrecken – das ist sehr wichtig – Schlepper und Schleuser ab. Wir setzen ein Signal für die internationale Schlepper- und Schleuserszene – das sind übrigens die ganz Bösen –, und die ersten Fahndungserfolge, auch dieser Tage wieder, bei Schleppern und Schleusern zeigen, dass die Grenzpolizei wirkt.

Das Landesamt für Asyl stellt sicher, dass eine bessere Balance zwischen Integration und Abschiebung entsteht. Wir wollen Menschen, die eine Ausbildung und Anstellung haben und gut integriert sind, mehr Chancen geben hierzubleiben; das gilt vor allem für Pflegekräfte und für das Handwerk.

Ich sage aber genauso deutlich: So, wie wir den einen mehr Chancen geben wollen, wollen wir gegenüber den anderen ein klares Signal setzen, und das können wir jetzt mit der Möglichkeit eigener Abschiebeflüge. Meine Damen und Herren, Straftäter und Radikale müssen klar wissen, dass es in Bayern eine Abschiebehaft gibt und sie nicht erwarten können, dass der Rechtsstaat an der Stelle Fehler macht. Im Gegenteil: Wer sich so verhält, muss mit der ganzen Konsequenz des bayerischen Rechtsstaats rechnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die Anker-Zentren sorgen dafür, dass wir nicht mehr Jahre, sondern nur drei Monate bis zu einer Entscheidung im Asylverfahren brauchen. Drei Monate!

(Christine Kamm (GRÜNE): 18 Monate sind die Leute da drin!)

Das führt für alle Beteiligten zu einer viel besseren Klärung der Bleibeperspektive.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Liebe Frau Kamm, ich sage auch deutlich: Mit der Umstellung von Geld- auf Sachleistungen setzen wir die richtigen und nicht mehr die falschen Anreize – und das will die Bevölkerung!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die Praxis zeigt, dass das nicht nur Theorie ist: Bis Ende August sind insgesamt 15.400 Asylsuchende nach Bayern gekommen. Früher hatten wir 10.000 in einem Monat. Im gleichen Zeitraum, in dem 15.400 gekommen sind, haben 10.600 das Land wieder verlassen.

Wissen Sie, was der richtige Kompass ist? – Die Richtigen bleiben, und es gehen aber auch die Richtigen. Ich finde, wir zeigen, wie man in der Praxis mit einer richtigen Balance von Humanität und Ordnung eine gute, eine nachhaltige und eine wirksame Asylpolitik machen kann. Das traut sich kein anderes Bundesland zu!

(Beifall bei der CSU)

Zu unserem Staatsverständnis gehören aber auch Sicherheit und Schutz. In anderen Bundesländern erleben wir mittlerweile Tendenzen, dass Straftaten mehr oder weniger kaum verfolgt werden oder ganze Stadtteile aufgegeben werden. Meine Damen und Herren, für uns ist klar: Sicherheit und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir stehen zu unserer Polizei und stärken unserer Polizei den Rücken, nicht nur finanziell, sondern auch emotional. Wir stellen 3.500 neue Polizistinnen und Polizisten überall im Land ein, bezahlen unsere Polizisten besser und statten sie mit neuer Technik aus.

Das umstrittene Polizeiaufgabengesetz halte ich persönlich für einen zentralen Schritt, um den Polizeibeamten Rückhalt zu geben. Wir merken doch: Gewalt gegen Polizisten nimmt überall in Deutschland zu. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen unsere Beamten dabei nicht alleine lassen; sie haben Rückendeckung, Rückhalt verdient.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Was gab es für Vorwürfe gegen dieses Gesetz: "Endloschaft", "Demontage der Privatsphäre", "Machtbefugnisse wie vor 1945", um nur einige Schlagwörter zu nennen. All diese Parolen wurden widerlegt. Oder kennen Sie irgendeinen Vorwurf, der sich bestätigt oder der in der Praxis zu Problemen geführt hat? – Das Gegenteil ist der Fall. In anderen Bundesländern beginnt man, dieses Gesetz zu kopieren; denn es hilft nicht nur der Polizei, sondern es hilft vor allem den Bürgern gegen Gefahren aus dem Darknet, gegen Gefahren wie Amoklauf oder Stalking.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin entsetzt, wenn ich jetzt erlebe, wie GRÜNE und FDP zusammen mit der Linkspartei gegen dieses Gesetz und damit indirekt gegen die Polizei klagen. Die Jugend der Linkspartei skandiert bis heute klare Sätze über die Polizei wie "Bullenstaat – Wir haben dich zum Kotzen satt!" Was sollen junge Polizistinnen und Polizisten denken, wenn derart über sie geredet wird und am Ende GRÜNE und FDP mit solchen Gruppen gemeinsame Sache machen? – Wir finden das falsch, und wir sagen dazu Nein.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und Beifall des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Fünftens. Wir bauen Brücken zu einem freiheitlichen Bürgerstaat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dürr, ich bitte Sie jetzt wirklich, dass Sie sich so verhalten, wie es sich für einen Parlamentarier in diesem Hohen Haus gehört.

(Beifall bei der CSU)

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Für mich ist sehr wichtig: Der Staat muss bei Schutz und Sicherheit stark sein. Der Staat sollte sich aber mehr zurückhalten, wenn es um die Freiheiten der Bürger geht. Wenn es um Ehrenamt, Handwerk, Mittelstand

und Landwirtschaft geht, denke ich, meine Damen und Herren, brauchen wir weniger Staat. Ausufernde Kontrollen und immer mehr Bürokratie sind ernsthafter Ausdruck von Misstrauen.

Ich finde, wir sollten die Chance nutzen, im Freistaat Bayern eine neue Kultur des Vertrauens zu entwickeln. Ich möchte daher mit Wirtschaft und Ehrenamt einen Pakt der Freiheit schließen: Wir haben in den letzten Jahren mit der Paragrafenbremse schon erste Erfolge erzielt. Viel wichtiger ist es aber – und das berichtet uns unser Entbürokratisierungsbeauftragter jede Woche –, den Vollzug genauer zu betrachten. Es kann nicht sein, dass die Durchführung einer Vereinsfeier oder eines Bürgerfestes nahezu ein Jurastudium erfordert, um alle Vorschriften zu verstehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist aber leider so! Das müsst ihr ändern! Das solltet ihr ändern!)

Wir müssen das ändern und gehen ähnlich wie bei der Datenschutz-Grundverordnung einen neuen Weg. Wir werden nicht alle Gesetze aus Berlin oder Europa ändern können, aber mit mehr Beratung und weniger Bußgeld und mit mehr Kooperation statt Konfrontation schaffen wir es, meine Damen und Herren, eine neue Kultur zu etablieren. Mich nervt ohnehin diese um sich greifende Verbotskultur: Tempolimits, Fahrverbote, Fleischverbote, Werbeverbote oder Genderverbote. Bayern soll ein Freistaat und kein Verbotsstaat sein, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Lassen Sie uns auch über unsere Verfassung nachdenken. Die Bayerische Verfassung ist eine großartige Verfassung und ein wunderbares Dokument.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir sollten aber gemeinsam überlegen, wie wir sie in der nächsten Legislaturperiode sensibel weiterentwickeln können. Ich möchte daher, wenn es die Wählerinnen und

Wähler wollen, zu einer Verfassungskommission einladen. Wir sollten über folgende Punkte nachdenken: neue Verfassungsziele wie Klima-, Landschaftsschutz und Pflege, digitale Rechte und digitale Teilhabe, ein ausdrückliches Bekenntnis gegen Extremismus jeder Art und – ich bleibe dabei, und man erlebt es jeden Tag wieder – frischen Wind für unsere moderne Demokratie durch eine klare Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten. Ich halte das für ein national und international unglaublich wichtiges Signal.

Lassen Sie uns das nach dem Wahlkampf vorurteilsfrei überlegen. Ich möchte, dass Bayern die modernste und vorbildlichste Demokratie in Deutschland bleibt, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Sechstens. Wir bauen Brücken in die Welt. Wir sind Bayern, Deutsche, aber auch Europäer. Die erste Kabinettsitzung, die ich im Ausland gemacht habe – oder überhaupt eine Auslandsreise –, war in Brüssel bei der Kommission. Dies war ein klares Signal dieser Staatsregierung, und wir wollen das jedes Jahr fortsetzen. Wir glauben auch, dass wir als überzeugte Europäer aufgrund der geografischen Lage das perfekte Bindeglied zwischen Ost und West und eine Drehscheibe im Herzen Europas sind. Meine Damen und Herren, wir wollen dabei nicht nur ein Ja zu Europa, sondern auch ein Ja zu einem Europa der Regionen sagen. Wir werden nächstes Jahr im Europawahlkampf erleben, dass sich weniger die Frage "konservativ oder sozialdemokratisch", sondern vielmehr die Frage "populistisch oder die Gemeinschaft, die wir darstellen" stellen wird. Deshalb wird es wichtig sein, die Regionen zu stärken. Wir wollen dazu einen Beitrag leisten und erarbeiten mit anderen Regionen Vorschläge zur Stärkung der Mitwirkungsrechte. Wir wollen, dass der Ausschuss der Regionen zu einer zweiten europäischen Parlamentskammer mit ähnlichen Mitwirkungsrechten wie der Bundesrat wird. Meine Damen und Herren, ich glaube, dies wäre ein ganz starkes Signal. Wir brauchen in Europa keine separatistischen Bestrebungen, sondern integrative Ent-

wicklungen. Die Regionen müssen aber größere Kompetenzen bekommen, um in Europa besser eingebunden und gestärkt zu werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind ein international geschätzter und geachteter Partner, auch außerhalb Europas. Unsere Wirtschaft ist exportorientiert und international erfolgreich. Wir haben ein starkes Auslandsnetzwerk, das sich sehen lassen kann. Mir ist es wichtig, dass wir uns künftig nicht nur um die Wirtschaft kümmern, sondern auch sonst mehr tun. Wir sind nicht nur für den Austausch von Wirtschaftsgütern, sondern auch von Werten verantwortlich. Mit einem neuen Bayerischen Auslandsinstitut wollen wir ein internationales Netzwerk für den Jugendaustausch gründen. Dabei geht es um das Verständnis von unterschiedlichen Kulturen, Werten und Lebensgewohnheiten.

Meine Damen und Herren, gerade die jungen Menschen sind die Zukunft. In den letzten 20 Jahren wurden solche Prozesse heruntergefahren. Das hat zu manchen kulturellen Debatten geführt, selbst im Rahmen der Partnerschaft mit den USA. Ich möchte, dass wir auf diesem Feld wieder dort anknüpfen, wo wir einmal waren. Ich möchte, dass wir unsere Verbindungen in die Welt stärken und zeigen, dass wir nicht nur gute Arbeitsplätze haben, sondern dass sich die Werte, die wir in Bayern haben, weltweit sehen lassen können. Sie sorgen in der Welt für Verständnis, Achtung und Respekt.

(Beifall bei der CSU)

Diese Brücken bauen wir. Das ist unser Kompass. Meine Damen und Herren, ich glaube, dieser bayerische Weg ist in diesen paradoxen Zeiten der wirtschaftlichen Stabilität einerseits und der demokratischen Verunsicherung und Spaltung andererseits der richtige. Bayern war schon immer ein Land der Stabilität. Bayern ist einzigartig und ein Musterfall. Bayern wird übrigens auch bewundert und geschätzt. Meine Damen und Herren, ich möchte, dass dies auch so bleibt. Ich möchte nicht, dass Bayern von anderen belächelt wird. Ich möchte, dass Bayern diese besondere Form der Bewunderung behält. Deshalb ist es mir wichtig, dass eine völlig zerfaserte und völlig zersplit-

terte Demokratie, die sich nur mit sich selbst beschäftigt und keine Lösungen für die Bürger bietet, nicht das Bild von Bayern ist. Bayern soll stark und stabil bleiben. Dafür treten wir ein.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage dies ausdrücklich: Jeder soll die aktuellen Debatten als Weckruf verstehen. Natürlich kann jeder diese Debatten wägen, wie er will, aber wenn sich Regierungen nur noch mit sich selbst beschäftigen, schafft dies wenig Vertrauen bei den Bürgern. Ich glaube, die Menschen wollen kein Vor und Zurück und kein Hin und Her, sondern eine klare Politik, die sagt, was sie denkt, und macht, was sie sagt.

Meine Damen und Herren, ich habe in meiner ersten Regierungserklärung etwa 100 konkrete Maßnahmen angekündigt. Nicht jede Maßnahme muss man bejubeln. Aber alle diese Maßnahmen würden umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Das kann niemand bestreiten, ob es einem gefällt oder nicht. Diese Staatsregierung zeigt national und vielleicht sogar international, dass sie eine Regierung ist, die entschlossen handelt, die politisch etwas tut und die etwas umsetzen kann. Ich sage es einmal so: Wir haben in sechs Monaten mehr vorangebracht als Regierungen in anderen Bundesländern in einem ganzen Jahrzehnt. Das muss uns erst mal einer nachmachen.

(Beifall bei der CSU)

Für mich ging es nie darum, nur einen Sprint bis zum 14. Oktober hinzulegen. Für mich geht es um einen Bayern-Marathon für zehn Jahre. Seien wir ehrlich: Wir stehen auch vor der Herausforderung, dass sich unser Parlament verändert. Dabei geht es nicht nur um die Zusammensetzung. Unser Parlament kann voller werden, vielleicht wird es auch ganz anders in seiner Kultur. Deshalb möchte ich in dieser Regierungserklärung einen Appell an alle Bürgerinnen und Bürger richten, sich Zeit zu nehmen und zu überlegen, was für sie und unser Land das Beste ist. Egal, wie am Ende die Mehrheiten aussehen, ist eines klar: Wir wollen eine stabile, eine starke und eine moderne Demokratie, aber keine Links- oder Rechtsextremen im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein persönliches Wort: Auch ich als Ministerpräsident habe in diesen sechs Monaten eine Menge Erfahrungen gemacht. Darunter waren viele spannende und gute Erfahrungen. Natürlich habe ich auch Fehler gemacht, aber ich habe jeden Tag dazu-gelernt. Jeden Tag gab es neue Herausforderungen. Ich habe täglich Begegnungen mit unzähligen Menschen in Bayern. Viele unterstützen mich, manche fragen, manche sind skeptisch. Das ist Demokratie. Es gibt auch welche, die mir Folgendes sagen: Herr Söder, auch wenn ich Ihre Politik nicht in allen Punkten teile, müssen Sie es wohl richten. Irgendeiner muss das Land zusammenhalten. Sie sind der Ministerpräsident für Bayern.

Meine Damen und Herren, daher sage ich Ihnen aus tiefer Überzeugung: Wir werden dieses Land, den einzigartigen Freistaat Bayern, in schwieriger Zeit zusammenhalten und trotz aller Unterschiede das Wohl aller Bürger im Blick haben. Das garantiere ich. Eines kann ich versprechen: Bayern wird, egal, bei welcher Herausforderung, stark sein, stabil bleiben und seinen Weg gehen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Bitte: Bei allem Wahlkampf, lassen Sie uns immer Respekt voreinander zeigen. Ich habe den Eindruck, dass dieser Appell in den letzten Wochen von allen verstanden und angenommen wurde, ich sage ausdrücklich "von allen". Wir reden immer vom "Hohen Haus". Diesen Anspruch müssen wir auch erfüllen, jeder Einzelne von uns. Respekt ist die Basis für Demokratie. Wir haben unterschiedliche Meinungen und sind in der Tat völlig unterschiedliche Charaktere und Charakterköpfe. Eines nehme ich jedoch jedem in diesem Hause ab, nämlich dass er nach seinem besten Wissen und Gewissen das Beste für Bayern tut. Streit in der Sache ist notwendig. Wenn wir uns jedoch nicht gegenseitig in unserer persönlichen Ehre respektieren, dann dürfen wir auch nicht erwarten, dass das andere tun. Ich möchte, dass der Bayerische Landtag auch ein Muster für den Respekt vor der Person ist. Streit in der Sache ja, wir müssen

einander aber respektieren. Ich möchte, dass dies im Bayerischen Landtag auch auf Dauer so bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, bei meinem engagierten Kabinett, beim gesamten Präsidium und – das sei mir gestattet – ganz besonders bei unserer Präsidentin Barbara Stamm bedanken. Ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wirtschaftlich geht es uns so gut wie nie; gleichzeitig sind die Menschen so verunsichert wie nie. Wir haben eine ganz schwierige Aufgabe zu lösen. In dieser Zeit ist es mir persönlich eine große Ehre, dem Freistaat Bayern als Ministerpräsident dienen zu dürfen. Ich gebe zu: Es gab schon leichtere Zeiten. Wenn eine Herausforderung da ist, muss sich ihr ein jeder von uns stellen. Mein Wunsch an alle, die am politischen Prozess mitwirken: Lassen Sie uns daran arbeiten, dass dieses Bayern auch im 100. Jahr des Bestehens des Freistaats Bayern stark und stabil ist. Stabilität ist die Voraussetzung für Wohlstand und Erfolg. Stabilität hält ein Land zusammen. Stabilität schafft Ruhe und ist das beste Mittel gegen Extremismus.

Ich werde alles dafür tun, dass Bayern stabil bleibt. Konrad Adenauer sagte einmal: "Keine Experimente!" Ich sage: Keine Spielereien mit dem Freistaat Bayern! Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns alle daran arbeiten, dass dieser Freistaat Bayern auch in der Zukunft stabil bleibt.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Ist der CSU-Parteitag zu Ende?)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen wurde im Ältestenrat festgelegt. Die Redezeiten für die Fraktionen werden jetzt aber neu eingestellt; ich runde die Rede-

zeiten für die Fraktionen um acht Minuten auf und eröffne jetzt die Aussprache. Als erste Rednerin für die SPD-Fraktion darf ich Frau Kollegin Kohnen bitten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, wir beide haben nur wenige Dinge gemeinsam. Dazu gehört aber unser Geburtsjahr 1967. Das bedeutet, uns wurde vieles geschenkt: ein wiederaufgebautes, wirtschaftlich starkes Land sowie eine funktionierende und lebendige Demokratie. Unsere Generation hat das alles auf dem Silbertablett überreicht bekommen. Besser kann man es eigentlich gar nicht erwischen.

Unsere Aufgabe ist es, dieses Erbe zu erhalten und weiterzuentwickeln. Bei der Wirtschaftskraft gelingt uns das, was aber maßgeblich an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land liegt. Für uns als SPD ist dabei die Frage wesentlich, ob jeder davon profitiert. Darüber werden wir uns im Folgenden noch auseinandersetzen. Aber seien wir ehrlich: Egal, welche realistische Konstellation in Bayern nach der Wahl regiert, Bayern wird wirtschaftlich stark bleiben.

Mit dem anderen Bestandteil unseres Erbes ist es schwieriger; denn es zeigt sich, dass die Demokratie in Deutschland und auch in Bayern in schwierigem Fahrwasser ist. Unsere Generation von Politikerinnen und Politikern trägt die Verantwortung dafür, Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken und zu verteidigen. Die beiden Hauptaufgaben, vor denen die neue Bayerische Staatsregierung in diesem Herbst stehen wird, sind: erstens, Bayerns Erfolg und seine Stärke so zu nutzen und zu gestalten, dass alle die hier leben, davon etwas haben;

(Beifall bei der SPD)

zweitens, die Demokratie und die demokratische Kultur in Bayern zu stärken und den menschenfeindlichen Populismus zurückzudrängen.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Ministerpräsident, bewerben sich wieder um eine leitende Funktion in der nächsten Staatsregierung – so war Ihre Rede zumindest zu verstehen – und stehen kurz vor dem Ende einer etwa sechsmonatigen Probezeit. Diese gilt es heute zu bewerten. Es gilt zu überprüfen, ob Sie den oben beschriebenen Aufgaben gewachsen waren, ob Sie sich dieser Aufgaben tatsächlich vollständig bewusst sind und ob Sie dafür die notwendige moralische Reife mitbringen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, wir haben, wie gesagt, nicht viel gemeinsam, aber das schon: Wir kommen in Bayern viel herum, in diesen Wochen ganz besonders. Dabei fällt einem neben der Schönheit unseres Landes immer wieder die Vielfalt Bayerns ins Auge. Genau das ist unsere Identität. Unsere bayerische Identität liegt in dieser Vielfalt. Es ist die Aufgabe von uns Politikern, in dieser Vielfalt das Gemeinsame zu betonen, Gegensätze zu überwinden und das Land zusammenzuführen. Das gilt bis heute, und heute vielleicht mehr als je zuvor.

(Beifall bei der SPD)

Was Bayern ausmacht, sind die vielen positiven Aspekte der Vielfalt, die interessanten Unterschiede, die unterschiedlichen Kulturen und Dialekte, die verschiedenen Lebensweisen und Ziele der Menschen sowie die unterschiedlichen Religionen und Konfessionen. Wenn wir durch dieses Land reisen und mit den Menschen sprechen, sehen wir aber auch Unterschiede und Ungleichgewichte. Wir sehen, dass die technischen und wirtschaftlichen Veränderungen in unserer Gesellschaft Gewinner und Verlierer produzieren. Wir sehen auch, dass die Wanderungsbewegungen innerhalb Bayerns von den ländlichen Räumen in die Metropolen auf beiden Seiten Herausforderungen mit sich bringen. Wir sehen leerstehende Häuser in manchen Ortschaften Hochfrankens einerseits und Schlangen von Menschen beim Besichtigungstermin für eine Münchner

Wohnung andererseits. Wir sehen die vielen bayerischen Dörfer ohne eigene Bushaltestelle einerseits und die Enge in den Münchner S- und U-Bahnen andererseits.

Wir sehen in Bayern starken Reichtum, stellen aber auch versteckte Armut fest. Manchmal muss man sehr genau hinsehen, warum zum Beispiel ein Kind beim Schulausflug nicht mitfahren kann und fehlt. Das macht es manchem leichter, bei der Armut in unserem reichen Land wegzusehen. Sie, Herr Ministerpräsident, sind dafür das beste Beispiel. 245.000 Kinder sind in Bayern von Armut bedroht. In manchen Gegenden, etwa in Hof oder Schweinfurt, ist es jedes fünfte Kind. Dazu haben Sie als Ministerpräsident letzte Woche in unserem Duell bei den "Nürnberger Nachrichten" gesagt – ich zitiere –: "Ich weiß nicht, ob die Zahlen immer so stimmen." Nun ja. Das sind Zahlen Ihrer eigenen Staatsregierung, und darauf will ich mal vertrauen.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Hört!)

Diese Zahl passt nicht in das Bayernbild, das Sie zeichnen wollen. Aber wer verantwortungsvolle Politik machen will, muss das ganze Bild betrachten. Es geht darum – das habe ich anfangs gesagt –, unsere wirtschaftliche Stärke zu erhalten und weiterzuentwickeln, damit alle etwas davon haben. Wir als SPD wollen ein starkes Bayern für alle Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Darüber, wie wir Bayern wirtschaftlich und sozial weiterentwickeln wollen, haben wir grundsätzlich verschiedene Auffassungen. Das hat Ihre Regierungserklärung heute wieder gezeigt.

Bei meinen Gesprächen erzählen mir viele Menschen in ganz Bayern ihre Sorgen und Wünsche. Es sind die unterschiedlichsten Menschen, und deshalb erzählen sie die unterschiedlichsten Dinge, auch Ihnen. Einige Dinge kommen immer wieder vor, zum Beispiel: In meinem Dorf fährt der Bus nur zweimal am Tag. – Manchmal höre ich auch: Bei mir fährt gar kein Bus – oder: Ich finde keinen Kitaplatz für mein Kind. –

Manchmal auch: Jetzt habe ich einen Kitaplatz, aber die Kita schließt viel zu früh – oder: Ich schaffe die Pflege meiner Mutter nicht mehr, aber bei uns im Ort gibt es keinen Pflegeplatz. – Am häufigsten höre ich natürlich: Unsere Wohnung ist für unsere Familie viel zu klein, aber wir finden einfach nichts Größeres, das wir uns leisten können.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Diese Anliegen sind zwar sehr unterschiedlich, haben aber eines gemeinsam: Der sogenannte freie Markt kann sie nicht lösen. Das kann nur der Staat, und damit nur die öffentliche Hand.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Herr König, keine Angst, das sagt nicht nur die SPD, sondern es ist eine Logik, und die versuche ich Ihnen nochmals nahezubringen.

Bayern ist durch die soziale Marktwirtschaft stark und erfolgreich geworden, aber auch durch Unternehmergeist und zupackende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit starken Gewerkschaften. Das ist wohl unstrittig – Sie nicken. Unstrittig ist aber auch, dass der freie Markt nicht für das Gemeinwohl sorgt. Der freie Markt bringt keine Busse in jeden Winkel Bayerns. Der freie Markt will Profit, nichts anderes. Natürlich rechnet es sich betriebswirtschaftlich nicht, eine Kita für ein paar Kinder, deren Eltern länger arbeiten müssen, länger offenzuhalten.

In einem Punkt ist das Versagen des Marktes am deutlichsten, nämlich wenn es darum geht, eine bezahlbare Wohnung zu bekommen, etwa in Ingolstadt, Erlangen, Aschaffenburg, Regensburg oder München. Da hilft uns der freie Markt nicht weiter.

Herr Ministerpräsident, das gilt auch, wenn Sie, wie in den letzten sechs Monaten geschehen, Geld nach dem Gießkannenprinzip über das Land verteilen. Ein Familiengeld für Eltern von Kindern im zweiten und dritten Lebensjahr gibt wirklich nur diesen Eltern die Möglichkeit, mehr für Kinderbetreuung zu bezahlen. Für Eltern mit älteren

Kindern gibt es nichts. Es schafft auch keine neuen Kitaplätze. Es schafft auch überhaupt keine Kitas, die morgens früher öffnen, nachmittags länger oder in den Ferien offen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ein Pflegegeld schafft keine Pflegeplätze. Herr Ministerpräsident, deshalb ist es unehrlich, wenn Sie jetzt eine Pflegeplatzgarantie geben. Warum? – Pflegeeinrichtungen werden mehrheitlich von gemeinnützigen und privaten Trägern betrieben. Die tun das, was sich rechnet. Das müssen sie auch tun, weil sie auf dem freien Markt sind. Sie können gar nichts garantieren. Deshalb ist Ihre Pflegeplatzgarantie unehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Dasselbe gilt für den Wohnungsmarkt. Die Mehrheit der Mietwohnungen in Bayern ist in Privatbesitz. Das kann niemand bestreiten. Dazu haben Sie als Finanzminister und Sie als CSU während ihrer Regierungszeit beigetragen. Auch wenn Sie es nicht mehr hören mögen oder nicht mehr hören können, sage ich: Der Freistaat hat 33.000 öffentliche Wohnungen an Privatinvestoren verkauft.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

– Ich komme gleich dazu. Der Herr Ministerpräsident hat vorhin gesagt: Es gehört zu Anstand und Respekt zuzuhören. Das gilt auch für Sie.

(Beifall bei der SPD)

Beginnen wir noch einmal. Auch wenn Sie es nicht hören mögen: Der Freistaat Bayern hat 33.000 öffentliche Wohnungen an Privatinvestoren verkauft. Auch wenn Sie etwas anderes behaupten, die Begründung dafür war: Der Markt wird es schon richten.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Herr König, ich komme dazu. Der Fraktionsvorsitzende Herr Kreuzer hat das vor zwei Wochen beim Bayerischen Rundfunk mir gegenüber zugegeben. Die staatlichen Wohnungen wurden nicht an ein Konsortium bayerischer Städte verkauft, weil die PATRIZIA mehr gezahlt hat. Über die Kommunen hat Herr Kreuzer wörtlich gesagt: Die haben nicht genug geboten. Der Markt hat mehr geboten. – Das haben Sie zugelassen.

(Widerspruch bei der CSU)

Bevor Sie sich über irgendetwas aufregen, sage ich gleich: Ja, auch der Bund hat Wohnungen verkauft. Das ist ein Fehler, egal, wer an der Regierung ist. Herr König, eines ist doch klar: Wo der Markt versagt, muss der Staat greifen.

(Beifall bei der SPD)

Das hat nichts mit der SPD zu tun. Diese Erkenntnis und dieses klare Bekenntnis zur Rolle des Staates trennen uns weiterhin, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt nicht nur für die Versorgung mit angemessenem Wohnraum. Diese Aufgabe ist für die Staatsregierung sogar ein Auftrag, der in unserer Verfassung steht, da steht es geschrieben. Überall dort, wo die Menschen im alltäglichen Leben betroffen sind, überall dort, wo der Markt die zentralen Bedürfnisse der Menschen nicht erfüllt, muss die öffentliche Hand helfen. Das liegt doch in der klaren Logik, wie wir unseren Staat aufbauen. Die öffentliche Hand heißt: der Freistaat.

Die Kommunen tun das. Sie tun es tatsächlich. Die Kommunen tun, was sie können. Wir haben Glück, dass wir uns das leisten können. Wir haben Glück, dass wir uns in Bayern einen Wohlstand erarbeitet haben, den wir genau dafür einsetzen können: für einen starken Staat.

(Beifall bei der SPD – Inge Aures (SPD): Bravo!)

Schauen wir uns doch die Definition eines starken Staates an. Starker Staat heißt, da zu sein, wo die Menschen ihn brauchen. Wir müssen als starker Staat bezahlbaren Wohnraum schaffen und mit der Kraft des Staates die Mieten einbremsen. Die Antwort der SPD ist eine bayerische Wohnraumoffensive und ein Mietenstopp in den Städten für die nächsten fünf Jahre. Das ist ein Muss.

(Beifall bei der SPD)

Der Wohnungsmarkt geht unter der Kraft des Marktes zugrunde. Er wird sich nicht mehr erholen können. Deswegen muss der Staat in den Wohnungsmarkt hineingehen.

(Kopfschütteln des Abgeordneten Dr. Harald Schwartz (CSU))

– Sie müssen nicht den Kopf schütteln. Gehen Sie auf die Straßen, sprechen Sie mit den Menschen!

(Volkmar Halbleib (SPD): Realitätsverweigerung bei der CSU!)

Sie verlassen sich auf den Staat. Das tun sie. Der Staat muss dort hinein.

Wir müssen als Staat noch etwas anderes tun: Wir müssen allen Kindern die gleichen Startchancen geben. Wollen Sie das etwa bestreiten? – Alle Kinder brauchen die gleichen Startchancen.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort der SPD ist eine Qualitätsoffensive in unseren Kitas. In diesem Punkt stimmen Sie uns noch zu, aber es soll eben auch eine kostenfreie Kita sein. Damit garantieren wir kostenfreie frühkindliche Bildung für alle.

(Beifall bei der SPD – Inge Aures (SPD): Bravo! – Volkmar Halbleib (SPD): Ja!)

Niemand kommt auf die Idee, für den Schulbesuch Geld zu verlangen. In Kitas wird auch Bildung vermittelt. Warum kommen Sie nicht endlich zu unserer Erkenntnis, dass

frühkindliche Bildung jedem zugänglich sein muss? Der Markt ermöglicht dies definitiv nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir nicht allen Kindern die gleichen Chancen geben, dann wird Armut weitervererbt; denn der Markt sorgt nicht für gleiche Chancen. Der Markt sortiert nach Arm und Reich, und nichts anderes.

Wir müssen als starker Staat auch dort eingreifen, wo Rechte nicht eingeräumt werden, Herr Ministerpräsident. Das Recht auf Weiterbildung in der Arbeitswelt gehört definitiv dazu.

(Beifall bei der SPD)

Bildung, das werden Sie doch nicht bestreiten, ist ein Grundrecht. Sie ist unser einziger Rohstoff und ein Versprechen für die Zukunft. Die Antwort der SPD ist ein Weiterbildungsgesetz für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein Recht auf Bildung brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Wer ein Recht auf Bildung bekommt, wird sich nie als Verlierer einer technologischen Entwicklung fühlen, sondern er ist sich sicher, dass er die Herausforderungen bewältigen kann.

Herr Söder, lassen Sie uns noch darüber reden, wie der Markt die Ungleichgewichte in Bayern verstärkt. Der Markt verschiebt Jobs und Chancen in die Ballungsräume. Das konnten wir in den letzten Jahrzehnten beobachten. In dieser Zeit haben Sie regiert.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Diese Verschiebung haben die Regierenden in unserem Freistaat ganz bewusst zugelassen. In den letzten zehn Jahren hat sich das entwickelt, wovor wir heute stehen.

Sie können jetzt nicht so tun, als hätten Sie in den letzten sechs Monaten versucht, das zu verändern. Sie sind seit Jahrzehnten dabei. Was heißt das denn? – Der freie Markt schafft schnelles Internet nur dort, wo viele Menschen und erfolgreiche Firmen angesiedelt sind. Aber es gibt kein schnelles Internet, wo wenige wohnen und neue Firmen angesiedelt werden müssen. Als starker Staat müssen wir aber allen den Zugang zu schnellem Internet gewähren und damit die gleichen Chancen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU – Der Abgeordnete Dr. Harald Schwartz (CSU) wirft die Arme hoch)

– Sie werfen die Arme hoch. Ich sage Ihnen etwas: Der Kollege Erwin Huber ist schon länger als Sie im Landtag. Er hat in der Vergangenheit immer gesagt, der Markt würde es schon richten. Annette Karl, unsere Abgeordnete, hat in den zehn Jahren, die sie dem Landtag angehört, versucht, Ihnen klarzumachen, dass der Markt gar nichts richtet. Der Staat muss ran, damit das mit dem Internet endlich funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zu dem zweiten Punkt kommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine starke Demokratie ist das zweite Erbe, das unsere Generation übernommen hat, Herr Ministerpräsident. Und ich muss ganz ehrlich sagen: Für mich war das eine Selbstverständlichkeit. Als ich mit der Politik angefangen habe – das war vergleichsweise spät, später als Sie beispielsweise, ich habe mit Anfang Dreißig begonnen –, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass die Verteidigung unserer demokratischen Grundordnung tatsächlich wieder ein großes Thema werden würde. Ich habe das nicht geglaubt, als ich jung war. Und ich hatte wahrscheinlich auch gehofft, dass es nie so kommt. Aber das ist heute Realität.

Demokratie ist so viel mehr als Wahlen und parlamentarische Abläufe. Demokratie gibt es nur dort, wo es einen vernünftigen, sachbezogenen, öffentlichen Diskurs gibt. Demokratie erfordert Respekt vor der anderen Meinung und vor dem politischen Gegner. Demokratie braucht freie und unabhängige Medien, die von der großen Mehrheit

auch als solche wahrgenommen werden, als unparteiische Informationsquelle. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie heißt nicht reines Mehrheitsprinzip. Demokratie existiert nämlich nur dann, wenn Minderheiten auch geschützt sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das ist in Gefahr.

Bayern steht nicht im Zentrum dieser Entwicklung, aber, Herr Ministerpräsident, Bayern steht auch nicht abseits. Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe der Staatsregierung, die Demokratie zu stärken und gegen ihre Feinde zu verteidigen. Was müssen wir tun, um die Demokratie zu stärken? – Zuallererst müssen wir gute Demokraten sein, sachliche Diskussionen führen, Ängste nehmen, statt sie zu verbreiten,

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Vorurteile widerlegen, statt mit Stimmungen zu spielen. Herr Ministerpräsident, wenn Sie neuerdings sagen, Sie hätten den Kampf gegen den Rechtspopulismus ausgerufen, finden Sie – Herr Herrmann, ich komme dazu gleich, zuhören! – Worte der Empörung und versuchen sich abzugrenzen. Aber ich sage Ihnen klipp und klar: Ich nehme Ihnen das nicht ab.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Das ist eine Unverschämtheit!)

– Moment, zuhören! Ich habe bei Ihnen auch nicht dazwischengerufen. Hören Sie einfach zu. – Nochmal, ich nehme Ihnen das nicht ab. Wir nehmen Ihnen das nicht ab. Und noch viel schwerwiegender: Die Menschen in Bayern nehmen Ihnen das nicht ab, weil sich zu viele daran erinnern, welche Töne Sie vor der Sommerpause angeschlagen haben, und weil viele wissen, dass Sie morgen wieder einen anderen Ton anschlagen, wenn Sie meinen, dass Ihnen das taktisch hilft. Die Menschen haben genug von politischer Taktiererei, und sie haben genug von einem zynischen Umgang mit Menschen und mit Themen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sehnen sich nach Klarheit und nach Haltung. Sie sehnen sich danach, dass Politiker Maßstäbe haben, Werte, nach denen sie entscheiden, und Überzeugungen, zu denen sie stehen, auch wenn ihnen der Wind mal ins Gesicht bläst.

Herr Ministerpräsident, Sie sind das Gegenteil von all dem. Sie haben sich heute als Brückenbauer dargestellt, aber tatsächlich haben Sie Brücken in unserem Land abgerissen und das Land gespalten.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen geht es ausschließlich um das Macherringen und das Machtausüben und zwar ausschließlich, als reiner Selbstzweck. Das ist nicht neu. Das steht in einer gewissen Tradition in Ihrer Partei. Warum?

(Ingrid Heckner (CSU): Das ist der Anstand!)

– Das ist eine offene Debatte, eine ehrliche Debatte. Hören Sie genau zu, warum ich das sage. Sie waren schon vehemente Befürworter der Kernkraft und dann plötzlich doch dagegen. Sie waren schon Befürworter des Donauausbaus und dann doch wieder Gegner. Ihnen war Kinderbetreuung immer egal, und jetzt schreiben Sie sich die Kitas auf die Fahnen. Sie waren gegen staatlichen Wohnungsbau, und jetzt zaubern Sie vor der Wahl schnell "BayernHeim" aus dem Hut. Keine dieser Wendungen beruht auf einer Veränderung der Überzeugungen, auf einem Nachdenken über das Problem. Alle diese Wendemanöver beruhen rein auf Taktik.

(Zuruf von der CSU)

Und so ist es auch – und jetzt wird es sehr ernst – mit der Tonlage gegenüber Migrantinnen und Migranten in Bayern. Sie haben monatelang die Rechtspopulisten kopiert, ihre Sprache und ihre Methoden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in sozialen Netzwerken gezielt islamfeindliche Botschaften an Sympathisanten von Rechtspopulisten ausgespielt. Ich sage Ihnen eines: Das Netz vergisst nie. Sie haben ertrinkende Menschen im Mittelmeer als Asyltouristen bezeichnet.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Kein Mensch hat das getan! Unerhört! Unverschämtheit! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ganz ruhig! Dieses Wort ist gefallen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben – –

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, einen Augenblick bitte.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Hören Sie bis zu Ende zu! Sie haben dieses Wort nach einiger Zeit zurückgenommen.

(Zurufe von der CSU: Das haben wir nie gesagt!)

Aber haben Sie das auch aus der Einsicht getan, dass dies eine unmenschliche Sprache ist, die auch zu unmenschlichem Handeln aufstachelt? Darum geht es doch.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

Das taten Sie nur, weil Sie gemerkt haben, dass sich viele anständige, wertorientierte Menschen von Ihnen abwenden. Ich glaube, es ist doch Letzteres: nicht Einsicht, sondern schlichtweg Wahltaktik.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben vor zwei Wochen und auch heute wieder gesagt: So etwas wie in Chemnitz könnte bei uns in Bayern nicht passieren.

(Thomas Kreuzer (CSU): Richtig!)

– Herr Kreuzer sagt, das sei richtig. Das ist schon deshalb merkwürdig, weil Ihr Parteivorsitzender erklärt hat, dass er gerne mitmarschiert wäre, wenn er nicht dummerweise Innenminister wäre. Herr Kreuzer, ich sage Ihnen, warum so etwas in Bayern nicht passieren kann: wegen der Menschen in Bayern, die überall in unserem Land aufstehen und auf die Straße gehen und zeigen: Wir sind mehr!

(Beifall bei der SPD)

Die Anständigen in unserem Land stehen im Moment auf gegen die Heiß-Märsche in Oberfranken oder gegen die mickrigen Demos in München oder eben auch bei "Ausgehetzt"-Demos, die so genannt werden. Warum? – Dort treffen Sie alle Menschen unserer Gesellschaft: Nonnen, Kirchenvertreter, Leute vom Land, aus der Stadt, Familien, Alt, Jung. Das sind die Menschen, die gegen die Rechtspopulisten kämpfen; denen gebührt unser Respekt, von der SPD.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Eines ist sicher: Es liegt nicht an Ihnen und der CSU, dass sich diese Menschen gegen den Rechtspopulismus wenden. Aber Sie haben dafür gesorgt, dass diese Menschen jetzt genug haben von dem Populismus, den Sie betrieben haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben noch etwas getan, was fatal ist: Sie haben als Regierungspartei den Eindruck erweckt, dass sich der Rechtsstaat in unserem Land nicht mehr durchsetzen kann. Das bringt Menschen auf den Gedanken, das, was sie für Recht halten, selbst in die Hand zu nehmen. Das ist fatal. Sie haben den Rechtsstaat immer wieder infrage gestellt. Wenn eine Regierungspartei darüber hinaus erklärt, die Religion von Millionen von Bundesbürgern gehöre nicht zu unserem Land, dann ziehen Menschen daraus ihre Schlüsse.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ein Ministerpräsident das Wort "Asyltourismus" ausspricht, befeuert er damit primitivste Vorurteile. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ein Bundesinnenminister, der in Bayern zugleich CSU-Vorsitzender ist, die Migration als "Mutter aller Probleme" bezeichnet, dann legt er die Axt an die Grundlage unserer Gesellschaft.

(Unruhe bei der CSU)

Migration und Vielfalt sind ein Teil unserer bayerischen Identität. Oder wollen Sie das etwa bestreiten?

(Beifall bei der SPD)

Jetzt denken die einen oder anderen von Ihnen vielleicht: Die macht hier nur Wahlkampf. – Nein, das mache ich nicht.

(Unruhe und Lachen bei der CSU)

Wissen Sie, warum? – Da können Sie gerne lachen. – Meine Mutter kommt aus Irland. Ich bin Migrantin. Mich haben Sie aber wahrscheinlich nicht gemeint. Ja, so ist das.

(Zuruf von der CSU: Meine kommt aus Nordrhein-Westfalen!)

– Sie kommt aus Nordrhein-Westfalen? – Zu dem Umgang mit den anderen Bundesländern komme ich gleich noch. Das haben Sie hier gerade selbst hören können.

Der Punkt ist deshalb so ernsthaft, weil es um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geht, um nicht weniger und nicht mehr. Es geht darum, was eine stabile Gesellschaft ausmacht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht mir nicht nur um den Zusammenhalt in Bayern, es geht mir auch um den Zusammenhalt außerhalb Bayerns. Wenn ich mit Menschen aus anderen Bundesländern zusammenkomme, dann begegnen mir immer zwei Bilder: Da ist zum einen das starke, das wirtschaftlich erfolgreiche

Bayern, das Bewunderung erfährt. Mir begegnet aber noch ein zweites Bild, und das ist das arrogante, das überhebliche Bayern, das allen auf die Nerven geht, das aber auch unglaublich viele Menschen verletzt. Dann sage ich: Das erste Bayern, das sind wir tatsächlich. Das arrogante, das überhebliche Bayern, das sind wir nicht, nein, das ist die Regierungspartei, niemand anderes.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn der Ministerpräsident eines Landes, und er ist derzeit der Ministerpräsident unseres Landes, Berlin als "Resterampe der Republik" bezeichnet,

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

wenn er Bayern das Penthouse der Republik nennt, dann ist das verächtlich.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist zynisch!)

Dann ist das unanständig und respektlos.

(Beifall bei der SPD)

Das sind Politiker, die grundsätzlich allen anderen Bundesländern erklären müssen, dass Bayern besser sei. Heute haben Sie das in aller Ausführlichkeit getan. Das ist die CSU, die einerseits in Berlin Regierungsämter besetzen will, die andererseits aber jede Gelegenheit nutzt, um die Regierung an den Rand des Zusammenbruchs zu bringen. Wer sich aber so verhält, der baut keine Brücken, sondern der reißt sie ein. Das ist das, was Sie tun.

(Beifall bei der SPD – Jürgen W. Heike (CSU): Elf Milliarden Euro pro Jahr, das sind die Brücken!)

Damit wollen Sie neuerdings nichts mehr zu tun haben. Das haben Sie auch heute wieder gesagt. Bei unserem Duell bei den "Nürnberger Nachrichten" haben Sie, Herr Söder, letzte Woche sinngemäß gesagt: Jetzt sollen die da oben in Berlin endlich mal

ordentlich regieren. – Als ob Sie mit der CSU-Landesgruppe nur eine sehr entfernte Bekanntschaft verbindet.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Die kennt er gar nicht!)

Als ob Horst Seehofer nicht immer noch Ihr Parteivorsitzender wäre.

(Unruhe bei der CSU)

Sie haben das alles mit angefacht. Sie alle haben das mit zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Mag sein – –

(Ingrid Heckner (CSU): Sie sind stellvertretende Bundesvorsitzende!)

– Ihr Kollege ist Bundesinnenminister.

(Ingrid Heckner (CSU): Das haben wir nicht zu verantworten!)

– Das ist aber müde. Okay. – Mag sein, wenn Sie jetzt gleich auf die SPD zeigen, dass Ihnen das Verhalten von Horst Seehofer nicht mehr in die neue Strategie passt. Aber mal ganz ehrlich, da kommen Sie nicht mehr heraus. Das wäre politische Fahrerflucht und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt, Herr Ministerpräsident, uns unterscheidet vieles. Drei Dinge aber unterscheiden uns ganz besonders. In den wesentlichen Punkten setzen Sie noch immer darauf, dass der freie Markt die Dinge in Bayern regeln wird.

Ich sage: Erstens. Das Bayern für alle, das schaffen wir nur, wenn der Freistaat eingreift, wenn er sich um die Bedürfnisse der Menschen, und zwar aller Menschen, kümmert. Das leistet der Markt eben nicht.

Zweitens. Sie machen Politik ohne Werte und ohne Überzeugungen.

(Beifall bei der SPD)

Sie setzen auf politische Taktik, und Sie setzen immer auf das, was kurzfristig politischen Gewinn verspricht. Das tun Sie ohne Rücksicht darauf, welche Auswirkungen das auf die Demokratie in Bayern hat. Ich mache Politik tatsächlich deshalb, weil ich sehr grundsätzliche Überzeugungen habe. Die stehen nicht zur Disposition; denn Politik braucht klare Haltung und Anstand.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie stehen für ein Bayern, das gegenüber dem Rest der Republik großmäulig, arrogant und besserwisserisch auftritt.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

– Oh doch! – Ich sage Ihnen etwas: Ich will ein Bayern,

(Thomas Kreuzer (CSU): Das so schwach ist wie die anderen!)

das aus seiner Stärke heraus solidarisch ist und an Lösungen mitarbeitet, statt immer wieder Konflikte anzuheizen. Vor diesen Alternativen steht Bayern: reines Vertrauen auf den Markt oder starker Staat für alle,

(Beifall bei der SPD)

politische Taktiererei oder Politik mit Haltung. Ich sage Ihnen eines, krachlederne Arroganz oder Solidarität in Deutschland, das ist die Wahl, die Bayern hat, die Wahl, die Bayern treffen muss.

(Beifall bei der SPD)

Glauben Sie mir – denn Sie schütteln den Kopf –, gehen Sie in sich, wenn Sie die Worte Respekt, Anstand und Haltung in den Mund nehmen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat nun Herr Kollege Kreuzer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Der Abgeordnete Thomas Kreuzer (CSU) begibt sich auf Krücken zum Rednerpult, wo ein Stuhl für ihn bereitsteht)

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident – –

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident!)

– Die Sitzungsleitung hat gewechselt, also: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal bitte ich um Verständnis, dass ich heute so zu Ihnen spreche, es ist das erste Mal seit 1994. Es geht aber nicht anders. Heute geht es um Bayern, meine Damen und Herren, und zwar um Bayern nicht nur bis zur Landtagswahl, sondern um Bayern die nächsten fünf Jahre. Solche Entscheidungen sind nicht umkehrbar, und da scheue ich keine Mühen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dieser Regierungserklärung haben Sie, Herr Ministerpräsident, gezeigt, dass Sie der Richtige in diesem Amt sind. Sie sind der einzig Richtige, zupackend, tatkräftig, klar orientiert an den Bedürfnissen und Anliegen der Menschen dieses Landes. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Seit Ihrem Amtsantritt hat die neue Staatsregierung unter Markus Söder mit hoher Schlagzahl wichtige Weichenstellungen für Bayern vorgenommen. Diese Staatsregierung hat die Lebenssituation und die Zukunftsperspektiven der Menschen in Bayern mit wichtigen Aufschlägen ganz konkret verbessert. Söder macht es, und die Opposition schaut hilflos und ideenlos zu. So lässt sich das zusammenfassen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Frau Kohnen, Sie hätten eben die Gelegenheit gehabt, auf die zukunftsweisende Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und auf seine tatkräftige Arbeit für Bayern adäquat einzugehen. Das haben Sie gründlich versemelt, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Stattdessen kam dieselbe alte Leier, in der Sie wieder einmal in Miesepetermanier ein Bild von Bayern, von der Politik in Bayern zeichnen, das fernab jeglicher Realität ist.

(Beifall bei der CSU)

Was mich immer wieder erschüttert, ist dieser erhobene moralische Zeigefinger, diese Selbstgefälligkeit, die Sie in moralischen Fragen an den Tag legen; sie ist vollkommen ohne Hintergrund. Wer beispielsweise hier das Wort "Asyltourismus" mit Ertrinkenden im Mittelmeer in Verbindung bringt, der täuscht die Bevölkerung wider besseres Wissen. Dies ist schäbig, Frau Kohnen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Pfui!)

Sie wissen ganz genau, dass es bei diesem Begriff um die Binnenmigration gegangen ist. Wenn jemand nach Europa kommt, kann er sich dann aussuchen, wo er sich niederlässt und wo er einen Asylantrag stellt? – Es ging nicht um die Überquerung des Mittelmeeres. Deshalb ist diese Behauptung falsch, und es ist unmoralisch, so zu argumentieren, Frau Kohnen.

(Beifall bei der CSU)

In Wirklichkeit sind Sie Mitglied einer Partei ohne klare Linie, innerlich tief zerrissen, zwei Flügel, die miteinander nichts zu tun haben, somit eine vollkommene Handlungsunfähigkeit.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Ihre Ausführungen zeigen, dass Sie aus den Vorgängen in den Jahren 2015/2016, nämlich der Asylkrise, nichts, aber auch gar nichts gelernt haben, Frau Kohnen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben diese Situation hier, weil so spät gehandelt worden ist. Ihre Partei war eine der Hauptverantwortlichen. Die Menschen hatten den Eindruck, dass man eine Situation nicht in den Griff bekommt, und haben deshalb Angst bekommen. Wir haben jetzt dafür gesorgt, dass die Dinge verändert worden sind, aber hauptsächlich gegen Ihren Widerstand. Sie haben gar nichts aus den Dingen gelernt, Frau Kohnen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): So ein Unsinn!)

Frau Schulze wird das im Anschluss sicherlich gleich noch toppen. Glaubt man den GRÜNEN, muss man den Eindruck bekommen, Bayerns Böden seien komplett verseucht, das Land verbaut, das ganze Land zubetoniert, als gebe es kein Fleckchen grüne Wiese mehr, als sei die Luft überall durch Dieselfahrzeuge verpestet, als sei das Leben in Bayern ein einziges Jammertal. Das ist die Darstellung durch die GRÜNEN.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ihre Worte!)

Das Dumme daran ist nur: Die Fakten sprechen eine ganz andere Sprache.

(Beifall bei der CSU)

Die FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Aiwanger,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja!)

reden Bayern wenigstens nicht ganz so schlecht, sondern nur die CSU. Sie sagen aber im gleichen Atemzug: Mit denen wollen wir ab 14. Oktober am liebsten eine Koalition eingehen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Eine schlüssige, konsequente Politik, eine schlüssige, konsequente Aussage, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Sie erklären auf Ihren Wahlplakaten, dass Sie für Bayern anpacken wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Machen wir!)

Ich frage mich, warum man bisher im Landtag, zehn Jahre lang, so wenig davon gemerkt hat, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich sage nur: Straßenausbaubeiträge!)

Anstatt Bayern ständig schlechtzureden, sollte die Opposition endlich anerkennen, dass – ich zitiere – es "in Bayern wie geschmiert läuft", wie kürzlich die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" festgestellt hat. Noch deutlicher sagt es die "Neue Zürcher Zeitung", die schreibt: "... ohne die Politik der CSU wäre der Freistaat nicht das erfolgreichste Bundesland."

(Beifall bei der CSU)

Jahrzehntelang hat sich die Opposition in Bayern zurückgelehnt; sie hat nie Verantwortung getragen, dafür aber immer wortreich erklärt, was man in Bayern alles besser machen müsste und könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Gegenruf der Abgeordneten Mechthilde Wittmann (CSU))

Heute läuft dies anders. "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!", so fordert uns der erste Johannesbrief auf. Schauen wir doch einmal auf die Taten, dort, wo SPD und GRÜNE Verantwortung getragen haben und tragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Mechthilde Wittmann (CSU): Jawohl, genau!)

Wir müssen gar nicht weit gehen; bleiben wir gleich hier in München: seit Jahrzehnten in der Hand eines SPD-Oberbürgermeisters und mehr als 20 Jahre von den GRÜNEN mitregiert. Ich nenne nur die rot-grüne Verkehrspolitik. Wenn Sie in einer Stadt an zehn Ampeln anfahren und die jeweils nächsten nacheinander alle rot werden und zum permanenten Stop-and-go zwingen, dann wissen Sie, meine Damen und Herren: Ich bin in München.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Jawohl! – Markus Rinderspacher (SPD): Wer ist zuständig? – Der CSU-Referent!)

Bei der Auffahrt zum Mittleren Ring an der Ifflandstraße – nur ein Beispiel – staute es sich jahrzehntelang tagein, tagaus. Jeder von uns ist dort schon Stunden in diesem Stau gestanden. Dann wird nach Jahren die Ampelspur in eine einfache Abbiegespur umgebaut, und das Problem ist sofort beseitigt, meine Damen und Herren. Wenn es aber nach Rot-Grün gegangen wäre, gäbe es weder die drei zusätzlichen Tunnels im Ring noch die jetzt schon völlig überlastete Westumfahrung, und da kann sich jeder ausmalen, wie es dann mit dem Verkehr in München wäre.

(Beifall bei der CSU)

Allein anhand dieser Beispiele drängt sich der Verdacht auf, dass das alles Strategie ist: Verkehrschaos mit Ansage, Autofahrer gängeln, Staus produzieren, statt Staus zu beseitigen, am Ende führt mehr Stau zu mehr Feinstaub, mehr CO₂-Ausstoß und mehr Stickstoffdioxid-Belastung, vor allem auch dann, wenn man nur Dieselbusse in der Stadt betreibt, wie es München macht. Die dafür Verantwortlichen rufen dann am lautesten nach pauschalen Fahrverboten und wollen den Dieselmotor verbieten. Das ist die Verkehrspolitik von Rot-Grün. "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!"

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, der Kollege von Brunn würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Zurufe von der CSU: Nein!)

Thomas Kreuzer (CSU): Sie können sich am Schluss noch einmal melden, dann kann ich noch mehr Redezeit haben, Herr von Brunn.

Zweites Beispiel: Wohnungsbau. Wer ist eigentlich zuständig für die Bauleitplanung und die Bauausweisung?

(Hans Herold (CSU): Die Stadt München!)

Das sind die Kommunen, das ist die Landeshauptstadt München. Warum dauern dann die Bauleitplanung und eine Baugenehmigung in München so viel länger als in allen anderen Gemeinden Bayerns?

(Beifall bei der CSU)

Da warten Sie locker zwei Jahre auf die Genehmigung der Stadt, bis mit dem Bauen begonnen werden kann. Fakt ist: In den 20 Jahren Rot-Grün hat die Stadt München ihre selbst gesteckten Ziele im Wohnungsbau jedes Jahr verfehlt, nicht einmal erreicht. Dies hat zur Eskalation der Situation geführt. Das sind die Tatsachen! Die Stadt ist hauptverantwortlich.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Was ist mit Augsburg, was ist mit Würzburg?)

Davon möchte die SPD natürlich gerne ablenken. Sie arbeitet sich stattdessen an den GBW-Wohnungen ab – meine Damen und Herren, ein Vorgang aus der letzten Legislaturperiode, der bereits im letzten Landtagswahlkampf unter Ude ein Hauptthema gewesen ist. Dies zeigt: Die Opposition hat kein neues Thema, um die Staatsregierung kritisieren zu können, erstens, und Sie haben zweitens kein zukunftsweisendes Thema. Das ist armselig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich sage aber noch einmal, weil Sie es angesprochen haben, Frau Kohlen: Die Wohnungen mussten im Ergebnis aufgrund von EU-Auflagen verkauft werden. Das grüne Baden-Württemberg hat aus genau denselben Gründen den gleichen Weg beschritten, weil es unumgänglich gewesen ist. Dort wurden im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens 21.500 Wohnungen der dortigen Landesbank ebenfalls an die PATRIZIA verkauft. Die Genossen und die GRÜNEN machen dort, wo sie regieren, genau das Gleiche, weil es keine andere Möglichkeit gegeben hat.

(Beifall bei der CSU)

Die SPD verschweigt zudem gerne, dass ihre Bundesfinanzminister Eichel und Steinbrück zwischen 2001 und 2007 knapp 280.000 staatliche Wohnungen an US-Finanzinvestoren verkauft haben, und dies ohne Auflagen, nur zur Haushaltskonsolidierung. In München haben Sie schon damals die Siedlung München Ludwigsfeld an die PATRIZIA verkauft. Und deshalb ist dies alles scheinheilig, was Sie hier vortragen.

(Beifall bei der CSU – Mechthilde Wittmann (CSU): Das ist die Wahrheit!)

"An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!"

Nächstes Thema: Wirtschaftspolitik. Ich komme aus dem Allgäu. Mein Stimmkreis grenzt an Baden-Württemberg. Deshalb war es für mich immer eine spannende Frage, wo die Wirtschaftskraft größer ist, in Bayern oder in Baden-Württemberg. Das war am Anfang meiner politischen Tätigkeit ganz klar: Sie war immer in Baden-Württemberg größer, und zwar mit Abstand. Aber, meine Damen und Herren, dank der GRÜNENgeführten Landesregierung in Baden-Württemberg gibt es heute darüber keine Diskussion mehr: Bayern hängt Baden-Württemberg ab. – Das ist ein Zitat aus dem "Münchner Merkur" von gestern. Bayern liegt meilenweit vorne, etwa beim Wirtschaftswachstum mit 2,8 % gegenüber 1,6 % in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg liegt sogar deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von rund 2 %. Berlin, Bremen und Hamburg sowie Brandenburg und Hessen haben das grün regierte Baden-Württemberg überholt, meine Damen und Herren. Das ist das Ergebnis grüner Politik.

(Beifall bei der CSU)

Da sagen manche, die GRÜNEN bringen Ökologie und Ökonomie zusammen. Ich frage mich: Schaut dann das Ergebnis so aus wie in Baden-Württemberg?

(Mechthilde Wittmann (CSU): Na, vielen Dank!)

Auch bei der Arbeitslosenquote steht Bayern heute deutlich besser da als Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, zweites Beispiel: Bildungspolitik. Auch da lieferten sich Bayern und Baden-Württemberg früher ein Wettrennen um die Spitzenplätze. 2009 war Baden-Württemberg neben Bayern noch Spitzenreiter. Dann haben sich die Leistungen der Schüler allerdings deutlich verschlechtert, und ich glaube, nicht deswegen, weil die Schüler in Baden-Württemberg so rapide schwächer geworden wären, meine Damen und Herren.

(Hans Herold (CSU): Die Politik!)

Nach vier Jahren Grün-Rot befand sich das Bildungssystem schon im Abstieg. Im IQB-Bildungstrend 2016 ist das Land bei den Leistungen der Grundschüler in Deutsch von Platz fünf auf Platz dreizehn, einen Abstiegsplatz, abgerutscht. Herzlichen Glückwunsch zu dieser grün-roten "Erfolgsserie", meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das ist auch kein Wunder; denn in Baden-Württemberg wurden Tausende Lehrerstellen abgebaut. Die grün-rote Landesregierung hat gleich nach ihrem Amtsantritt einen Abbauplan für 11.600 Lehrerstellen im Zeitraum von 2013 bis 2020 beschlossen.

(Hans Herold (CSU): Unglaublich!)

Bis der neue Koalitionspartner CDU im Jahr 2016 diesem desaströsen Treiben ein Ende gesetzt hat, wurden tatsächlich bereits mehrere Tausend Lehrerstellen in Baden-Württemberg gestrichen. Das Ergebnis kennen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Wir in Bayern haben gleichzeitig 15.000 neue Lehrerstellen geschaffen und zur Verfügung gestellt. Ihre Antwort in Baden-Württemberg: Absenkung der Eingangsbesoldung, Kürzung des Entlastungskontingents, Verschiebung der Altersermäßigung, massiver Abbau der Studienplätze für das Lehramt. Das waren die bildungspolitischen Glanztaten von Grün-Rot in Baden-Württemberg für Lehrerinnen und Lehrer,

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

von den schulpolitischen Experimenten auf dem Rücken der Schüler wie Gemeinschaftsschule und Beginn der Abschaffung des Gymnasiums ganz zu schweigen. Sie sind krachend gescheitert mit Ihrer Bildungspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Drittes Beispiel: Finanzen. Auch und gerade beim Haushalt übernehmen wir Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder. Deswegen können wir nicht allem zustimmen, was Sie hier beantragen, Herr Aiwanger. Freibier für alle und keine Gebühren für niemanden mehr ist halt nicht solide finanzierbar. Aber, meine Damen und Herren: Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass man solide wirtschaftet. Schon seit 2006 machen wir keinen Cent neue Schulden im allgemeinen Haushalt. Wir haben gesagt, wir versuchen alles, und wir werden das schaffen: Bayern soll bis 2030 schuldenfrei sein. So schaut starke Politik für eine starke Zukunft aus. Die Pro-Kopf-Veranschuldung in Bayern beträgt 2.194 Euro. Merken Sie sich diese Zahl. "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!" Dann schauen wir mal, was SPD und GRÜNE abliefern. Ende März 2018 betrug der Schuldenstand von Nordrhein-Westfalen,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD) – Zurufe von der CSU)

angehäuft von Grün-Rot, fast – – Mir wäre das auch peinlich, Herr Wengert, wenn ich solche unfähigen Kolleginnen und Kollegen in der gleichen Partei hätte.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da würde ich mich auch wehren.

(Beifall bei der CSU)

Die Pro-Kopf-Verschuldung in Nordrhein-Westfalen beträgt 12.600 Euro, nicht 2.194 Euro. Ein Desaster der Finanzpolitik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Ich könnte noch Vergleiche mit anderen Ländern anstellen, aber ich mache es nur noch mit Bremen, meine Damen und Herren. Nicht 2.194 Euro, sondern 31.257 Euro Pro-Kopf-Verschuldung, unter Rot-Grün angehäuft! Der durchschnittliche Bremer, meine Damen und Herren, ist höher verschuldet als der durchschnittliche Grieche. Die Griechen dürfen froh sein, dass sie nicht noch Rot-Grün regiert worden sind, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Kommen wir zur Sozialpolitik: Das alles hat direkte Auswirkungen auf die Menschen. Der Anteil der Hartz-IV-Empfänger ist in Berlin mehr als viereinhalbmal so hoch und im Flächenland Nordrhein-Westfalen mehr als zweieinhalbmal so hoch wie in Bayern. In Bayern leben nicht einmal halb so viele Kinder in Hartz-IV-Familien wie im Bundesdurchschnitt. In Nordrhein-Westfalen wächst sogar jedes fünfte Kind in Hartz-IV-Verhältnissen auf,

(Hans Herold (CSU): Wahnsinn!)

in Bayern gerade jedes dreizehnte. Keine Frage: Jedes Kind, das in Hartz-IV-Verhältnissen leben muss, ist eines zu viel, meine Damen und Herren. Aber wahr ist auch:

Jahrelange rot-grüne Politik macht die Menschen und vor allem die Kinder ärmer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Bayern macht es wirtschaftlich besser. Bayern ist sozialer. Bayern ist das Familienland Nummer eins. Wir haben das Bayerische Familiengeld eingeführt, damit Beruf und Familie noch besser vereinbar werden. Das Familiengeld bekommt jede Familie, auch wenn es dem Bundesarbeitsminister von der SPD nicht passt. Liebe Frau Kohlen, wenn Sie irgendeinen Einfluss in Berlin hätten,

(Zurufe von der CSU: Hat sie nicht!)

dann hätten Sie Ihren Parteifreund Heil schon längst dazu bringen können, seine völlig unsinnige, unsoziale Blockadehaltung bei der Anrechnung des Familiengelds aufzugeben. Setzen Sie sich nicht für Heil, sondern für die bayerischen Familien ein, Frau Kohlen!

(Beifall bei der CSU)

In Bayern gibt es ein Landespflegegeld. Mehr als 230.000 Anträge wurden schon gestellt. In rot-grünen Ländern können die Menschen von so etwas nur träumen, meine Damen und Herren, weil dort nichts in diese Richtung unternommen wird. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen: Da erhalten pflegebedürftige Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, jetzt 1.000 Euro Pflegegeld, damit sie vielleicht ihren Kindern und Enkeln, die sich um sie kümmern, ein Dankeschön zukommen lassen können, und Sie von der Opposition verunglimpfen das als Wahlgeschenk. Andere wiederum sagen, 1.000 Euro sind zu wenig. Wissen Sie eigentlich, um was für Menschen es da geht? – Um Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben und eine normale Rente haben, die aber im Pflegeheim nicht ausreicht und einkassiert wird, um Menschen, die nur noch ein kleines Taschengeld haben. Für diese Leute sind

1.000 Euro, über die sie verfügen können, viel Geld. Deswegen ist es richtig, dies einzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Halbleib, Familiengeld, Baukindergeld Plus und Pflegegeld gibt es nur in Bayern. Überall, wo Sie regieren, gibt es dies nicht. Wenn Sie die Eigenheimzulage geißeln und behaupten, dass die Eigenheimzulage, meine Damen und Herren, am falschen Stichtag eingeführt worden ist, dann sage ich Ihnen nur: Wenn es nach Ihnen ginge, wäre sie überhaupt nie eingeführt worden.

(Tobias Reiß (CSU): So ist es!)

Deswegen ist diese Argumentation an Komik eigentlich kaum mehr zu überbieten: Etwas, was man selber eigentlich gar nicht will, hätte früher eingeführt werden müssen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der CSU)

Dann schauen wir noch auf die Landwirtschaft und den Naturschutz: Da müsste die Ökopartei der GRÜNEN doch überall, wo sie regiert oder lange regiert hat, glänzende Taten vorweisen können. Tatsache ist aber: Bäuerliche Landwirtschaft ist bei uns zu Hause, in Bayern.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Kleinere Einheiten, familiengeführte Betriebe – das ist besser für die Umwelt. Bayern ist Ökoland Nummer eins in Deutschland, nicht Schleswig-Holstein von Herrn Habeck oder Baden-Württemberg von Herrn Kretschmann. Bei uns arbeiten über 10 % der Höfe ökologisch, in Niedersachsen, wo Sie die Verantwortung tragen, 3,6 %, in Schleswig-Holstein 5,6 % und in Nordrhein-Westfalen 5,7 %, meine Damen und Herren. Sie haben dort keine Erfolge. Sie sind überall schlechter als in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die großen Massentierhaltungsbestände, die dauernd angeprangert werden, gibt es auch nicht in Bayern, sondern in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Bayern wird extensiv bewirtschaftet. Dafür tun wir auch jede Menge mit Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogrammen sowie mit Agrarumweltmaßnahmen. Das ist viel mehr als in Ländern, in denen Sie die Verantwortung tragen und Umweltminister von den GRÜNEN gestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Das führt dazu, dass in Bayern in weiten Teilen der Fläche auf Mineraldünger verzichtet wird. Wir verzichten auch weitgehend auf Pflanzenschutzmittel. Bei uns gibt es mehr Blühwiesen und mehr Streuobstwiesen. Dafür geben wir 80 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche aus. Dort, wo Herr Habeck das Sagen hat, sind es 12 Euro. Das sind die Unterschiede zwischen Ankündigung und Handeln, wenn man selber in der Verantwortung steht.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie reden viel, tun aber nichts.

(Beifall bei der CSU)

Das hat auch Auswirkungen. In Schleswig-Holstein gibt es einen GRÜNEN-Umweltminister. Bis vor Kurzem waren die GRÜNEN in Niedersachsen an der Regierung beteiligt. Dort gibt es fünfmal mehr Trinkwasserbrunnen, die den Nitratgrenzwert überschreiten, als in Bayern. Meine Damen und Herren, Sie haben ein Nitratproblem. In Bayern wird nur halb so viel Glyphosat ausgebracht wie im Bundesdurchschnitt. Die

GRÜNEN sollten sich in diesen Ländern nicht Umweltpartei, sondern Nitrat- und Glyphosatpartei nennen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich wollen wir diesen Wert in Bayern wie in ganz Deutschland noch verbessern. Nur kritisieren und selber nichts auf die Bahn bringen – das lassen wir Ihnen nicht mehr durchgehen.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, ich komme zum Punkt innere Sicherheit. Genauso wie die GRÜNEN jahrelang die erfolgreiche bayerische Schleierfahndung bekämpft haben, kämpfen sie heute gegen die Grenzpolizei, gegen Grenzkontrollen und gegen mehr Befugnisse für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Mit anderen Worten: Sie kämpfen gegen mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Dagegen kämpfen Sie.

(Beifall bei der CSU)

Wir halten unseren Polizeibeamten den Rücken frei, andere fallen ihnen in den Rücken. Das zeigt sich aktuell im Hambacher Forst. Erst wird der Tagebau von der rot-grünen Landesregierung genehmigt, dann solidarisieren sich die GRÜNEN – an der Spitze der Bayer Hofreiter – mit Waldbesetzern und Chaoten. Sie stellen sich vor Ort gegen die Polizeibeamten, die die rot-grünen Beschlüsse umsetzen müssen – unerhört!

(Beifall bei der CSU)

Tatsache ist: Verlässlicher Spitzenreiter bei der inneren Sicherheit ist der Freistaat Bayern mit 4.333 Straftaten pro 100.000 Einwohner. Damit ist die Kriminalitätsrate in Bayern etwa halb so hoch wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, wo Sie bis vor Kurzem die Verantwortung getragen haben. Bayern ist nicht nur das sicherste Bundesland, München ist mit 6.600 Straftaten auf 100.000 Einwohner die sicherste Großstadt. In Köln und Düsseldorf, wo Sie die Verantwortung tragen, ist die Quote doppelt

so hoch. Dort sind es 12.720 Straftaten auf 100.000 Einwohner. In Köln lebt es sich doppelt so gefährlich wie in München. Das ist rot-grüne Sicherheitspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Wir tun auch etwas dafür. Wir stärken unsere Polizei. Mit mehr als 42.000 Stellen haben wir schon jetzt den höchsten Personalstand aller Zeiten. Meine Damen und Herren, es stimmt, wenn Sie sagen, dass Überstunden angefallen sind. Dies geschieht nicht zuletzt deswegen, weil wir anderen Polizeien immer mehr aushelfen müssen, da sie selbst einen zu niedrigen Personalstand aufweisen. Ich möchte einmal wissen, wie viele Überstunden insgesamt beim G-20-Gipfel in Hamburg angefallen sind. Das Ganze muss man jedoch in Relation setzen: Es sind pro Kopf unter 70 Stunden; das sind insgesamt 1.000 Stellen. Wir werden aber 3.500 neue Stellen schaffen. Tatsächlich muss bei dieser Überstundendiskussion die Relation gewahrt bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wie ist das in anderen Ländern? – Das Land Nordrhein-Westfalen hat genauso viele Polizeibeamte wie Bayern, jedoch ein Drittel mehr Bevölkerung. Das bedeutet, im Verhältnis zur Bevölkerung gibt es dort ein Drittel weniger Polizeibeamte als in Bayern. Darauf basieren die schlechten Kriminalitätszahlen. Sie tun nichts, im Zweifelsfall behindern Sie die Polizeibeamten noch bei der Dienstausbung.

(Beifall bei der CSU)

Dabei geht es nicht nur um abstrakte Straftaten. Schauen wir uns doch einmal die Clanstrukturen an, die sich ausgebreitet haben, beispielsweise im Essener Norden. Schauen wir uns doch die Clanstrukturen in Berlin an. Dort zeigt sich das gleiche Bild: kriminelle Clans, die Hartz IV beziehen, aber mit dem Mercedes über den Ku'damm brausen. Das haben Sie mit Ihrer Sicherheitspolitik zugelassen. Einbrüche, Prostitution und Drogenhandel! Jetzt kommt der Innensenator von Berlin und sagt: Jetzt beginnen wir einmal, die Steuererklärungen von denen zu prüfen.

(Lachen bei der CSU)

Meine Damen und Herren, das sind Zustände wie bei Al Capone in Chicago und teilweise noch schlimmer.

(Beifall bei der CSU)

Das kommt natürlich nicht von ungefähr. Ghettobildung und gescheiterte Integration entwickeln sich aus einer falsch verstandenen Multikulti-Beseelung. Laxe Drogenpolitik, das Nichteingreifen am Anfang – das ist der Nährboden für solche Entwicklungen. Ich sage Ihnen: In Bayern machen wir etwas anders. Bayern ist besser. In Bayern besteht null Toleranz für jede Form von Kriminalität, und zwar von Anfang an.

(Beifall bei der CSU)

Dazu gehört auch der entschlossene Kampf gegen jede Form von Extremismus. Der Herr Ministerpräsident hat das Notwendige zur AfD gesagt. Das will ich nicht wiederholen. Ich schließe mich dem an.

Wir wollen den wachsenden Rechtsextremismus massiv zurückdrängen, genauso wollen wir aber auch den Linksextremismus bekämpfen. Leider muss ich feststellen, dass sich zum Linksextremismus im Unterschied zum Rechtsextremismus im Wahlprogramm der GRÜNEN kein einziges Wort findet. Sie sind auf dem linken Auge vollkommen blind.

(Beifall bei der CSU)

Die schlimmsten Krawalle und die meisten Verletzten gibt es bei linksextremen Auseinandersetzungen. Ich erinnere mich an die EZB-Eröffnung in Frankfurt und die gewalttätigen Ausschreitungen beim G-20-Gipfel in Hamburg, wo jeweils auch bayerische Polizisten verletzt worden sind. Das alles ist für Sie überhaupt kein Thema. Sie haben es nicht im Programm, und Sie reden nie darüber, Frau Schulze.

(Beifall bei der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist einfach falsch!)

"An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!" Sie von den GRÜNEN veranstalten Polizeikon-
gresse im Landtag und verbünden sich mit Linksradi-kalen und Verfassungsfeinden wie
der DKP, dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und anderen. Sie unter-
schreiben Erklärungen und bilden Bündnisse mit Verfassungsfeinden. Sie laufen nicht
nur neben denen her, sondern bilden Bündnisse mit denen. Das bedeutet, Sie gren-
zen sich vom Linksradi-kalismus nicht ab. Meine Damen und Herren, das verurteile ich.

(Beifall bei der CSU)

Das ist der Unterschied zwischen dem Anspruch und der heuchlerischen Wirklichkeit
grüner Politik. Das gilt ganz besonders auch für Sie, Frau Schulze. Kürzlich haben Sie
in Dachau erklärt, Sie wollen bayerische Innenministerin werden.

(Mechthilde Wittmann (CSU): Gott schütze das Land!)

Das haben wir vernommen. Das kann jeder fordern. Um ein solches Amt bekleiden zu
können, müssen jedoch bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Sie beteiligen sich
nicht nur an Demonstrationen – das ist Ihr gutes Recht –, sondern gehen Bündnisse
mit Verfassungsfeinden ein, die für die Ausschreitungen beim G-20-Gipfel in Hamburg
mitverantwortlich sind. Das nehmen Sie in Kauf, und Sie grenzen sich nicht ab.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie, Frau Schulze, bei Demos schreiend mitlaufen und anderen Menschen den
erhobenen Zeigefinger,

(Mechthilde Wittmann (CSU): Den Mittelfinger!)

den erhobenen Mittelfinger zeigen – davon gibt es zumindest Bilder –, dann sage ich
Ihnen: Egal, wer Ihnen gegenübersteht, das ist eine Beleidigung. Normalerweise
müsste der Polizeibeamte, der danebensteht, Ihre Personalien aufnehmen und prüfen,
ob Sie einen Straftatbestand verwirklicht haben. So etwas trägt nicht zur Deeskalation

und zur freien Meinungsäußerung bei, vielmehr eskalieren Sie bewusst solche Situationen.

(Beifall bei der CSU)

Wer so auftritt, wird doch nicht ernsthaft glauben, dass er als Innenminister Vorgesetzter von Polizeibeamten sein kann. Sie wären in dieser Funktion aufgrund Ihres Verhaltens völlig untragbar, Frau Schulze. So sieht es aus.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik erinnere ich daran, dass wir in den Jahren 2015 und 2016 schwierigste Situationen gemeinsam gemeistert haben. Die Summe ist bereits genannt worden, aber es geht auch um die viele menschliche Zuwendung der Ehrenamtlichen. Dies war eine großartige Leistung in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere mich bei dieser Gelegenheit aber auch an die chaotischen Bilder aus Berlin im Winter 2016. Dort haben die Menschen, die von Bayern aus nach und nach verteilt wurden, die also nicht alle auf einmal gekommen sind, tagelang in der Kälte gestanden, um sich beim zuständigen Amt überhaupt registrieren zu lassen. So etwas hat es bei uns nie gegeben. Das ist mangelnde Humanität von Rot-Grün in Berlin.

(Beifall bei der CSU)

In Berlin sitzen heute noch die Flüchtlinge, die 2015 und 2016 zu uns kamen, teilweise in Notunterkünften. Das sagt der dort zuständige Senator. In Berlin hoffen sie, die Notunterkünfte bis 2019 auflösen zu können. Notunterkünfte werden nach Jahren aufgelöst, und da bezeichnen Sie sich als human. Das ist nicht human, das ist unfähige Flüchtlingspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Bayern mit der Flüchtlingspolitik neben der Humanität auch Erfolg in der Integration. Niemand hat so viele Menschen in Ausbildung und Arbeit gebracht wie wir in Bayern. Natürlich haben wir auch für ein Umsteuern in der Flüchtlingspolitik gesorgt. Wir haben Anker-Zentren mit der konsequenten Umstellung von Geld- auf Sachleistungen eingeführt. Wir werden mit der Bayerischen Grenzpolizei dafür sorgen, dass die Schlepper Bayern meiden, meine Damen und Herren. Wir wollen nicht, dass Menschen durch Kriminelle massenweise nach Bayern eingeschleust werden. Dies wird die Bayerische Grenzpolizei zusammen mit der Bundespolizei verhindern. Das ist der richtige Weg. Wir müssen den Menschen klarmachen, dass dieser Staat in der Lage ist, Zustände an den Grenzen wie in den Jahren 2015 und 2016 zukünftig sicher zu verhindern. Das erwarten die Leute zu Recht von uns.

(Beifall bei der CSU)

Was machen die GRÜNEN? – Sie blockieren seit Monaten die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer und sorgen dafür, dass zahllose unberechtigte Asylbewerber weiterhin im Land bleiben können, darunter auch viele Kriminelle.

(Thomas Gehring (GRÜNE): 2015 kamen die Menschen aus Syrien!)

Sie lehnen die Abschiebehaft rundweg ab. Sie fordern einen Abschiebestopp im Winter. Erklären Sie mir, warum ich im Winter niemanden mehr nach Afrika, wo es auch im Winter sehr warm, vielleicht zu warm ist, abschieben kann. Auch Kriminelle und Gefährder sollen wir nicht mehr abschieben dürfen. Sie sind für einen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan auch für Gefährder und Terroristen. Das zeigt, dass Sie generell sogar bei Gefährdern und Straftätern gegen Abschiebung und Aufenthaltsbeendigung sind. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer gegen Abschiebung und Aufenthaltsbeendigung ist, der provoziert, dass viele Menschen zusätzlich zu uns kommen werden. Wenn sich nämlich herumspricht, dass

man auf keinen Fall zurückgeführt und abgeschoben wird, egal, ob man anerkannt oder abgelehnt worden ist, weil es die braven GRÜNEN gibt, dann wird eine Unzahl von Menschen zu uns kommen, die nicht schutzbedürftig sind. Dies kann dieses Land nicht verkraften. Deswegen liegen Sie hier völlig falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das alles zeigt, dass die Opposition im Bayerischen Landtag ein anderes Bayern will. Jeder kann sehen, wie dieses andere Bayern aussehen würde. Man kann es nämlich dort sehen, wo SPD und GRÜNE tatsächlich Verantwortung tragen. Wir hätten ein Land mit weniger wirtschaftlicher Leistungskraft, aber mit mehr Schulden. Wir hätten ein Land mit weniger Leistungen für Familien, aber mit mehr Armut. Wir hätten ein Land mit weniger Bildungschancen, aber mit mehr Kriminalität. Dies können wir in Bayern nicht wollen. Bayern ist zu schade für solche Experimente, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Der "Cicero" hat kürzlich geschrieben, dass es viele Gründe gibt, um mit allem Respekt auf Bayern zu schauen. Dies stimmt, ganz egal, wo man hinschaut, ob auf unsere Städte und Dörfer, ob auf unsere Schulen und Hochschulen, ob auf München, Nürnberg, auf das Allgäu oder auf den Bayerischen Wald. Bayern steht besser da als je zuvor in seiner Geschichte. Die heutige Regierungserklärung hat gezeigt: Markus Söder wird dafür sorgen, dass dies so bleiben wird.

Um was geht es in den nächsten fünf Jahren? Wollen wir die gleichen politischen Zustände, wie wir sie in Berlin mit sieben Parteien haben oder wie wir sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten in anderen Bundesländern gehabt haben? Wollen wir schwierigste Konstellationen, unsichere Mehrheitsverhältnisse und dauernd wechselnde Koalitionen? Überall, wo dies passiert ist, hat es den Erfolg, den wir in Bayern haben, nicht gegeben. Wollen wir, dass Bayern im negativen Sinn ein ganz normales Bundesland wird, liebe Freunde? – Ich werfe diese Entwicklung nicht diesen Ländern vor, Frau

Kohnen. Wir haben nichts gegen diese Länder und die Menschen dort. Wir werfen diese Entwicklung Ihrer Politik, der rot-grünen Politik zum Schaden der Menschen in diesen Ländern vor.

(Beifall bei der CSU)

Oder wollen wir in Bayern weiterhin Kontinuität, Berechenbarkeit und Handlungsfähigkeit? – Ja, das wollen wir. Wir wollen die Stärken Bayerns weiter ausbauen und auch in Zukunft den Menschen Chancen, Sicherheit und Heimat geben. Bayern soll Bayern bleiben. Dafür steht Ministerpräsident Markus Söder, dafür steht auch die CSU-Landtagsfraktion, und dafür werden wir werben.

(Lang anhaltender Beifall)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege von Brunn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Kollege von Brunn, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kreuzer, ich verstehe die Arbeitsteilung nicht. Ihr Ministerpräsident appelliert an unseren Anstand hier im Parlament, aber Sie hauen drauf und holzen herum. Gleichwohl müssen einige Tatsachen zurechtgerückt werden.

(Beifall bei der SPD – Petra Guttenberger (CSU): Die Wahrheit tut weh!)

Einige Dinge, die Sie erwähnt haben, muss man zurechtrücken, zum Beispiel das ewige Märchen von der "roten Welle" in München. Seit 2014 regiert die CSU in München mit, konnte aber diese fiktive "rote Welle" nicht abschaffen. Vielleicht kann Ihnen Ihr zukünftiger Kollege Schmid, der derzeit Zweite Bürgermeister, einmal erklären, was er in den letzten vier Jahren dagegen unternommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Warum fahren Sie nicht mit der Bahn, sondern mit einem Diesel hier in München herum? Liegt es vielleicht daran, dass die Bahnverbindungen in Bayern dank der CSU doch nicht so gut sind, wie Sie es immer behaupten?

(Beifall bei der SPD)

Zum Wohnen in München, Herr Kreuzer: München hat mit 870 Millionen Euro das größte kommunale Wohnungsbauprogramm in der Bundesrepublik Deutschland aufgelegt.

(Widerspruch bei der CSU)

13.700 Baugenehmigungen sind 2017 unter Oberbürgermeister Dieter Reiter ausgesprochen und 8.300 neue Wohnungen geschaffen worden. In München gibt es noch 62.000 Wohnungen in städtischem Besitz, während Sie 32.000 an Spekulanten verschreibt haben. Das ist der Unterschied zwischen München und der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind sofort dabei, Herr Kreuzer, wenn Sie Hartz IV reformieren wollen. Wir haben Vorschläge gemacht: Kindergrundsicherung, weniger Sanktionen. Wer blockiert das in Berlin? – Es ist die CSU, die das blockiert.

Mein letzter Punkt ist der Kampf gegen Extremismus. Ganz persönlich: Ich habe die Staatsanwaltschaft München auf einen möglichen Volksverhetzungstatbestand bei einem AfD-Kandidaten hingewiesen. Dieser Hinweis mit einem Link zu dem YouTube-Video ist 14 Tage lang liegengelassen worden, bis dieses Video aus dem Internet gelöscht worden ist. Das ist Ihr Kampf gegen Extremismus. So sieht es in Bayern aus.

(Zuruf der Abgeordneten Mechthilde Wittmann (CSU) – Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Kreuzer, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Ich weiß natürlich, dass meine Freunde in München diese Stadt inzwischen mitregieren. Aber ich weiß eben auch, dass man die Dinge nicht von heute auf morgen ändern kann

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

und dass man die Dinge nur dann ändern kann, wenn Rot mitmacht. Und Rot macht das Gleiche, was es unter Grün gemacht hat. Deswegen sind die Verhältnisse in München schwierig für die CSU, um das deutlich zu sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

– Über die "rote Welle" diskutiere ich nicht mit Ihnen. Jeder, der morgens und mittags fährt, weiß: In München ist immer rot, aber politisch nicht mehr lange. Nur noch auf der Straße ist es dann rot.

Bei den Wohnungen brauchen wir nicht herumzudiskutieren. Sie sagen, Sie haben etwas gemacht. Es wäre schlimm, wenn Sie nichts gemacht hätten. Aber klar ist doch: Sie haben viel zu wenig gemacht. Sie haben die schlechtesten Ergebnisse aller deutschen Großstädte. Sie sind, Herr von Brunn, in dieser Angelegenheit die Schlechtesten und nicht die Besten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Ob jemand etwas auf einer Internetseite löscht, kann ich im Moment nicht nachvollziehen. Ich kann nur eines nachvollziehen: Wer Bündnisse mit Verfassungsfeinden unterschreibt, hat jede Legitimation verloren, über Extremismus zu sprechen, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Aiwanger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIEN WÄHLER haben das Ziel, dass Bayern nach dieser Landtagswahl stabil und vernünftig regiert wird. Darum geht es, und darum sollten sich die Debatten heute drehen. Ich glaube, wir sollten aufhören, Nordrhein-Westfalen und Bremen irgendwie gegen Bayern aufzurechnen und hin und her zu wiegen, die Redezeit zu vergeuden und am Ende nicht mehr zu sagen, was wir hier ganz konkret verändern wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER wollen ab Herbst dieses Jahres noch mehr anpacken. Wir haben in den letzten zehn Jahren in der Opposition im Rahmen unserer Möglichkeiten mehr getan, als man hatte erwarten können. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft, das G 9 wieder eingeführt und die Straßenausbaubeiträge abgeschafft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): Habt ihr allein regiert, oder was?)

Alle drei Themen wären nicht zur Umsetzung gekommen, wenn wir sie nicht vorangebracht hätten. Bei dem letzten Thema, den Straßenausbaubeiträgen, haben Sie noch fünf vor zwölf gemerkt, dass Sie voll ins Messer gelaufen wären. Sonst wäre es pünktlich zur Landtagswahl zum Volksentscheid gekommen, und dann hätten wir 20 % gehabt und Sie auch, meine Damen und Herren.

Ich sage also ganz klar, dass wir Dinge verändert haben und dass wir Themen erkannt haben. Wir erkennen weiterhin Themen, wo dringend korrigiert werden muss. Beginnen wir im frühkindlichen Bereich. Wir sind der Überzeugung: Auch Bayern braucht endlich die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung. Unser Vorschlag ist: für Kinder ab einem Jahr bis zu fünf Stunden täglich. Was sich Berlin und Co. leisten, sollte sich endlich auch Bayern leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir müssen die Eltern entlasten. Gerade in den großen Städten sind Kinderbetreuungseinrichtungen unfinanzierbar teuer: in München Preise von 500 Euro aufwärts für einen Krippenplatz. Da reichen Ihre 250 Euro Familiengeld leider nicht. Mir ist nicht verständlich, dass sowohl die CSU als auch die GRÜNEN, die ja in München sehr stark sind, weiterhin an Gebühren festhalten wollen. Ich glaube, wir müssen Qualitätsverbesserung und Kostenfreiheit in einem sinnvollen Umfang unter einen Hut bringen. Das müssen wir durchsetzen. Darauf warten die Eltern. Das steht ihnen zu, und das ist auch finanzierbar. Das ist keine Freibierpolitik, Herr Kreuzer, sondern das sind Dinge, die dringend nötig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Freibier verteilen eher Sie mit Teilen Ihres Familiengeldes, das im Vergleich mit unseren 500 Millionen Euro für die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung um die 750 Millionen Euro im Jahr kosten wird. Mindestens 10 % des Familiengeldes werden an Bayern vorbeigehen. Berlin wird sich von Hartz-IV-Eltern die 250 Euro holen, die wir vorher als bayerisches Geld auf den Tisch gelegt haben. Für ein Mitglied einer Familie aus anderen Ländern Europas und darüber hinaus, das in Bayern wohnhaft gemeldet ist, fließt auch in diese Länder das bayerische Familiengeld. Sie haben in den letzten Monaten Kindergeldzahlungen ins Ausland kritisiert, und jetzt machen Sie denselben Fehler. Bayern bezahlt nach Berlin, und Bayern bezahlt in alle Länder Europas Familiengeld. Wir würden dieses Geld lieber den einheimischen bayerischen Familien zugutekommen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zuletzt wurde der Flurfunk aus den Behörden und Ministerien immer lauter, dass Sie Ihre Wahlkampfversprechen nicht werden bezahlen können. Es wird ganz offen diskutiert, dass das Weihnachtsgeld für die Beamten nicht wird ausbezahlt werden können.

(Ingrid Heckner (CSU): Solche Gerüchte! – Weitere Zurufe von der CSU)

Und es werden Arbeitszeitverlängerungen diskutiert. Herr Ministerpräsident, Sie können dazu nachher gerne Stellung nehmen. Mir wurde von verschiedenen Seiten glaubhaft zugetragen, dass Beamte Kürzungen werden aushalten müssen und die Stundenzahl wieder hinaufgehen wird. Das wird erzählt. Wenn Sie es dementieren wollen, haben Sie dazu Zeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, die Aufregung bestätigt wohl die Richtigkeit meiner Aussage. Sie können das widerlegen und den Worten Taten folgen lassen. Schauen wir, was herauskommt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Gehen wir ganz konkret in Themen, wo wir einen dringenden Verbesserungsbedarf sehen, zu denen ich heute aber kein Wort gehört habe. Der Ausbau des schnellen Internets steckt draußen immer noch fest.

(Tobias Reiß (CSU): 2,5 Milliarden Euro!)

– Das ist doch das Problem, dass Sie 2,5 Milliarden Euro vergeuden. Ich sage Ihnen, was Sie damit erreichen: Die Telekom kassiert Sie mittlerweile als Freistaat und als für die Steuerzahler Verantwortliche massiv ab. Wir haben draußen mittlerweile reihenweise Angebote von Telekommunikationsanbietern, die für einen Breitband-Hausanschluss von der Gemeinde 30.000 Euro verlangen. Ich kann Ihnen die Namen von mehreren Bürgermeistern nennen. Meine Damen und Herren, für 30.000 Euro – in DM umgerechnet waren das damals 60.000 DM – hat man noch vor 20 Jahren den Rohbau eines Hauses bezahlen können. Dafür legen sie Ihnen heute ein Kabel vor die Haustür, das ein bisschen dicker ist als mein Daumen. Das ist Wucher, der da läuft. Sie schauen zu, überweisen brav das Geld und rühmen sich, wie viele Milliarden Sie da hinausblasen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Bürgermeister kommen und sagen: 30.000 Euro pro Haushalt sind unreal; soll ich das unterschreiben? Das gibt es doch nicht. – Unser Vorschlag ist hier ganz klar, eine Infrastrukturgesellschaft einzusetzen. Wir FREIEN WÄHLER sagen, wir sollten, anstatt eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, um in München ein paar Tausend Wohnungen zu bauen, mit einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft die Resterschließung im Breitbandbereich staatlicherseits mit in die Hand nehmen, wir sollten als Wettbewerber zu den Abzockern draußen auftreten und die Glasfaser-Erschließung voranbringen. Sonst drehen wir uns in fünf Jahren immer noch im Kreis, werden uns ruiniert haben und haben immer noch die alten Kupferleitungen. Sie bekommen das Breitband nicht fertig, wenn Sie weiter so trödeln wie bisher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der nächste Punkt ist der Mobilfunk. Meine Damen und Herren, Ihr CSU-Minister in Berlin, der Herr Scheuer – nachher werden wir noch einen Satz zum Thema Diesel sagen –, der für den Mobilfunkausbau zuständig ist, hat angekündigt, 10.000 und mehr Mobilfunkmasten aufzustellen, um den Mobilfunkbereich besser abzudecken. Natürlich müssen wir diesen Bereich abdecken. Für weiße Flecken werden wir zusätzliche Masten brauchen, aber für graue Flecken, in Gebieten also, in denen nur ein Anbieter gut abdeckt – meinetwegen Vodafone und die Telekom nicht, und im anderen Ortsteil ist es umgekehrt – präferieren wir FREIEN WÄHLER das Modell des National Roaming. Bitte gehen Sie hier auf Scheuer zu! Gehen Sie hier auf Bundeswirtschaftsminister Altmaier zu, der für die Bundesnetzagentur verantwortlich zeichnet! Finden Sie einen Weg, dass sich dort, wo ein gutes Vodafone-Netz ist, das Telekom-Handy aufschalten lässt und umgekehrt!

Die Österreicher machen es uns wieder einmal vor. Wir sollten hier nicht überheblich sein, sondern sagen: An der Stelle können wir uns mit Sicherheit Tausende Masten in Bayern sparen. Die Gemeinden müssen 20 % des Mobilfunkausbaus bezahlen. Sie werden viel Spaß dabei haben, wenn sie alle paar Kilometer einen neuen Masten benötigen und die Bürgerinitiativen genauso.

Also: Mobilfunkausbau, jawohl, er ist dringend nötig, aber bitte auch die Chancen des National Roaming nicht vergessen. Wir FREIE WÄHLER sagen hier ganz klar: National Roaming anstatt Bavaria One.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch ein paar Gedanken dazu, wo sich Geld einsparen lässt, und wenn es nur ein paar Millionen sind: Bitte stampfen Sie Ihre bayerische Kavallerie ein; vielleicht hat Herr Söder in der Vergangenheit zu viele Bonanza-Filme gesehen. Wir wollen keine Kavalleriestandorte mit 200, 250 Pferden und verbeamteten Reitern in sechs bis sieben weiteren bayerischen Städten. Diese Stellen der verbeamteten Reiter braucht man anderswo dringender, zum Beispiel bei der Schleierfahndung. Baut und repariert lieber Krankenhäuser und Geburtshilfestationen anstatt Pferdeställe!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was wir ebenfalls dringend einkassieren müssen, sind Ihre Regierungsbeauftragten – Klammer auf: kleine Staatssekretäre, Klammer zu. Diese CSU-Leute mit Monatsgehalt und Büro kosten jährlich Millionen an Euros und sind mit Dienstwagen unterwegs, um ihren Wahlkampf zu Hause besser gestalten zu können mit Themen, die ansonsten in der Regierungsarbeit ohnehin abgedeckt sein müssen. Auf Kosten des Steuerzahlers wird hier der eigene Parteifreund gegenüber Mitbewerbern im Landtag begünstigt; die Betreffenden nutzen das für den Landtagswahlkampf gnadenlos aus. Das ist eine Schweinerei, dieses Geld müssen wir uns sparen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, zurück zu Themen, die uns wichtig sind: Wir sind der Überzeugung, dass wir das Hebammenwesen stärken müssen, und dafür reicht Ihre Prämie von 1.000 Euro, die Sie jetzt kurz vor der Wahl beschlossen haben, für die Hebammen nicht aus. Ich habe vor wenigen Tagen in Landshut am Infostand eine sehr

erboste Hebamme getroffen, die gesagt hat: Das ist eher eine Beleidigung als eine Hilfe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die 500 bis 1.000 Hebammen brauchen mindestens den Haftungsfreistellungsfonds, mit dem der Freistaat Bayern die Kosten für die Haftpflicht übernimmt – 8.000 Euro pro Jahr. Das sind etwa fünf bis acht Millionen und damit ein Drittel der Kosten der Kavallerie, aber dann haben wir etwas bewegt und mit dem Geld keinen Unsinn angestellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER wollen in den nächsten Jahren eine Bestandsgarantie für Krankenhäuser und Geburtskliniken – solange eben dann unser Einfluss reicht.

Ich hoffe und gehe davon aus, dass wir ab Herbst dabei sein werden, um die Dinge zu stabilisieren, bevor in dieser bayerischen Regierung Unsinn herauskommt. Hier muss vernünftig weiterregiert werden. Die klare Botschaft lautet also, dass wir die Themen der Bürger umsetzen müssen. Wir müssen die ärztliche Versorgung und die Krankenhausversorgung in der Fläche erhalten. Wir brauchen auch dringend mehr Ärzte. Lasst mehr junge Leute zum Studium zu – wir sind für mehr Studienplätze –, damit wir mehr Nachwuchs bei den Hausärzten, in den Kliniken draußen und in den Krankenhäusern bekommen. Dort haben wir zu wenig; das muss korrigiert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Thema "Pflege": Dieser Pflege-Tausender ist natürlich besser als nichts, aber das sind heruntergerechnet 2,70 Euro pro Tag dafür, dass man eine pflegebedürftige Oma oder einen pflegebedürftigen Opa zu Hause betreut. Sehr viel wichtiger wäre es nach unserer Meinung, diese paar Hundert Millionen in Kurzzeitpflegeplätze zu stecken, damit die pflegende Familie sagen kann: Wir wollen uns drei Tage erholen, wollen mal heraus.

(Ingrid Heckner (CSU): Das wird ja zusätzlich gemacht!)

– Ja, das kommt zusätzlich! Wenn Sie es bezahlen können, ohne den Beamten in die Tasche zu greifen, dann macht das!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ingrid Heckner (CSU): Da werden Sie sich noch entschuldigen müssen!)

– Ich werde mich entschuldigen, vielleicht nach der Wahl.

(Zurufe von der CSU: Vorher!)

Meine Damen und Herren, ganz klar ist die Aussage: Wir brauchen Kurzzeitpflegeplätze. Den Eltern, die die Großeltern zu Hause betreuen, ist mehr geholfen, wenn sie ein paar Tage wegkommen. Derzeit können sie das nicht.

So ist es übrigens auch bei der Kinderbetreuung. Wir müssen Strukturen aufbauen, anstatt, wie gesagt, nur Geld zu geben, das vielfach ins Leere läuft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das Thema Energiepolitik ist bisher überhaupt von keiner Seite gekommen. Wir sehen hier den dringenden Bedarf, die erneuerbaren Energien wieder ins Spiel zu bringen und über einen deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien nachzudenken, gerade auch vor dem Hintergrund von Debatten über fossile Energieträger und Klimaschutz. Wir sagen auch hier als einzige Fraktion im Landtag: Wir brauchen keine Stromtrasse SuedLink, keine Süd-Ost-Passage quer durch Bayern, für die unsere Felder und Wälder durchwühlt und Bäume abgeholzt werden, mit denen am Ende eine Abhängigkeit vom Norden geschaffen wird und bei denen die Besitzer der Trassen nicht Bayern und nicht die Bundesrepublik Deutschland sind, sondern wie bei TenneT holländische Staatskonzerne oder Australier oder Belgier wie bei 50Hertz. Angeblich stehen auch die Chinesen schon vor der Tür und wollen hier mit einsteigen. Solchen Investoren brauchen wir nicht 6 % bis 9 % Rendite zu garantieren

und unsere Heimat zu zerschneiden. Machen wir es lieber regional, und lassen wir unsere Handwerker vor Ort Geld verdienen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, auch die Landwirtschaft ist hier völlig zu kurz gekommen. Nur zu sagen: Wir sind besser als die anderen, reicht hier nicht. Wir sehen Endzeitstimmung auf vielen bayerischen Bauernhöfen. Die nicht praxisgerechte Düngemittelanwendung, die Düngeverordnung und wie das draußen läuft, macht vielen zu schaffen. Wir haben viele Probleme in der Bürokratie, die gelöst werden müssen. – Wir FREIE WÄHLER fordern die CSU auf, endlich ihren Widerstand gegen die Abschaffung der Hofabgabeklausel aufzugeben. Wenn ein Landwirt mit 65 Jahren auf dem eigenen Betrieb noch fünf Jahre arbeiten und den Hof nicht abgeben will, dann gönnen Sie ihm doch diese lächerlichen 300 bis 400 Euro Altersgeld, die er bekommt. Lassen Sie ihn die paar Jahre weiterarbeiten und versuchen Sie nicht, ihn aus dem Hof zu drängen, damit für einen großen Pächter noch mehr Land anfällt. Lassen Sie die Höfe dort!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sehen auch die Forderung, dass wir die Direktvermarktung ausbauen müssen und ausbauen können. Dazu müssen wir diesen Betrieben aber helfen. Wenn Sie mit einem Ab-Hof-Vermarkter sprechen, sagt er Ihnen, was er alles tun muss. Mittlerweile wird schon auf dem Weg zum Wochenmarkt oder auf dem Weg vom Wochenmarkt nach Hause regelmäßig von Steuerbehörden kontrolliert, ob alles wasserdicht ist, was er aufgeschrieben hat. Natürlich soll das alles passen. Diese Menschen brauchen aber auch die Hilfe des Staates und nicht nur die regelmäßige Kontrolle der Steuerbehörden, ob sie nicht irgendwo einen Euro verdient haben, wenn sie gleichzeitig Zehntausende Euro in Ausrüstung stecken müssen. Ein kleiner Metzger, der heute eine Zange zum Elektrisieren für über 10.000 Euro anschaffen muss, wird aufhören.

Sie müssen diesen Menschen Fördergelder geben, damit Strukturen geschaffen und die bestehenden erhalten werden. Momentan hören sie alle auf, aber Sie singen das Hohelied der bäuerlichen Landwirtschaft. In Wirklichkeit stehen die Großinvestoren schon vor der Tür, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch wir sind der Meinung, dass in der Wohnungspolitik andere Akzente gesetzt werden müssen. Sie bekommen das Gezänke hier mit: Wie viele Wohnungen hat München gebaut, und wer ist schuld? – Warum gehen Sie nicht sehr viel massiver den Weg der Nachverdichtung in ländlichen Gebieten und der Umnutzung bäuerlicher und sonstiger leerstehender Anwesen mit gezielten Fördergeldern und mit gezielten Anreizen? Bis dato läuft das nicht an. Hier müssen wir Bürgermeister und Landräte auch als Aufsichts- und Genehmigungsbehörden mit dem Privatinvestor an einen Tisch bringen mit einer staatlichen Wohnungsbaupolitik, die sagt: Lieber Hausbesitzer, du hast eine Wohnung mit 200 m² oder ein Haus, in dem das Dachgeschoss ausgebaut sein könnte, in das eine Einliegerwohnung passen würde, du bekommst eine ordentliche Anschubfinanzierung; wir kümmern uns, dass du nicht wegen Brandschutz und sonstigen, teilweise übertriebenen Vorgaben die Lust verlierst. –

(Zuruf von der CSU)

Dann bekommen die Leute eine Baugenehmigung und eine Innennutzung. Dann heißt es nicht: innen oder außen? – Ich kenne Bürgermeister, die sagen: Ich wollte diese Innendorfprogramme in Angriff nehmen, muss aber trotzdem draußen ein Baugebiet erschließen, weil bei uns so ein großer Siedlungsdruck herrscht. Jetzt sagen Sie den Bürgermeistern: Entweder du weist nur innen oder nur außen ein Gebiet aus. Dann sagt der Bürgermeister: Okay, dann verzichte ich auf die Ausweisung innen, dann setze ich eben statt 50 Häusern 60 Häuser auf die grüne Wiese und lasse im Dorfinnern zehn Wohnungen weiterhin leer stehen. Hier muss künftig wieder beides möglich

sein. Wir brauchen gesunden Menschenverstand statt Programme, die an der Realität in den Kommunen vorbeilaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als FREIE WÄHLER sehen wir weiterhin unsere große Zielsetzung darin, bestehende Infrastruktur zu sichern und zu erhalten. Das beginnt beim Zustand der Staatsstraßen. Wir leben diesbezüglich in Oberbayern nicht auf einer Insel der Glückseligkeit und können nicht sagen, in den fränkischen Randregionen ist die Situation deutlich schlechter. In den letzten Tagen bin ich wieder viel durch Oberbayern gefahren. Auf der Strecke von Dorfen nach München und im Raum Weilheim zeigt das Navi zwar Staatsstraßen an, aber Sie glauben, Sie sind auf einem geteerten Wirtschaftsweg ohne Mittelstreifen. Sie kommen sich wie ein Rennfahrer oder ein Skifahrer vor, der Slalom fahren muss. Meine Damen und Herren, das sind Staatsstraßen in Oberbayern. Bei diesem Thema haben Sie in den letzten Jahrzehnten schlichtweg geschlafen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt wird angekündigt, dass in drei Wochen alles umgesetzt wird. Jetzt plötzlich kommt der Brenner-Basiszulauf, obwohl die letzten drei Verkehrsminister – Ramsauer, Dobrindt und Scheuer – aus dieser Region stammen. Allerdings weiß keiner, ob und wie und wann und was. Er kommt aber angeblich. Außerdem kommt jetzt die Zweigleisigkeit der Bahnstrecke Plattling – Landshut. Groß wurde verkündet, jetzt sei der Knoten durchschlagen, und die Finanzierung sei gesichert. Zwei Tage später wurde kleinlaut nachgeschoben: vielleicht nur auf einem Kilometer Länge.

Meine Damen und Herren, mit solchen Manövern verunsichern Sie die Bevölkerung endgültig. Mit solchen Manövern bestätigen Sie die Kritik an einer Staatsregierung, die viel ankündigt, aber im Gegensatz zu diesen Sprüchen zu wenig umsetzt. Ich stelle nicht in Abrede, dass Sie mehr tun als die Bundesregierung in Berlin. Es wäre schlimm, wenn wir uns mit denen vergleichen müssten. Das ist nicht der richtige Maßstab für uns.

Zuletzt wurde verkündet, die eine Milliarde Euro mehr aus Berlin für die zweite Stammstrecke würde bewirken, dass es doch nicht zu Kannibalisierungen in der Fläche kommt. Meine Damen und Herren, in diesem Fall haben Sie uns in den letzten Monaten angelogen, als wir in der Debatte die Frage gestellt haben: Ist es für den Fall, dass Bayern Finanzrisiken übernimmt, sicher, dass dies nicht zulasten von Strecken in Oberfranken geht? – Keine Frage; das sei alles geklärt; das wäre Hetze und was weiß ich was. Jetzt wird verkündet: Gott sei Dank, durch diese Milliarde aus Berlin würden diese Probleme nicht auftreten. Vielleicht wurde diese Milliarde nur von Herrn Scheuer verkündet. Vielleicht weiß keiner etwas davon. Vielleicht ist sie auf Sand gebaut.

Sollte die Milliarde nicht kommen, werden die Probleme auftreten. Sie haben also entweder vorher gelogen, oder Sie lügen jetzt. Unter dem Strich ist klar, dass Sie jeden Euro nur einmal ausgeben können. Sie müssen sich also jedes Projekt ganz gut überlegen. Sie singen jetzt das Hohelied der Dezentralität. Warum haben Sie dann Bayern in den letzten Jahrzehnten so zentralistisch aufgestellt? Sie wollen Kurskorrekturen vornehmen, die wir begrüßen, wenn sie ernst gemeint sind, die wir aber anprangern, wenn sie nur Wahlpropaganda sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, bei der Infrastruktur müssen wir in den nächsten Jahren das Augenmerk auf die Wasser-, die Abwasser- und die Gesundheitsinfrastruktur legen. Viele Kanäle sind undicht. Wir suchen Lecks und sagen, die Landwirtschaft habe Nitrat in das Grundwasser eingebracht. Wir wissen, dass in unseren Städten eine ungleich höhere Nitratbelastung im Grundwasser besteht, weil Kanalisationen undicht sind. Hier müssen wir die bestehenden Strukturen sichern. Wir müssen hier Fördergelder investieren.

Ihre sonstigen Visionen sind schön, wenn sie funktionieren. Sie wollen einen Hyperloop und ein Weltraumprogramm. Wir sind keine Zukunftsverweigerer. Wir sagen aber immer: Bleiben wir erst einmal auf dem Boden der Tatsachen. Wir sollten erst einmal

das Naheliegende tun. Wenn dann noch Geld übrig ist, fliegen wir in den Urlaub. Wir fliegen aber nicht in den Urlaub, wenn es daheim beim Hausdach reinregnet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine massive Verantwortung der CSU sehen wir in der Verkehrspolitik bei der Dieselaffäre. Es trägt zur Politikverdrossenheit bei, wenn den Bürgern zuerst gesagt wird, sie blieben auf den Kosten des Dieselskandals sitzen, dann heißt es, die Politik denke über Nachrüstungen nach, und drei Wochen vor der Wahl, wenn die Umfragen nicht passen, heißt es, dies sei ein Versprecher gewesen, die Politik werde sich bemühen, dass der Bürger nicht auf diesen Kosten sitzen bleibe. Nachdem die Wahl vorbei ist, wird dann gesagt, man hätte sich bemüht, aber nichts bewegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kreuzer, Sie haben vorhin gesagt, in Bayern laufe es wie geschmiert. Dieses Wort ist in diesem Zusammenhang sehr treffend. In Bayern wurde in den letzten Jahrzehnten zu viel Kungelei mit der Autoindustrie betrieben. Wir begrüßen, dass wir in Bayern eine exportstarke Autoindustrie haben. Wir begrüßen es aber nicht, dass sich diese Konzerne auf Kosten der bayerischen und der deutschen Autofahrer aus der Affäre ziehen und Milliardengewinne für ihre Aktionäre auf die Seite schaffen. In Amerika müssen sie den Autofahrern ganz selbstverständlich Milliardenbeträge zahlen, während sie bei uns die Leute auf ihren Schrottkübeln sitzen lassen. Das ist keine Politik für die Zukunft der Autoindustrie. Diese Politik wird dazu führen, dass in Zukunft viele bayerische Autokäufer sagen werden: Jetzt hat mein Patriotismus ein Ende. Ich muss keine bayerische Marke kaufen. Es gibt auch chinesische Autos mit einem guten Elektroantrieb. – Genau das müssen wir vermeiden. Wir müssen vermeiden, dass andere ins Spiel kommen und unsere Firmen am Ende Personal abbauen müssen. Meine Damen und Herren von der CSU, mit dieser Kungelei erweisen Sie der Autoindustrie einen Bärendienst. Ihre Verkehrsminister sind für die Typzulassung im Kraftfahrt-Bundesamt verantwortlich. Keiner kann mir erklären, dass es über Jahre und

Jahrzehnte nicht bemerkt worden sein soll, dass millionenfach betrogen worden ist. Entweder haben die Aufsichtsbehörden geschlafen oder sie waren stille Mitwisser und haben vertuscht. Sie können sich aussuchen, was das kleinere Übel ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen feststellen, dass in Bayern sehr vieles besser als in anderen Ländern läuft. Wir haben aber sehr viele Baustellen, die wir nur dann abarbeiten können, wenn wir sie benennen und zugeben. Sie sagen: Das Problem der Uniformen bei der bayerischen Polizei existiere nur in der Einbildung der Polizisten; nur 0,7 % der Uniformen seien schadhaft. Ein Polizist auf Streife, der sein Hemd zweimal gewaschen hat, erhält einen Kragen, der sich wölbt, als wenn er mit Pappe ausgestopft wäre. Die Ecken werden weiß, und der Knopf hängt lose herunter. Dieser Polizist ist kein Schlamper, aber er sieht schlampig aus, weil Sie ihn schlampig einkleiden. Sie haben eine Ausschreibung durchgeführt, mit der Sie international Billigware eingekauft haben. Meine Damen und Herren, unsere bayerische Polizei hat eine bessere Uniform verdient, als sie momentan trägt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Unsere bayerische Polizei hat auch verdient, dass endlich ihre 2,3 Millionen Überstunden abgebaut werden. Geld sollte nicht in neue Experimente wie die Kavallerie investiert werden, sondern in mehr Personal vor Ort, damit die Probleme gezielt abgearbeitet werden können. Diese Probleme müssen wir angehen.

Eine weitere kleine Anekdote: Vor Kurzem hat mir ein Verkehrspolizist gesagt, dass bei Tempokontrollen alle Aufzeichnungen über Verstöße von Verkehrssündern, die nicht aus Bayern oder Österreich kommen, in den Abfalleimer geschmissen werden, zum Beispiel wenn ein Pole oder ein Tscheche geblitzt wird. In diesen Fällen wird die Verfolgung gar nicht aufgenommen. Das ist die Aussage eines Polizisten. Fragen Sie bitte nach. Ich kann Ihnen den Namen nennen.

(Widerspruch bei der CSU)

– Das ist keine Verleumdung, sondern das ist die Aussage eines bayerischen Polizisten. Fragen Sie einmal in den Inspektionen und bei der Verkehrspolizei nach, ob das stimmt.

(Manfred Ländner (CSU): Wissen Sie, dass Sie hier einen Polizisten einer Straftat beschuldigen?)

– Das sind Vorgänge, die draußen vor Ort passieren. Sie müssen sich den Tatsachen so stellen, wie sie sind. In solchen Fällen fühlen sich die Einheimischen als zweite Sieger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, damit komme ich zu dem Thema Zuwanderung und Migrationspolitik. Hier müssen die Maßnahmen noch weiter verbessert werden. Wir müssen diejenigen, die hierbleiben, noch sehr viel schneller in Arbeit bringen. Sobald jemand nach Bayern kommt, muss er sinnvoll beschäftigt werden. Wenn eine Person eine ausreichende Qualifikation hat, muss sie schnell eine ordentliche Arbeit aufnehmen. Sollte eine Person nicht qualifiziert sein, muss sie einen Kurs besuchen und arbeiten lernen. Sie muss sich selbst sinnvoll beschäftigen in dem Sinne, dass sie nicht auf Dummheiten kommt. Schließlich geht es auch darum, hier vielleicht einen Beitrag zum Bruttosozialprodukt zu erwirtschaften, und später, wenn die betreffende Person nach Hause geht, in seinem Land für den Wiederaufbau nützlich zu sein. Das müssen wir anstreben.

Auf der anderen Seite müssen wir uns beim Asylrecht natürlich auf die wirklich Verfolgten konzentrieren, nämlich auf Bürger aus Staaten, in denen Verfolgung herrscht. Dabei handelt es sich auch um Bürgerkriegsflüchtlinge, sofern wir diese nicht besser möglichst wohnortnah abfangen. Aber wir können es nicht dulden – das findet bis heute flächendeckend nicht ausreichend statt –, dass hier Leute mit Mehrfachidentitä-

ten unterwegs sind, dass wir nicht alle Fingerabdrücke abgleichen und auf diesem Gebiet immer noch Schindluder getrieben wird. Diese Dinge muss man draußen in den Griff bekommen, ansonsten wird sich der Ärger steigern. Ich traue mich, folgende Zahl zu nennen: In Bayern wurden im Jahr 2017 knapp 8.000 Körperverletzungsdelikte durch Asylbewerber verübt. Das sind zu viele. Man muss hinterfragen, ob man dagegen nicht gezielter vorgeht. Ein Weiter-so darf es auch hier nicht geben.

Wir FREIEN WÄHLER fordern nochmals ganz deutlich: Weder Schönreden noch Hetzen, den vernünftigen Weg der Mitte gehen, geltendes Gesetz anwenden – nicht mehr, aber auch nicht weniger!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich geht es um den politischen Stil, den wir in diesem Hohen Haus ab Herbst pflegen wollen und müssen. Sie haben heute schon gesehen, wie die Fronten aufeinanderprallen und wie überschaubar die Schnittmengen sind. Wir müssen dem Bürger glaubhaft eine Regierung vorstellen können, die die Themen dieses Landes erkennt und das Zeug dazu hat, sie gezielt abzuarbeiten. Mir graut davor, dass hier ideologische Lager aufeinanderprallen. Deshalb müssen wir einen gemeinsamen Mindestnenner suchen. Wir müssen, wenn hier eine neue Regierung am Tisch sitzt, versuchen, mit allen im Landtag vertretenen Parteien eine Gesprächsbasis herzustellen, damit Themen anderer Parteien nicht, wie es uns passiert ist, über zehn Jahre abgebügelt, für Unsinn erklärt und abgebürstet werden, um sie dann im besten Fall doch noch zu akzeptieren – so wie Sie heute das G 9 als großen Erfolg feiern, den Sie uns zu verdanken haben. Aber das ist uns egal; denn es geht uns um Bayern. Wir geben Ihnen gerne weitere Tipps und nennen Themen, die dringend angegangen werden müssen, und freuen uns, diese gemeinsam mit Ihnen umsetzen zu können; denn alleine werden wir leider keine Mehrheit schaffen. Wir werden natürlich in einer Demokratie nach Mehrheiten suchen müssen.

Herr Kreuzer, Sie sagen immer, Sie fühlten sich verfolgt, wir würden uns anbieten. An dieser Stelle möchte ich noch eines sagen: Nach dem 14. Oktober werde ich das Telefon nicht als Erster in die Hand nehmen, um einer späteren Geschichtsklitterung vorzubeugen nach dem Motto: Er hat sich ja aufgedrängt. Nach dem 14. Oktober werden Sie also gefordert sein, wenn Sie den Ministerpräsidenten nochmals stellen wollen, Partner zu suchen, mit denen Sie Bayern stabil weiterregieren können.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Sie schütteln den Kopf. Es ist nicht anstößig, das zu tun. Aber nochmal: Wir FREIEN WÄHLER bieten uns nicht an.

(Zuruf von der CSU: Am Tag dreimal!)

Wir stellen nur fest, dass wir gute Ideen haben. Wir sind der Überzeugung, dass es besser ist, sie vom Regierungstisch aus einzubringen, als bei jedem Thema ein langwieriges Volksbegehren starten zu müssen, bei dem Sie uns anfangs auslachen und über uns feixen, aber nachher das Ganze akzeptieren und sagen, dass Sie das schon immer wollten. Dieser Regierungsstil muss anders werden, weil wir gar nicht die Zeit haben, so weiterzumachen. Deshalb richte ich an Sie die ganz klare Botschaft: Wir müssen dieses Land Bayern gemeinsam voranbringen und das Bewährte erhalten.

Dazu gehört ein gutes Bildungssystem. Da wollen wir keine Revolution, sondern ganz gezielt nachjustieren und dort, wo die Zahl der Lehrer zu knapp ist, mehr Lehrer einstellen. Wir wollen Zeitarbeitsverträge in feste Beschäftigungsverhältnisse umwandeln sowie die Bezahlung der Anwärter an Grund- und Mittelschulen an der Bezahlung der Realschul- und Gymnasiallehrer orientieren, damit wir dort genügend Lehrer bekommen und in fünf Jahren nicht den Lehrernotstand ausrufen müssen, weil Gott sei Dank die Geburtenzahlen steigen.

Wir müssen beim neunjährigen Gymnasium endlich die Oberstufe präzisieren, den Gedanken der Leistungskurse in gewisser Form wiederbeleben und zu Ende führen.

Wir müssen ein Schulfach "Alltagskompetenz" einführen, damit die jungen Bürger dieses Landes viel mehr als nur Vokabeln und Algorithmen lernen, sondern auch Dinge der Lebenspraxis. Wir müssen wieder Bürger bekommen, die auch in der praktischen Arbeit Fuß fassen. Das Handwerk braucht Nachwuchs. Es braucht nicht nur Studiengänge, die mehr Absolventen produzieren als nachher auf dem Arbeitsmarkt in gewissen Gebieten unterkommen. Ich spreche jetzt durchaus nicht von Ärzten, Lehrern usw. Aber manchen Leuten wäre besser geholfen, wenn sie, anstatt nach dem Studium arbeitslos zu sein, eine handwerkliche Ausbildung machen würden, gerne auch zusätzlich zum Studium, um etwa die Firma des Vaters zu übernehmen, also am Ende in der Praxis tätig wären. Diese breite Palette an Themen wollen wir ab Herbst anpacken, angefangen von der Geburtshilfe bis zum Pflegebereich, vom ländlichen Raum bis zur Stadt. Über dieses Modell einer FREIEN-WÄHLER-Politik lachen Sie heute. Diesem Modell nähern Sie sich aber immer mehr. Sie übernehmen davon immer mehr Themen, zuletzt wieder das Thema der Regionalität. Wir haben Ihnen auch den dritten Nationalpark ausgetrieben, den Sie vorher so groß propagieren wollten. Die GRÜNEN werden Ihnen einen dritten oder vierten abverlangen, wenn Sie mit denen ins Bett steigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der CSU)

Sie haben also die Wahl. Nach dem 14. Oktober wird es darum gehen, die Dinge, die die Menschen draußen wirklich bewegen, umzusetzen. Dazu gehören nicht solche Fragen wie die, ob Herr Seehofer in Chemnitz mitmarschiert wäre oder nicht, ob ein Herr Maaßen zur falschen Zeit das Falsche gesagt hat oder nicht, wie viele Schulden Bremen oder Nordrhein-Westfalen haben und ob die Grünen und Roten in Berlin – oder gar die Schwarzen in Bayern – dümmel als die Grünen und Roten in anderen Bundesländern sind. Das interessiert die Bürger in Bayern nicht. Die Bayern interessiert, dass wir dieses Land nach dem 14. Oktober vernünftig weiterregieren. Da werden die FREIEN WÄHLER dabei sein.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Kollege Ländner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Moment, Herr Kollege, lassen wir die Kolleginnen und Kollegen zu Ende klatschen. – Bitte schön, Herr Kollege Ländner, Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Manfred Ländner (CSU): Herr Kollege Aiwanger, ich habe nichts dagegen, wenn Sie hier ein großes Sammelsurium bringen. Fragen Sie übrigens wegen des Nationalparks Herrn Kollegen Fahn, was er schon seit Monaten in Unterfranken dazu erzählt.

Sie sollten aber aufpassen, wenn Sie sagen – ich nehme das durchaus ernst –, bayrische Verkehrspolizisten würden Aufzeichnungen über Geschwindigkeitsübertretungen von Deutschen und Österreichern wegwerfen und Bürger aus dem Ostblock verfolgen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Anders herum!)

– Sie verfolgen also Geschwindigkeitsübertretungen von Bürgern aus dem Ostblock nicht und werfen Nachweise darüber weg, sondern verfolgen Deutsche und Österreicher.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So ist es mir gesagt worden!)

Das geht doch nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das habe ich auch gemeint! Vielleicht weiß er davon nichts! Er weiß ja nicht, dass die Uniformen nicht funktionieren! – Allgemeine Heiterkeit)

Auf Weisung des Ministeriums? Ist das eine Unregelmäßigkeit des einzelnen Beamten? Ohne das jetzt strafrechtlich weiter zu verifizieren, ich wäre damit schon ein bisschen vorsichtig. Wenn Sie hier einen Vorwurf erheben, dann nennen Sie bitte Roß und Reiter, aber so, dass es auch im Innenministerium zur Kenntnis genommen wird. Ich

würde hier keine pauschalen Vorwürfe an die bayerische Polizei zur Art der Wahrnehmung ihres Verfolgungsauftrags von Verkehrsordnungswidrigkeiten erheben. Diese schwierige Geschichte sollte sich der allgemein-politischen Auseinandersetzung pauschaler und populistischer Art in diesem Hohen Haus entziehen. Wenn Sie hier ein Problem haben, dann bringen Sie es bitte auf ordentliche Weise im Innenministerium vor, das hier dienstaufsichtlich tätig werden muss. Es kann nicht sein, dass in Deutschland bzw. in Bayern Geschwindigkeitsverstöße in unterschiedlichem Maße verfolgt werden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege.

(Zuruf von der CSU: Von wem haben Sie es gehört?)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Derjenige, der dahinter steckt, würde heute Nachmittag in München zum Rapport antreten müssen. Ich habe also natürlich den Namen kurz nach dem – –

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Aiwanger, Sie können hier nicht behaupten – –

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Jetzt sage ich Ihnen eines: Das ist genau diese Drohkulisse, die wir ab Herbst auch beenden müssen;

(Zurufe von der CSU)

das ist auch die Drohkulisse gegenüber Schulleitern, die gesagt haben, das G 8 funktioniere nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie mussten mit der Aussage antreten: Wir können auch anders, und sind strafver-
setzt worden. Ein Polizist vertraut mir hinter vorgehaltener Hand viele Dinge an. Natür-
lich bittet mich dieser, seinen Namen nicht zu erwähnen, sonst bekommt er eins auf
die Mütze. Das ist doch das Kernproblem.

(Widerspruch bei der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist doch das Kernproblem dieser CSU-Mehrheit.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch alles Lüge, Lüge!)

– Ja, "Lüge, Lüge"! Sie unterdrücken Leute. Sie verpassen Menschen, die nicht partei-
konform argumentieren, einen Maulkorb.

(Widerspruch bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Rechtspopulismus!)

Das ist der Hauptgrund, warum Sie die absolute Mehrheit verlieren müssen. Sie müs-
sen die absolute Mehrheit verlieren, damit Bayern am Ende vernünftig regiert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Thomas Kreuzer (CSU): Sie bezichtigen
Polizisten, Straftaten zu begehen! Das können Sie doch nicht pauschal machen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger, Sie haben behaup-
tet, dass Polizisten Rechtsverletzungen begehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich weiß nicht, ob das erlaubt oder verboten
ist! Das müsst ihr wissen! – Thomas Kreuzer (CSU): Dann wissen Sie aber gar
nichts!)

Wenn Sie solche Behauptungen aufstellen, kann das Auditorium erwarten, dass Sie
Ross und Reiter nennen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold
(SPD): Also Leute, das ist ein Berufsgeheimnisträger! Seit wann muss ein Abge-
ordneter seine Petenten benennen? Das ist doch Verfassung!)

Das ist doch selbstverständlich.

(Zuruf von Abgeordneten der CSU: Genau! – Horst Arnold (SPD): Sagt einmal!)

Als Nächste hat die Kollegin Schulze das Wort. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Söder, während Ihrer Rede musste ich an manchen Stellen schmunzeln. Ich fand es sehr bezeichnend, dass sich der Mann, der mit Horst Seehofer unsere Nerven in den letzten Monaten sehr stark strapaziert hat und die Spaltung in unserem Land vorange-
trieben hat, nun als der hinstellt, der das Land zusammenhält. Das tun Sie 17 Tage vor der Wahl. Ich kann Ihnen nur zurufen: Das glauben die Menschen in Bayern nicht mehr, weil sie wissen, was Sie in den letzten Monaten und Wochen getan, gemacht und gesagt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anhand Ihrer Rede kann man wunderbar den Unterschied zwischen Schamanismus und Wissenschaft erklären. Schamanismus ist, zu glauben, dass die CSU für politische Stabilität sorgt. Wissenschaft dagegen kümmert sich um die Fakten und die Realität. Die bittere Realität hat nämlich einen Namen: Horst Seehofer. Das ist Ihr CSU-Parteivorsitzender. Sein Name steht für Chaos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er sorgt dafür, dass unsere Bundesregierung in einer politisch schwierigen Lage am Rande der Handlungsunfähigkeit steht. Wahrscheinlich ist es den Wahlkampfzeiten geschuldet, dass darüber in der CSU nur hinter vorgehaltener Hand geredet und Kritik geübt wird.

Herr Söder, ich würde gerne Antworten von Ihnen hören: Wie können Sie und die CSU ernsthaft behaupten, für Stabilität und Verlässlichkeit zu stehen, während Ihr Vorsitzender ständig die Bundesregierung sabotiert?

(Beifall bei den GRÜNEN)

– In Zeiten, in denen viele Menschen verunsichert sind, brauchen diese eins mehr denn je, nämlich Orientierung. Die Menschen merken und sehen, dass sich die Welt und auch unser Land verändern. Die Menschen beschäftigen folgende Fragen: Was tun wir gegen die Klimakrise? Was tun wir gegen den Tod Tausender Menschen täglich im Mittelmeer? Nehmen uns die Maschinen bald die Arbeit weg? Wie verhindern wir, dass es in den Ozeanen bald mehr Plastik als Fische gibt? Vielen Menschen erscheint es so, als sortiere sich die Welt gerade etwas neu. Menschen stellen sich die Frage: Wie können wir die Veränderung politisch gestalten? Wie können wir unsere Demokratie und unseren liberalen Rechtsstaat schützen und – das ist mir persönlich ganz wichtig – ein menschliches Land bleiben? Wie können wir die Menschen ermutigen, statt ihnen jeden Tag den Untergang des Abendlandes zu prophezeien?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen eines mit: Auf all diese Fragen ist die Antwort sicherlich nicht Anker-Zentrum, bayerische Kavallerie, Erhöhung der Durchgriffsmöglichkeiten der Polizei auf Kosten der Bürgerrechte oder ein ausgrenzendes Gerede von Leitkultur.

Die Mehrheit der Menschen in unserem Land schätzt es eben nicht, wenn ihre Regierung die Nähe zum Autoritären sucht. Die CSU sieht das gerade an ihren sinkenden Umfragewerten. Wir, die GRÜNEN, sehen das seit einigen Monaten in allen Teilen Bayerns. Ich bin sehr froh darüber, dass die Bürger Bayerns so klar sind und die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft eben nicht in den Rezepten aus der Vergangenheit sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft liegen auch nicht in den Scheinlösungen, die Sie uns in den letzten Wochen und Monaten ständig präsentiert haben.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen: In Bayern fehlen Betreuungsplätze für Kinder. Das Angebot passt nicht mehr zum Leben vieler Eltern. Bereits heute besteht ein Mangel an Erzieherinnen und Erziehern, der sich in den nächsten Jahren noch verschärfen wird. Dieses Problem ist mit Ihrem Familiengeld nicht gelöst. Mit dem Pflegegeld verhält es sich ähnlich. Vor allem Kurzzeitpflegeplätze fehlen, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten. Altenpflegerinnen und -pfleger fehlen. Ihr Pflegegeld schafft bei diesem Thema garantiert keine Abhilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Maßnahmen, die Sie uns ständig präsentieren, sind von der Hoffnung getragen, dem Machterhalt der CSU zu dienen, und weniger von der Überzeugung, dem Land wirklich zu nutzen. Ich finde das schäbig und fahrlässig. Wer auf diese Weise Politik macht, zerstört das Vertrauen der Menschen in politische und staatliche Institutionen und schwächt damit auch die Demokratie. Mit dieser Art der Selbstverzweigung der Politik muss endlich Schluss sein. Wir brauchen endlich wieder mehr Mut. Wir brauchen Mut zur Gestaltung. Wir brauchen Mut, neue Wege und Lösungen anzubieten. Wir brauchen Mut, endlich offen und ehrlich mit den Menschen darüber zu sprechen, was sich verändern wird und wie wir diese Veränderungen gemeinsam gestalten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Angst zu machen und Scheinlösungen aufzutischen, bringt unsere Gesellschaft nicht weiter. Stattdessen brauchen wir andere Dinge. Zualererst brauchen wir mündige Bürgerinnen und Bürger. Es wird nämlich kein Ritter in einer schimmernden Rüstung daherkommen, der irgendetwas für uns regelt. Das wird auch die CSU nicht machen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen das selber tun. Sie müssen ihre Demokratie selber verteidigen. Genau dafür brauchen wir Mündigkeit. Man muss aufgeklärt und informiert sein. Man muss eine klare Haltung haben und diese auch einnehmen können. Man muss auch in der Lage sein, andere Standpunkte

zu verstehen, um auf dieser Basis zu Kompromissen und kreativen Lösungen zu gelangen. Eine demokratische Politik in einer modernen und komplexen Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger das zu ihrer eigenen Sache machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Schöne ist, die Menschen in Bayern tun gerade genau das. Sie merken, dass die Demokratie, der Rechtsstaat und unser Europa, all die Dinge, die bisher eine Selbstverständlichkeit waren, gerade angegriffen werden. Sie wissen auch, dass sich eine Demokratie nicht selber verteidigt. Alle sind aufgerufen, jeden Tag ihren Teil dazu beizutragen, dass wir weiterhin in Frieden, Freiheit, Stabilität und einer guten Demokratie leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir persönlich ist es ganz wichtig, dass endlich der Ausspruch "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!" nicht nur an Gedenktagen in den Mund genommen wird. Gerade in der heutigen Zeit, da Rechtspopulismus, Rassismus und Rechtsextremismus immer weiter zunehmen, muss dieser Ausspruch Handlungsauftrag von uns allen sein, und zwar 365 Tage im Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der heutigen Zeit brauchen wir noch eine zweite Sache: Mein Appell richtet sich an uns alle als Politikerinnen und Politiker: Werdet wieder zu Leuchttürmen! Gebt Orientierung! Das Lutherjahr ist zwar vorbei, aber ich möchte meinen Appell anhand eines Satzes von ihm verdeutlichen: "Hier stehe ich, ich kann nicht anders." Diesen Satz würde ich gerne wieder öfter hören. Bürgerinnen und Bürger würden diese Haltung auch gerne öfter sehen und hören. Wir brauchen wieder mehr Menschen in politischen Ämtern, die einen Unterschied machen, klar zu ihren Überzeugungen stehen und die Menschen mit Haltung begeistern können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, es muss uns doch zu denken geben, wenn ein paar Sätze von Helene Fischer zu Chemnitz mehr Widerhall finden als Äußerungen von politischer Seite. Es muss uns allen doch auch zu denken geben, wenn Influencer auf YouTube mehr Einfluss auf junge Menschen haben als Politikerinnen und Politiker und damit Debatten auch treiben können.

Vielleicht liegt es auch daran, dass wir nicht immer so gut in der Lage sind, Politik als etwas zu erklären, was das Leben jedes einzelnen Menschen beeinflusst. Ich würde mir wünschen, dass wir das wieder hinbekommen, dass wir gemeinsam zeigen können, dass die Schönheit der Demokratie und der Politik ausmacht, dass wir Rahmenbedingungen verändern und zusammen mit den Menschen für eine gute Zukunft sorgen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt die schöne Einordnung von Politikerinnen und Politikern als Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber, als Demagoginnen und Demagogen und als Staatsfrauen und Staatsmänner. Der Amtsinhaber ist einer, der die Politik verwaltet. Das macht er vielleicht durchaus ordentlich, scheut sich aber, Widersprüche und Konflikte anzupacken. Der Demagoge wiederum versucht, die vorhandenen Konflikte für seinen eigenen Vorteil auszunutzen. Die Staatsfrau und der Staatsmann sind doch in der Lage, einen Ausweg aus den Konflikten zu weisen. Was wir im Jahr 2018 brauchen, sind keine Demagogen, weniger Amtsinhaber, sondern mehr Staatsfrauen und Staatsmänner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Punkt, der wichtig ist, ist Vertrauen – ein großes Wort: Vertrauen in unser politisches System und Vertrauen in den Rechtsstaat und in unsere Institutionen. Wir brauchen eine Politik, die Sicherheit gibt. Sicherheit will ich hier nicht verstanden wissen als Abwesenheit von Unsicherheit. Wenn wir das als Maßstab und Kriterium neh-

men, landen wir sehr schnell in einem totalitären Staat. Ich meine damit die Abwesenheit von Angst. Man muss sich natürlich fragen, welche Art von Sicherheit Politik überhaupt bieten kann. Damit meine ich jetzt nicht jene Placebo-Sicherheit durch Grenzzäune, Kontrollen oder Überwachung, wovon ich vorhin schon gesprochen habe. Wer mit den Methoden des 19. Jahrhunderts versucht, Sicherheit im 21. Jahrhundert zu erreichen, der wird Freiheit zerstören und Ängste schüren, anstatt sie zu beruhigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mal in den Raum hinein: Hat jetzt irgendjemand im Land weniger Angst, weil wir auf einmal eine Bayerische Grenzpolizei haben? – Wir brauchen doch einen zeitgemäßen Begriff von Sicherheit, eine smarte Sicherheitspolitik für ein modernes und vielfältiges Land und für eine komplexe und vernetzte Welt. Es geht nicht darum, den Menschen die Verantwortung für ihr eigenes Leben abzunehmen. Es geht darum, ein staatliches Netz von Sicherheit und Verlässlichkeit aufzuspannen, das jedem Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Was wir GRÜNEN uns darunter vorstellen, möchte ich kurz skizzieren. Wir sind der Meinung, dass dafür folgende Bedingungen erfüllt sein müssen:

Erstens. Natürlich brauchen wir den Schutz vor Gewalt. Wir möchten, dass alle Menschen in unserem Land frei und sicher leben können, dass sie wissen, dass ihr Leben, ihre Gesundheit und ihr Eigentum geschützt sind, dass das Recht auf Selbstbestimmung – also so zu leben, wie man es für richtig hält – geschützt ist, vorausgesetzt natürlich, dass die Freiheit keines anderen eingeschränkt ist, dass diese Sicherheit für alle in unserem Land gleichermaßen gilt, unabhängig von der Herkunft, vom Geschlecht, der Religion oder der sexuellen Orientierung. Das mag jetzt vielleicht für einige total selbstverständlich und normal klingen. Aber wenn wir uns die Realität anschauen, sehen wir, dass es das nicht ist.

Sie wissen auch: Es gibt unzählige rassistisch motivierte Gewalttaten, es gibt sehr viel sexuelle Gewalt, es gibt unzählige Übergriffe auf Lesben und Schwule in unserem Land. Wenn wir das alles ansehen, zeigt das eines: Es liegt noch viel Arbeit vor uns.

Einen Teil dieser Arbeit können wir dadurch erledigen, indem wir unsere Sicherheitsbehörden gut ausstatten. Wir brauchen mehr Polizistinnen und Polizisten. Wir müssen sie von unnötigen Aufgaben entlasten. Wir brauchen eine stärkere europäische Zusammenarbeit. Wir brauchen mehr IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten. Wir brauchen eine starke und bürgernahe Polizei, damit die Menschen in unserem Land sich sicher fühlen und sicher sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur zurufen: Die Sicherheit und die Freiheit sind bei uns GRÜNEN in guten Händen,

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

weil wir nicht nur für Sicherheit sorgen, sondern auch für Freiheit. Zum Schützen der Freiheit und der Bürgerrechte gehört, dass man sich gegen das verfassungswidrige CSU-Polizeiaufgabengesetz stellt, weil dieses massiv in die Freiheits- und Bürgerrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreift. All das schafft nicht mehr Sicherheit.

Herr Söder, Sie haben vorhin gesagt, seit es das Gesetz gibt, sei nichts vorgefallen. Ich habe das selbst beim Innenminister abgefragt: Seit Inkrafttreten des Gesetzes sind schon elf Personen länger als zwei Wochen in Gewahrsam genommen worden, eine Person sogar schon länger als zwei Monate – nur damit wir die Realität diesbezüglich anerkennen.

(Unruhe – Zurufe von der CSU)

Das zeigt doch ganz deutlich, dass die Freiheit scheinbar stirbt und wir diese Freiheit verteidigen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Das Zweite, worum wir uns kümmern müssen, ist die äußere Sicherheit. Wir leben in einer unsicheren internationalen Umwelt. Die Antwort darauf kann doch nur lauten: mehr internationale Zusammenarbeit und nicht weniger. Wer heutzutage noch denkt, mit einem "Bavaria first" oder einem "Germany first" kommen wir irgendwie weiter, hat es doch nicht verstanden. Wir brauchen ein "Europe united", um die großen Herausforderungen der heutigen Zeit anpacken zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Dafür gibt es das Europaparlament!)

Deswegen bin ich entsetzt, dass Markus Söder vom Ende des geordneten Multilateralismus gesprochen hat. Herr Söder, Sie haben damit Bilder produziert und aufgemacht, die ich in diesem Land nicht haben möchte. Dass wir seit 70 Jahren in Frieden leben können, haben wir Europa zu verdanken. Ich stelle mich jedem und jeder in den Weg, die unser freiheitliches Europa kaputt machen möchten, und mit mir unzählige Bürgerinnen und Bürger, weil wir uns das von niemandem kaputt machen lassen, weder von einem Viktor Orbán noch von einem Kurz, von einem Trump oder von einem Markus Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Das Dritte, was wir in unserem Land brauchen, sind gleiche Chancen. Sicherheit in unserem Land hat nicht nur etwas mit der Polizei zu tun oder mit internationalen Beziehungen, sondern Sicherheit hat auch etwas mit gerechten Chancen zu tun. Ich muss mich als individuelle Person darauf verlassen können, dass meine Leistung gleich viel zählt – egal, ob ich eine Frau oder ein Mann bin. Das ist aber leider nicht der Fall. Auf den Chefsesseln sitzen immer noch sehr viele Männer. Ich finde: Genau das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder erziehen, sich um Alte und Kranke kümmern, das wird meistens immer noch von Frauen erledigt, entweder von den eigenen Angehörigen oder den immer noch viel zu schlecht bezahlten Kräften in den Care-Berufen. Kolleginnen und Kollegen, auch das muss sich im Jahr 2018 endlich ändern. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen, wir wollen mehr Geld für Menschen, die sich um Kinder, Alte und Kranke kümmern. Und wir brauchen endlich eine Kinderbetreuung, die zum Leben passt: mit hoher Qualität und Öffnungszeiten auch am Abend, in den Ferien und am Wochenende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Chancen in unserem Land dürfen keine Frage des Geschlechts sein. Aber sie dürfen auch keine Frage des Wohnortes sein. Wo der Bus nicht fährt, der Bäcker und die Bank dichtmachen und das Internet ruckelt, das nächste Kino oder Theater 50 km oder weiter entfernt sind, der Krippenplatz nicht da ist, da wächst der Frust. Da wächst dann auch der Eindruck: Wir werden vergessen. Dieser Eindruck, wir werden vergessen, und niemand kümmert sich um uns, ist natürlich auch der Humus für die Saatterer, die Ausgrenzung predigen und die Demokratie abschaffen wollen. Wir brauchen endlich eine Politik, die das Motto hat: gleiche Chancen in Bayern, egal, wo du lebst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ehrlich gesagt, damit meine ich nicht, dass wir nur ein paar Behörden verlagern, sondern damit meine ich, dass wir zum Beispiel endlich ein flächendeckendes Mobilitätsangebot garantieren. Wir GRÜNE möchten die Mobilitätsgarantie, dass zwischen 05.00 Uhr früh und 24.00 Uhr nachts an den Werktagen jeder Ort in Bayern mindestens einmal die Stunde angebunden ist. So sind gleichwertige Lebensverhältnisse auch auf dem Land möglich, und das müssen wir erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen gehören auch ein flächendeckendes Mobilfunkangebot und Glasfaseranschluss in jedem Haus. Es ist absurd: Wenn ich zu Unternehmerinnen und Unternehmern gehe, sagen die mir, dass sie ihre Daten ganz oft auf einen USB-Stick packen, den in einen Briefumschlag tun und zum Kunden schicken müssen, weil das schneller geht, als wenn sie über ihre 30 Mbit/s-Leitung von A nach B geschickt werden. Das ist doch für ein hoch technisiertes Land wie Bayern einfach nur peinlich. Auch das muss sich nach dem 14.10. ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Vierte, was wir brauchen, sind gleiche Rechte. Menschen brauchen Anerkennung und das Gefühl dazuzugehören. Dabei geht es auch um das Thema Sicherheit, und zwar um die Sicherheit, anerkannt zu werden, so wie man ist. Es geht um gleiche Rechte, unabhängig davon, ob man viel Geld oder wenig Geld hat, egal, welchen Job man macht, ob man hier geboren ist oder in Nordrhein-Westfalen, in der Ukraine oder im Senegal. Es muss gleichgültig sein, ob die eigene Familie aus Vater, Mutter, Kind – Mutter, Mutter, Kind – Vater, Vater, Kind oder aus Alleinerziehenden mit Kindern besteht. Es geht doch nicht darum, nach welchen Kriterien wir Menschen in besser oder schlechter einteilen. Das Problem ist doch, dass wir Menschen überhaupt in Kategorien einteilen. Dadurch legen wir nämlich den Keim für eine gesellschaftliche Spaltung. Davon, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir endlich wegkommen. Unser Land wird nämlich dadurch zusammengehalten, dass wir allen die Sicherheit geben: Du gehörst dazu, du gehörst dazu und auch du gehörst dazu. Wir alle haben die gleichen Rechte und Chancen in unserem Land verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Fünfte ist, glaube ich, gerade im Jahr 2018 wichtiger denn je: Wir brauchen starke und durchsetzungsfähige Institutionen, die dafür sorgen, dass Gesetze und Regeln tatsächlich gelten und nicht nur auf dem Papier stehen. Das betrifft sehr viele Bereiche des Lebens. Einen möchte ich besonders hervorheben. Als Fraktionsvorsitzende der

GRÜNEN möchte ich Ihnen noch einmal ans Herz legen: Schauen Sie bitte sowohl in die Bayerische Verfassung als auch in das Grundgesetz! Diese beiden Gesetzestexte geben uns allen den klaren Auftrag, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, und zwar für uns und auch für die, die nach uns auf dieser schönen Welt leben dürfen. Das fängt beim vermeintlich Kleinen an, beim Bienensterben, beim Rückgang der Artenvielfalt. Wir brauchen also mehr Schutzgebiete, wir brauchen weniger Pestizide, wir brauchen einen dritten Nationalpark anstatt einer dritten Startbahn am Flughafen München, wir brauchen mehr Blühstreifen und mehr Hecken.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Warum machen Sie das denn nicht da, wo Sie regieren? Warum machen Sie das nicht selbst?)

Wir brauchen mehr Blühstreifen und mehr Hecken statt einer Agrarwüste, damit es in Bayern wieder brummt, zwitschert, krabbelt und pfeift. All das müssen wir jetzt endlich anpacken.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Sie täuschen die Leute! Dort, wo Sie selbst regieren, machen Sie nichts!)

Aber nicht nur die Pflanzen sollen blühen, sondern auch die Ortszentren. Bremsen wir endlich die Betonflut, hören wir auf, immer neue Geschäfte und Logistikzentren ins Land zu bauen! Machen wir lieber unsere gewachsenen Städte und Gemeinden stark. So schützen wir nämlich neben dem Klima und der Umwelt auch unser Landschaftsbild. Lassen Sie uns im Jahr 2018 endlich gemeinsam konsequent mit dem Schutz des Erdklimas anfangen. Hören wir auf, immer auf andere Länder zu zeigen, weil ein Präsident Trump oder China angeblich das alles auch nicht machen. Wenn wir die Klimakrise in den Griff bekommen wollen, dann müssen wir global denken und lokal handeln.

(Jürgen W. Heike (CSU): Ha, ha!)

Das bedeutet: 100 % erneuerbare Energie in Bayern und raus aus der Kohleverstromung! So einfach ist das.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Wer hat denn Hambach geschlossen?)

Das heißt: Raus aus dieser Windkraftblockadehaltung von Ihnen!

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Diese unsinnige 10-H-Regelung muss endlich abgeschafft werden. Wenn die SPD, die in der Bundesregierung ist, davon spricht, dass wir GRÜNE uns wohl mit der Kohlelobby und den Energiekonzernen anlegen wollen, wenn einige in der SPD sogar von einer Blutgrätsche sprechen, dann muss ich leider auch den Genossinnen und Genossen zurufen: Sorry, da habt ihr einfach nicht recht! – Im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung sind die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt, nicht aber die Interessen der Kohleindustrie.

(Beifall bei den GRÜNEN – Horst Arnold (SPD): Gesetz und Arbeit sind Ihnen wohl nichts wert, Frau Kollegin! Darum geht es nämlich!)

Ja, das hat Frau Nahles gesagt.

Lassen Sie mich nun zusammenfassen: Wir brauchen mündige Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die Orientierung geben und Vertrauen durch gute und wirksame Politik schaffen. Genau damit lässt sich Zukunft gut gestalten.

Kolleginnen und Kollegen, das Motto der GRÜNEN lautet: Mut geben statt Angst machen.

(Unruhe bei der CSU)

Wir sind nämlich davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft Zuversicht braucht statt Verzagtheit. Ich gebe Ihnen gerne etwas von meiner Zuversicht ab, wenn Sie damit nicht umgehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihnen, bei der CSU, haben wir es mit einer, sagen wir einmal, besonderen Art von Mut zu tun. Ich würde das einmal als Mut zur Lücke bezeichnen.

(Unruhe bei der CSU)

Wenn ich mir nämlich Ihr Wahlprogramm anschau, kann ich da sogar nicht einmal mehr von einem Mut zur Lücke sprechen, sondern vom Mut zur Schneise. Ihr Programm, das ist auch gar kein richtiges Wahlprogramm, sondern vielmehr das Regierungsprogramm von Dr. Markus Söder. Es besticht vor allem mit dem, was gerade nicht darin steht. Es steht nämlich nicht viel drin, es macht sogar fassungslos, was alles fehlt. Klimaschutz? – Fehlanzeige. Gleiche Chancen für Frauen? – Das versteht die CSU anscheinend nicht. Fehlanzeige. Wirksamer Schutz der Artenvielfalt? – Fehlanzeige. Gemeinsames Europa? – Nein, lieber nicht.

(Unruhe bei der CSU)

Bessere Chancen für Kinder aus ärmeren Familien? – Fehlanzeige. Wirksamer Schutz vor Betonflut und Flächenfraß? – Fehlanzeige.

(Zurufe von der CSU: Das haben wir doch alles!)

Hilfe für Alleinerziehende – das ist übrigens die Bevölkerungsgruppe mit dem höchsten Armutsrisiko? – Fehlanzeige. Eine Integrationspolitik, die Brücken baut und die Geflüchtete in Arbeit bringt? – Fehlanzeige. Aus Zeitgründen habe ich leider nicht die Möglichkeit, alle Fragen aufzuzählen, bei denen sich die Wählerinnen und Wähler denken: Warum sagt uns die CSU dazu eigentlich nichts? – Dann muss ich eben andersherum die Frage stellen, und das ist schon interessant, warum Sie auf diese Zu-

kunftsfragen keine Antwort haben oder keine Antwort geben wollen. Nach meiner Interpretation – die wird Ihnen nicht gefallen, Sie können sich jetzt aber schon einmal darauf vorbereiten – liegt es daran, dass Sie mit den Veränderungen und mit der wachsenden Vielfalt in unserer Gesellschaft überfordert sind. Sie schaffen es deshalb nicht, diese Fragen zu beantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

– Doch! Unser Land hat sich verändert. Es gibt neue Herausforderungen, die kann man aber nicht mit den Rezepten der Vergangenheit lösen. Sie stellen sich aber immer nur hier hin und erzählen. Dabei sind Sie immer breitbeinig und selbstbewusst, was ja auch schon mal was ist. Ein großes, gutes Selbstbewusstsein ist auch schon etwas.

(Zuruf von der CSU: Das haben Sie auch!)

Das allein reicht aber nicht. Wir müssen uns doch überlegen, wie wir die Herausforderungen der Zukunft gut gestalten können, wie wir mit den Bürgerinnen und Bürgern das verteidigen können, was uns lieb und teuer ist. Es ist doch die Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu setzen und die Zukunft mutig zu gestalten. Sie darf sich nicht in einer endlosen Selbstbeschäftigung verheddern, was die GroKo, der Sie mit angehören, gerade auf Bundesebene macht. Das nervt mittlerweile viele Leute. Sie können nicht mehr hören, dass ständig nur darüber geredet wird, was angeblich nicht geht, dass Hass und Hetze betrieben wird. Wir brauchen Menschen mit Leidenschaft, mit Ideen, mit Zuversicht, die mutig diese Gesellschaft gestalten und für unsere Zukunft anpacken.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Bravo!)

Weil die Menschen merken, dass Ihr Politikangebot immer weniger zum Land passt, haben Sie im Moment so schlechte Umfragewerte. Deshalb werden Sie in 17 Tagen die absolute Mehrheit verlieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Warten wir erst einmal ab!)

Kolleginnen und Kollegen, wie der neue Landtag aussieht, welche Mehrheiten es dann gibt, wie viele Parteien hier sitzen werden, das wissen wir alle miteinander nicht. Das liegt in der Hand der Wählerinnen und Wähler, und das finde ich jetzt erst einmal gut so. Ich weiß, die Menschen in diesem Land werden sich die Entscheidung, wen sie am 14. Oktober dieses Jahres wählen, nicht leicht machen. Ich glaube, wenn wir uns hier auf eine Sache einigen können, dann doch darauf, dass die Menschen in unserem Land spüren, dass sich Bayern, Deutschland und auch ganz Europa in einer kritischen Phase befinden. Es macht deshalb schon einen Unterschied, ob sich Bayern in eine national-autoritäre oder in eine europäisch-liberale Richtung bewegt. Deshalb ist es schon entscheidend, welche Parteien am 14.10.2018 wie viel Prozent bekommen. Ich hoffe, wir alle machen uns bewusst, ob wir uns im Wahlkampf treffen oder nach der Wahl hier im Hause, worum es eigentlich geht. Es geht nämlich in erster Linie nicht um uns, sondern darum, dass Bayern auch in Zukunft ein lebenswertes und ein liebenswertes Land bleibt,

(Jürgen W. Heike (CSU): Richtig!)

und zwar für alle Menschen, die hier bei uns leben.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Schulze, für Ihren Redebeitrag. Noch einen kleinen Moment! Jetzt haben wir noch eine Zwischenbemerkung: Herr Kollege Arnold, bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herzlichen Dank, Frau Kollegin Schulze. Mit vielen Ihrer Apelle kann man tatsächlich d'accord gehen. Viele sind aber nicht neu, sondern sind tatsächlich Wiederholungen aus der Verfassung. Es ist gut, wenn Sie darauf hinweisen, die Verfassungsrealität herzustellen. Unter diesem Aspekt habe ich allerdings schon eine Anmerkung zu machen. Sie sagen, es braucht etwas Neues, es braucht neue Gedan-

ken. Sie kommen allzu oft mit neuen Gedanken, die nicht ausformuliert bzw. nicht zu Ende gedacht sind. Sie setzen zum Beispiel ein Volksbegehren "Flächenfraß" in die Welt und aktivieren die Leute zu diesem wichtigen Thema und suggerieren, dass dies mit Ihrem Gesetzentwurf umsetzbar wäre. Dann muss man sich vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof ins Stammbuch schreiben lassen: Angesichts der komplexen Materie und der Regelungsdefizite des Gesetzesvorschlags ist es zudem zweifelhaft, ob die Stimmberechtigten bei einer Volksentscheid über den Gesetzentwurf überhaupt dessen Auswirkungen überblicken.

Das ist doch gewissermaßen der Hinweis – aus meiner Sicht –, dass die Themen zwar angesprochen werden müssen, dies aber gründlich. Ich fordere auch von Ihnen ein, wenn wir uns demnächst alle wieder im Landtag treffen, gründlich und zusammen zu arbeiten und nicht nur Schlagzeilen zu produzieren und Emotionen zu generieren, so wichtig das in der Politik auch ist, sondern sachliche, fachlich solide Arbeit zu leisten, damit das nächste Volksbegehren, das Sie initiieren, möglicherweise durchgeht, wenn Sie nicht an der Regierung sind.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das sagen die Richtigen!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Schulze, bitte.

Katharina Schulze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege, für die grundsätzliche Zustimmung, dass wir in unsicheren Zeiten als Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen und unseren Rechtsstaat und die Demokratie verteidigen sollten.

Dankenswerterweise haben Sie mir die Möglichkeit gegeben, noch etwas zu dem wichtigen Thema Eindämmung von Flächenfraß in Bayern zu sagen.

(Horst Arnold (SPD): Gerne doch!)

Wir haben dieses Thema im Landtag auf allen Ebenen sehr tief und umfassend behandelt. Im Unterausschuss wurde ein Gesetzentwurf umfassend diskutiert. Wir haben Expertinnen und Experten eingeladen. Wir haben das fachlich versiert ge-

macht. Wir haben nur das folgende Problem: Das ist die noch absolute Mehrheit der CSU, die unseren Vorschlägen nicht gefolgt ist. Dann mussten wir den Weg über ein Volksbegehren gehen. Ich finde es sehr bitter, dass es jetzt nicht zur Abstimmung kommt. Darum müssen wir die Abstimmung über das Thema Flächenfraß am 14.10. führen. Die Bürgerinnen und Bürger können bei der Wahl entscheiden, ob sie das schöne Gesicht Bayerns bewahren möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Auf den letzten Drücker noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Erwin Huber. Bitte schön.

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Das Thema Flächenfraß, Herr Präsident, hat mich elektrisiert.

Katharina Schulze (GRÜNE): Das habe ich mir gedacht.

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Nicht nur das Volksbegehren, sondern auch der Gesetzentwurf, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier im Landtag eingereicht hat, hat jedes Instrument vermissen lassen. Sie machen nur Sprüche und wollen die praktische Umsetzung den Kommunen oder dem Staat überlassen. Das ist typisch GRÜNE: Sprüche machen, aber keine Realisierung dazusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Das Instrument war die Begrenzung auf fünf Hektar pro Tag. Wie das in den 2.056 Gemeinden in Bayern umgesetzt werden soll, war gar nicht enthalten. Sie sagen, darum soll sich die Regierung kümmern. Ein Gesetz, das dermaßen in die kommunale Planungshoheit eingreift, muss auch die Instrumente benennen.

Das Zweite, was ich in besonderer Weise als Widerspruch in diesem Zusammenhang sehe: Etwa 60 % der Flächen, die heute durch kommunale Planungen in Anspruch genommen werden, beziehen sich auf den Bereich Wohnungsbau. Die GRÜNEN und

auch andere fordern ständig, wir müssen mehr Wohnungen bauen, es muss preiswerter Wohnraum geschaffen werden, es muss auch Eigenheime geben. Zur gleichen Zeit würden Sie den gleichen Kommunen die Grundlage entziehen, Bauland zur Verfügung zu stellen. Das ist der schlimmste Widerspruch in der Politik der GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Huber und liebe CSU, ich glaube, Sie müssen sich untereinander etwas besser absprechen. Auf der einen Seite werfen Sie uns immer vor, wir würden hier ständig Regeln geben wollen, und jetzt sagen Sie, wir würden hier zu wenig machen. Irgendwie passt das nicht so ganz.

Der Punkt ist doch, dass wir eine klare Richtlinie und eine Leitlinie vorgeben. Wir sind uns doch hoffentlich darin einig, dass wir zu viel von unseren schönen Flächen und der Natur verbrauchen. Ich kann nur Ludwig Hartmann zitieren, der immer sagt: Wir müssen denken, bevor der Bagger kommt. Wenn wir anfangen würden, dafür zu sorgen, dass Logistikhallen nicht ebenerdig auf die grüne Wiese geklatscht werden, sondern in die Höhe und in die Tiefe gebaut wird, hätten wir schon viel gewonnen.

Die Kommunen sind in der Lage, ein ordentliches Flächenmanagement zu betreiben. Dafür muss aber der Freistaat Bayern, die staatliche Ebene, die Rahmenbedingungen vorgeben. Das gehört nämlich auch zu guter Politik, dass eine Leitlinie vorgegeben wird, wohin die Entwicklung gehen soll, an der man sich orientieren und so gemeinsam Handlungswege entwickeln kann. Da gibt es viele Ideen und Vorschläge. Gesetze sind auch dazu da, Rahmen, Leitlinien und Bedingungen erst einmal zu formulieren. Sie haben damals unserem Gesetzentwurf leider nicht zugestimmt. Wir werden am 14.10. sehen, wie die Bürgerinnen und Bürger über das Thema denken und sich an der Wahlurne entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Jetzt hat Kollege Muthmann das Wort. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben für die Politik das Bild des Laufbandes genommen und gesagt: Wer stehen bleibt, der fällt zurück. – Das stimmt. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal auf einem Laufband gestanden sind; denn da gilt auch: Wer zu schnell läuft oder zu viel will, kommt leicht ins Straucheln, und Omnipräsenz führt nicht zu Omnipotenz.

Ihre bisherige Regierungszeit ist geprägt von einer hektischen, aufgeregten Populismustour: alles auf einmal, nichts zu Ende gedacht, unfertige Konzepte, keine nachhaltigen Lösungen. Für ein solches Regierungshandeln sind die Probleme und Aufgaben viel zu komplex. Nachdenken und Zuhören finden überhaupt nicht mehr statt, offenbar auch nicht in Ihren eigenen Reihen, weil Sie glauben, alles selbst am besten zu wissen. Dieser Allwissenheits- und Allmachtsanspruch macht die Menschen skeptisch und überzeugt niemand. Diese Hauruck-Politik ist fehleranfällig und entwertet den notwendigen parlamentarischen Prozess und – noch wichtiger – wird weder Ihrer Verantwortung noch der des Parlaments gerecht.

Dazu nur zwei Beispiele aus den letzten Monaten: zum einen die Einweihung der Grenzpolizei ohne Rechtsgrundlage, im Übrigen auch ohne die notwendige inhaltliche Abstimmung mit dem Bund, und zum anderen das Familiengeld. Erst gestern hat die Bundesregierung, der die CSU angehört, auf eine Parlamentarische Anfrage wiederum bestätigt, dass doch eine Anrechnung auf Hartz IV erfolgt, der sozialpolitische Super-GAU. Alle bekommen etwas, nur die Bedürftigsten nicht.

Langfristig tragfähige Lösungsansätze fehlen dagegen in ganz zentralen Politikfeldern. Beim Wohnungsbau sind Ihre Antworten "BayernHeim" und Baukindergeld. Aber die Frage, wie die Wirtschaft motiviert wird, in den Mietwohnungsbau zu investieren, ist noch nicht einmal thematisiert.

Die Deckung des Facharbeiterbedarfs ist eine zentrale Frage zur Sicherung des Wohlstands. Wie halten Sie es mit der Öffnung des Arbeitsmarkts für Flüchtlinge?

Im Bildungsbereich: Digitalisierung. Wie wollen Sie diese implementieren? Wie sieht es in diesem Zusammenhang mit der Eigenverantwortung der Schulen aus?

Wie stärken wir die Innovationskraft der Wirtschaft, und wie sichern oder ermöglichen wir kreative Milieus? – Fragen ohne Antworten.

Zum Flughafen München hätten Sie eine mutige Infrastrukturentscheidung treffen können, haben aber mutlos agiert.

Interessant fand ich Ihre Ausführungen zum ländlichen Raum. Sie haben gesagt, Bayern müsse dezentraler werden, nicht alles müsse in München entschieden werden, die Regionen sollten mehr Kompetenzen erhalten. – Das ist richtig und eine langjährig auch von mir erhobene Forderung. Aus Ihrem Munde klingt das aber nicht glaubwürdig. Wer glaubt, der Heimatminister müsse jeden Förderbescheid persönlich aushändigen, will Kompetenzen nicht an nachgeordnete Behörden oder gar in die Regionen verlagern. Schon als Heimatminister haben Sie dazu nichts bewegt und in dieser Hinsicht auch die Enquete-Kommission nicht unterstützt. An den Taten, nicht an einer Regierungserklärung ein paar Tage vor der Wahl müssen wir Sie messen.

Moderne, frische Politik geht anders. Die vielen Zukunftsaufgaben müssen wir weltoffen und tolerant, mutig und zuversichtlich, aber auch solide anpacken. Wir müssen kontinuierlich für die Zukunftsfestigkeit arbeiten und nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun, sonst wird es nichts auf dem Laufband und auch nichts in der bayerischen Landespolitik.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Muthmann. – Die nächste Wortmeldung: Kollege Blume für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

(Erwin Huber (CSU): Auf geht's!)

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begehen heute den letzten Plenartag dieser Legislaturperiode. Ich bin ganz ehrlich: Ich hätte mir heute an vielen Stellen einen würdigeren Abschluss, eine würdigere Debatte gewünscht, als wir es heute hier erlebt haben, liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Wir auch!)

Vielleicht darf ich in Erinnerung rufen: Wir haben das Privileg, in einer der attraktivsten Regionen dieser Welt und in einer der besten Zeiten zu leben. Wenn ich der Opposition hier zuhöre, dem Klein-Klein des Schlechtredens, dann habe ich den Eindruck, dass dieses Land eher an Nordkorea grenzt und nicht das erfolgreichste Land in Europa ist, meine Damen und Herren. Das hat dieses Land nicht verdient!

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): So viel Jammerei!)

Ich schaue mir dieses Klein-Klein im Einzelnen an: Der Kollege Aiwanger, der schon nicht mehr da ist, erzählt von Knöpfen der Uniformen. Woanders hören wir, dass es in diesem Land auch in Zukunft krabbeln soll. Liebe Kollegen, wenn jemand von außerhalb Bayerns diese Debatte verfolgt, wird er, glaube ich, sofort sagen: Oh, du glücklicher Freistaat Bayern, was müssen wir tun, damit wir in diesem Land leben können, das keine sonstigen Probleme hat?

(Beifall bei der CSU)

Wirklich betrübt macht mich aber Folgendes: Der Ministerpräsident hat heute mit seiner Regierungserklärung die Hand ausgestreckt, in diesem Land gemeinsam etwas gegen die Spaltung der Gesellschaft zu tun, die offensichtlich ist. Aber Sie haben diese Hand ausgeschlagen. Sie haben mit Ihren Beiträgen heute die Spaltung in der Gesellschaft, auch die politische Spaltung, weiter vertieft.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das stimmt nicht! Unverschämt! – Horst Arnold (SPD): Ursache und Wirkung!)

Ich hoffe nicht, dass wir irgendwann in der nächsten Legislaturperiode in veränderter Zusammensetzung hier zusammenkommen werden und gemeinsam feststellen: Heute, an diesem Tag, haben wir hier gemeinsam einen Fehler gemacht. Vielleicht hätte man in die Bayerische Verfassung schauen sollen, Artikel 13. Da heißt es:

Die Abgeordneten sind Vertreter des Volkes, nicht nur einer Partei.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Richtig!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn Sie Vertreter des Volkes und nicht nur einer Partei wären, dann würden Sie einmal, zumindest am letzten Plenartag einer Legislaturperiode, aufhören, dieses Land fortwährend schlechtzureden, meine Damen und Herren. Sie würden einmal anerkennen, wie gut dieses Land dasteht.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Wissen Sie, was das Volk will?)

Wenn Sie Vertreter des Volkes wären,

(Horst Arnold (SPD): Sind Sie es denn? – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

dann würden Sie nicht einzelne Bevölkerungs- und Berufsgruppen fortwährend diskreditieren. Nein, dann würden Sie sich als Repräsentanten dieses Hohen Hauses auch einmal hinter unsere Polizei stellen, anstatt gegen sie zu demonstrieren oder sich mit dem Schwarzen Block zu solidarisieren, liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Na, na!)

Wenn Sie Vertreter des Volkes wären, dann würden Sie nicht unsere Landwirte verunglimpfen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dann würden Sie zu ihnen stehen, zu ihnen Vertrauen haben und ihnen Dank aussprechen für das, was sie für unser Land tun, liebe Kollegen. Und Sie würden unsere

Familien nicht bevormunden, indem Sie ihnen sagen, wie sie zu leben haben, und den Schwächsten nicht am Ende noch das Familiengeld streichen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie beschneiden die Wahlfreiheit der Eltern und schreiben Lebensmodelle vor. Das ist Sozialismus pur!

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Das ist nicht Vertretung des gesamten Volkes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde mir auch wünschen – ich sage das gerade den Linken hier im Haus, Rot und Grün –, dass Ihr historisches Gewissen einmal über die Phase der 68er-Bewegung hinausreichte.

Und ich würde mir am Ende wünschen, dass Sie wenigstens bei einer solchen Gelegenheit einmal die ideologische Parteibrille abnehmen und nicht Politik machen, indem Sie den politischen Wettbewerber fortwährend herabsetzen.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, wo das hinführt: Wer dem Ministerpräsidenten niederste Beweggründe unterstellt, wer ihm abspricht, dass er es mit seiner Entschuldigung hier im Hohen Haus ernst gemeint hat, wer fortwährend den politischen Wettbewerber in übelster Art und Weise nicht nur hier, sondern auch auf der Straße – das ist vielleicht noch gefährlicher – diffamiert, der legt die Axt an das, was uns hier politisch verbindet. Ich sage Ihnen: Erst zerbröseln die Parteiensysteme und dann die Demokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Demokratie sollte Wettbewerb der Ideen sein. Was wir heute wieder erlebt haben, war ein Wettbewerb der Herabsetzungen. Wie hier von Oppositionsseite argumentiert wurde, war selbstvergessen, selbstgerecht und in jeder Weise moralisierend.

Ich sage Ihnen: Seien Sie sich nicht so sicher, was die politische Stabilität und die politischen Verhältnisse in diesem Land angeht, wenn wir über die Grundlagen unserer Demokratie reden. Manch einem mag der Weg nach Weimar weit erscheinen. Aber wenn ich mir anschau, was damals passiert ist – eine unglaubliche Polarisierung, ein Hinaustragen der politischen Debatte auf die Straße, gleichzeitig eine offensichtliche Fragmentierung in den politischen Positionen –, dann stelle ich fest, der Weg ist manchmal vielleicht nicht so weit. Deswegen sollten wir uns heute damit auseinandersetzen, was wir tun müssen, damit es nicht so weit kommt. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Sie haben heute eben das geleistet, nämlich die Erosion im politischen System befördert. Sie spalten dieses Land.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist doch unerhört!)

Sie spalten dieses Land und die politische Debatte, indem Sie an die Stelle des Arguments nicht das Gegenargument setzen, sondern mit der Moralkeule kommen.

(Horst Arnold (SPD): Beispiele!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade im Hinblick darauf, wie die Kollegin Schulze zuletzt gesprochen hat: Wer uns unterstellt, wir stünden autoritären Systemen nahe, hätten sozusagen ein nationalistisches Bayern vor Augen, wer uns rassistische Tendenzen vorwirft,

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

wer uns einen Frontalangriff auf die Menschenrechte in unserer Demokratie vorwirft, wer uns für schuld am Tod von Migranten erklärt – ich sage Ihnen, was ich zumindest erwarte –, der müsste sich für so etwas entschuldigen. Liebe Freunde, das ist bisher nicht passiert.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Schulze, Sie haben gesagt, die Mehrheit in diesem Land würde unsere vermeintliche Nähe zum Autoritären nicht schätzen. Ich sage Ihnen, was die Mehrheit in diesem Land noch weniger schätzt: Ihre Nähe zu Verfassungsfeinden und die Tatsache, dass Sie mit Verfassungsfeinden gemeinsam auf die Straße gehen. Nein, das will die Mehrheit in diesem Land nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage auch ganz deutlich: Rechtsradikale bekämpft man nicht, indem man mit Linksradi kalen und Linksextremisten gemeinsame Sache macht.

(Beifall bei der CSU)

Wer sich mit solchen Leuten gemein macht und sich nicht abgrenzt, der macht die Ränder stark.

Was aber noch schlimmer ist: Sie verbreiten auch die Unwahrheit. Sie verbreiten die Unwahrheit, säen Misstrauen, säen Missgunst, verbreiten offenkundig Lügen und, wie man Neudeutsch sagt, Fake News.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Beispiele!)

Ich bin, ehrlich gesagt, entsetzt. Ich bin entsetzt über das, was ich hier vom Kollegen Aiwanger gehört habe. Er verbreitet Gerüchte, die unser Finanzminister in einem Zeitungsinterview längst ausgeräumt hat, und sät Misstrauen, dass die Beamten in Bayern plötzlich um ihre Sonderzahlung fürchten müssen und vielleicht in Zukunft mehr arbeiten müssen. Keiner weiß, woher diese Gerüchte kommen, aber sie sind längst ausgeräumt. Und was macht der Kollege Aiwanger hier? – Er erzählt diese Gerüchte munter weiter. Danach setzt er noch eins drauf

(Zuruf von der CSU: Richtig!)

und will den Eindruck erwecken, dass unsere bayerische Polizei nicht Recht und Gesetz vollzieht, sondern Strafvereitelung im Amt stattfinden soll. Lieber Herr Kollege Aiwanger, wenn Sie einen Funken Anstand hätten, wären Sie erstens jetzt bei der Debatte da und würden zweitens sofort erklären, was Sie damit gemeint haben.

(Beifall bei der CSU)

Wer so daherredet, liebe Kolleginnen und Kollegen, der wirkt am Ende tatsächlich zersetzend, was das politische System angeht.

Ich will aber hier auch die Kollegin Kohnen nicht ausklammern. Auch sie hat heute, wie ich meine, starken Tobak präsentiert. Sie hat tatsächlich wider besseres Wissen unserem Ministerpräsidenten erneut vorgeworfen, dass er das Wort "Asyltourismus" mit ertrinkenden Menschen im Mittelmeer in Verbindung gebracht hat. Ich sage Ihnen, Frau Kollegin Kohnen: Auch bei Ihnen wäre es gut, wenn Sie zu diesem Zeitpunkt der Debatte noch da wären und nicht den Raum schon verlassen hätten wie die Kollegen Ihrer eigenen Fraktion während Ihrer Rede, sondern sich am Ende dafür entschuldigen und sagen würden, dass eben das nicht stattgefunden hat, und anerkennen würden, dass unser Ministerpräsident dieses Wort in anderem Zusammenhang verwendet hat und hier im Hohen Haus deutlich gemacht hat, dass es ihm leid tut. Ich finde, wer Anstand plakatiert, meine Damen und Herren, sollte am Ende auch Anstand zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Das habe ich heute in dieser Debatte leider vermisst.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Herrn von Brunn?

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Das machen wir im Anschluss.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Gut.

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Die Kollegin Schulze hat auch viel von Anstand und Haltung gesprochen.

(Zuruf von der CSU: Wie immer!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Haltung ist etwas, was für mich der Bayerische Ministerpräsident gezeigt hat, indem er sich beispielsweise zur Prägung des Landes bekennt und zu dem, was die Grundlagen unseres Zusammenlebens sind, indem er deutlich gemacht hat, dass Zusammenhalt vielleicht das wichtigste Gut in diesen Zeiten ist.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Frau Kollegin, ich habe in den letzten Jahren an vielen Stellen gerade bei Ihnen die Haltung vermisst. Jetzt plötzlich wollen Sie das alles mit schönen Worten zudecken. Aber ich erinnere mich gut, wie Sie beispielsweise die Leistung der Trümmerfrauen in unserem Land in unglaublicher Art und Weise diskreditiert haben, indem Sie das Denkmal für die Trümmerfrauen verhüllt haben. Ich habe es nicht vergessen, liebe Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Noch mal in Richtung der SPD: Der Kollege von Brunn kann seine Frage vielleicht noch entsprechend anpassen und darüber nachdenken, was politischer Anstand heißt. Sie lassen den Anstand vermissen. Ich frage Sie: Ist es anständig, wenn Sie uns für Ertrinkende im Mittelmeer verantwortlich machen? Ist es anständig, wenn die Jusos plakatieren "Fuck CSU"? Ist das der politische Anstand, von dem Sie reden? Sie verbreiten offenkundig in diesem Haus Unwahrheiten. Ich empfehle Ihnen für die Zukunft, nicht über Demonstrationen zum Thema "Ausgehetzt" nachzudenken, sondern unter "#ausgeheuchelt" die eigene Position zu hinterfragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Substanzlos ist das!)

Ich hätte mir gewünscht, dass wir heute den Kernauftrag der Demokratie ernst nehmen: den Wettbewerb der Ideen. Dazu müssen wir uns jedoch mit Ideen von Ihrer Seite auseinandersetzen können. Ich habe nichts gehört. Ich habe keine einzige Idee gehört, mit der wir das Land nach vorne bringen könnten. Wenn Sie Ideen äußern, handelt es sich um Ideen, mit denen Sie alles aufs Spiel setzen.

Frau Kollegin Kohnen hat eine sehr bemerkenswerte Rede gehalten. Ehrlich gesagt wundert es mich nicht, dass sich die Oppositionsführerschaft von den Sozialdemokraten entfernt. Sie hat ein Bayern gezeichnet, in dem wir einen starken Staat brauchen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen starken Staat an der Stelle, an der es die Menschen erwarten, nämlich das Eintreten für Sicherheit und den Schutz von Leben und Eigentum. Sie meinen einen starken Staat, der in die Wirtschaft eingreift, alles an sich zieht und die Menschen bevormundet. Ich sage Ihnen: Das ist Planwirtschaft. Das ist Sozialismus. Das ist aber nicht der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Im Hinblick auf die Äußerungen von Frau Kollegin Schulze finde ich es bemerkenswert, dass Sie sich mit unserem Wahlprogramm auseinandersetzen. Gestern bei der Fernsehdiskussion mit Ihrem Kollegen hatte ich den Eindruck, dass die GRÜNEN ihr eigenes Wahlprogramm nicht kennen. Sie wollen vergessen machen, dass Sie für Tempolimits, für Gemeinschaftsschulen, für höhere Steuern und für vieles mehr sind. Das kommt heute allerdings auch auf den Tisch. Ich empfehle Ihnen: Setzen Sie sich mit Ihren eigenen Positionen auseinander, und sagen Sie uns, wie diese das Land voranbringen sollen. Wir glauben nicht, dass Ihre Ideen dieses Land voranbringen. Das würde ein anderes Bayern bedeuten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, Sie denken an die Redezeit, oder?

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) – Ich bin fertig.

Am 14. Oktober geht es um Bayern und um die Art und Weise, wie wir leben. Wir kämpfen für ein Bayern mit Zusammenhalt statt Spaltung, mit Stabilität statt Chaos und mit Stärke statt Verzagtheit. Seit 60 Jahren wollen wir das Beste für Bayern. Das ist das, was uns auch in Zukunft leitet. Wir sind zuversichtlich, dass wir am 14. Oktober das Vertrauen der Menschen gewinnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Mir liegen drei Meldungen für eine Zwischenbemerkung vor. Ich nenne die Reihenfolge: Herr Kollege Gehring, Frau Kollegin Gottstein und Herr Kollege von Brunn. Herr Kollege Gehring, bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Blume, Ihre Äußerungen kann man am letzten Tag dieser Legislaturperiode nicht so stehen lassen. Sie haben den Stil dieses Hauses und den Umgang miteinander angesprochen. Sie haben große Worte verwendet. Wenn man solche Worte verwendet, muss man ihnen selber auch gerecht werden. Das gilt beispielsweise für das Wort "Würde". Ich glaube nicht, dass die Rede, die Sie gerade gehalten haben, sehr würdevoll war.

(Widerspruch bei der CSU)

Wir hatten eine durchaus lebhaftere Debatte. Es gab auch schon lebhaftere Debatten. Die Aggression hat Herr Kollege Kreuzer hineingebracht. Aber das macht er immer so. Damit können wir umgehen. Da steht nicht viel dahinter. Sie haben der Opposition Fake News, Lügen und Zersetzung des Systems vorgeworfen.

(Zurufe von der CSU: Richtig!)

Ich frage mich schon: Welche Worte werden Sie denn verwenden, wenn in nächster Zeit eine neue Fraktion in den Landtag einzieht? Welche Sprache wählen Sie, wenn es um den Konsens der Demokraten und den Austausch unterschiedlicher Argumente geht?

Die Argumente sind ausgetauscht worden. Dank einer Zwischenbemerkung hat die Kollegin nochmals einiges zum Thema Flächenfraß und zu den Maßnahmen dagegen ausgeführt. Zu diesem Punkt kann man unterschiedlicher Meinung sein. Aber wir sollten uns nicht mit den Themen Fake News und Zersetzung auseinandersetzen. Das Problem von Katharina Schulze ist eher, dass sie in dieser kurzen Zeit zu viel redet und zu viele Vorschläge macht. Zu wenig Vorschläge und zu wenig Inhalte sind nicht das Problem. Das, was Sie sagen, diskreditiert dagegen die Arbeit aller Oppositionsfraktionen und übrigens auch Ihrer eigenen Fraktion in den letzten fünf Jahren. Wir haben eine Vielzahl von Gesetzen – von den GRÜNEN waren es rund 47 – und Anträgen eingebracht. Wir haben Haushaltsanträge gestellt, die durchgerechnet worden sind. In diesem Parlament wurde durchaus gut und vernünftig gearbeitet. Deswegen sind Begriffe wie "Fake News" und "Zersetzung" nicht hinzunehmen. Sie sollten sich davon distanzieren. Eigentlich sollten Sie sich bei uns Parlamentariern entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zwei Minuten sind um.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sie haben ein Problem. Vertreter des Volkes sind wir alle. Bei Ihnen gewinnt man jedoch den Eindruck, dass Sie nur Vertreter der CSU sind und alles nur mit dieser Brille sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege Gehring, ich habe die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten genau als das verstanden: Er wollte deutlich machen, was dieses Land in den letzten fünf Jahren auf den Weg gebracht hat. Er hat diesen gemeinsamen Geist beschworen. Niemand von Ihrer Seite hat sich dazu geäußert. Sie hätten es sagen können. Das habe ich Ihnen nicht verboten. Stattdessen haben wir vorhin eine Agitation erlebt. Sie stellen einfach ungeprüfte Behauptungen in den Raum. Ich glaube, Sie müssen an dieser Stelle nicht Herrn Kollegen Aiwanger verteidigen. Er müsste sich selbst erklären. Wie kommt er dazu, hier

zu erklären, er hätte irgendetwas gehört? Er stellt in den Raum, dass die bayerische Polizei nicht ordentlich Recht und Gesetz vollziehen würde. Wie kommt er dazu, einfach Gerüchte zu verbreiten, zu denen es eine klare Erklärung der Staatsregierung gab, wonach diese Gerüchte keine Substanz haben? Wie kommt Frau Kollegin Kohnen heute dazu, etwas fortgesetzt zu behaupten, von dem sie weiß, dass es nicht so war? Der Ministerpräsident hat mit "Asyltourismus" nicht die Primärmigration und schon gar nicht die Ertrinkenden im Mittelmeer gemeint. Wie kommen Sie dazu, so etwas einfach in den Raum zu stellen wider besseres Wissen? – Ich kann nicht anders, als zu sagen: Sie verbreiten Unwahrheiten und Lügen.

(Unruhe)

Damit bereiten Sie den Nährboden für eine vergiftete politische Debatte in diesem Land.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt kommen wir zur zweiten Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Gottstein, bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Blume, Sie werfen im Rahmen Ihrer Endzusammenfassung letztendlich der gesamten Opposition vor, sie würde nichts anderes machen, als zu diffamieren. Ich denke, das haben Sie gerade mit Ihren Bemerkungen ausschließlich gemacht. Sie haben uns vorgeworfen, wir wären in den 68er-Jahren stehengeblieben. Sie verkennen, dass wir ohne die 68er – ich zähle mich nach wie vor dazu – kein Wahlrecht mit 18 hätten. Wir Frauen müssten immer noch hinter dem Herd stehen und hätten keine Rechte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Forderungen aus den 68er-Jahren sind von den Regierungen der 70er-Jahre umgesetzt worden.

Sie halten der Opposition vor, wer gemeinsam mit wem auf die Straße geht, und vergessen dabei, dass Ihr derzeit amtierender Parteivorsitzender gesagt hat, er wäre in Chemnitz auch auf die Straße gegangen. Sie werfen uns vor, wir würden polarisieren. Sie und Ihre Partei sind doch diejenigen, die polarisieren. Es ist noch nicht lange her, dass aufgrund von Punkt 62 in einem teilweise doch sehr sinnvollen Papier fast die Regierung geplatzt wäre. Wenn das nicht Polarisierung war, weiß ich nicht, was Polarisierung heißt.

Sie werfen der Opposition vor, sie sei selbstgerecht. Sie waren gerade mit Ihrer Rede ein Musterbeispiel für Selbstgerechtigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie werfen uns vor – das sage ich nach zehn Jahren in diesem Haus –, wir hätten keine Ideen gehabt und hätten Sie nur angegriffen. Es ist doch eher umgekehrt. Ich glaube, keine 5 % der Ausschusssitzungen haben dazu geführt, dass die Ideen der Opposition aufgegriffen worden sind. Stattdessen wurden sie abgeschmettert und dann als neue Ideen von Ihrer Seite verkauft. Das ist der Stil, den ich nach zehn Jahren in Erinnerung habe. Wir haben debattiert. Es ist nichts angekommen. Fast nichts wurde aufgegriffen. Dann sagen Sie, wir hätten keine Ideen und seien selbstgerecht. Es ist eher umgekehrt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Gottstein, die Länge Ihrer Ausführungen zeigt, dass es Sie irgendwie getroffen hat und wahrscheinlich auch richtig ist.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das Zweite: Ja, Frau Kollegin Gottstein, ich darf auch seit zehn Jahren dem Bayerischen Landtag angehören. Wenn Sie mich nach Ihrer Position oder der Position Ihrer

Partei fragen, kann ich sie Ihnen bis heute nicht so genau sagen. Heute ist auch von Orientierung und Standpunkten gesprochen worden.

Das Dritte: Ich habe mich gegen die Aussage gewandt, dass wir keinen Wettbewerb der Ideen führen würden. Ein Wettbewerb, in dem mit Argumenten gestritten wird, ist zulässig. Dabei muss die Demokratie alles aushalten. Wir müssen aber Debatten unterbinden, bei denen wir an die Stelle des Arguments die Moral setzen. Wenn ich mich richtig erinnere, hat die erste Rednerin, die Kollegin Kohnen, genau das getan. Sie hat den Bayerischen Ministerpräsidenten in seiner moralischen Eignung beurteilt und danach gefragt, ob er geeignet ist, dieses Amt auszuüben oder nicht.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das haben andere auch schon gefragt!)

Ich behaupte: Niemand kann in diesem Hohen Haus die moralische Eignung eines anderen beurteilen, und man sollte es auch nicht tun. Das habe ich mit dem fehlenden politischen Stil gemeint.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die dritte Zwischenbemerkung: Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Blume, der Ministerpräsident hat unzweifelhaft von Asyltourismus gesprochen. Nachdem er diesen Begriff im Juni in den "Tagesthemen" geäußert hat, hat er ihn noch einmal wiederholt. Später hat er bedauert, das gesagt zu haben. Sie haben sich heute unglaublich darüber erregt, in welchen Zusammenhang wir diese Äußerung gestellt haben. Ich will nur auf eine Bemerkung von Innenminister Joachim Herrmann vom November 2014 verweisen. Er hat damals gesagt, es sei höchste Zeit, dass Italien unsere Kritik höre und besser gegen Asyltourismus vorgehe. Was soll das bitte heißen? – Das können Sie an der Stelle einmal erklären.

Wenn Sie über Anstand reden, hätte ich gerne gehört, dass einer aus der CSU den Äußerungen von Bundesinnenminister Seehofer zu Chemnitz und seiner Haltung zu Herrn Maaßen widersprochen hätte.

(Beifall bei der SPD)

Herr Seehofer ist seit einiger Zeit als Geisterfahrer in der Großen Koalition auf der ganz rechten Spur unterwegs. Dazu hört man von Ihnen überhaupt nichts. Ich vermisse auch Sie, Herr Blume, und andere Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag und dem Deutschen Bundestag, wenn in München die Zivilgesellschaft gegen NPD- und AfD-Mitglieder demonstriert, die den Schießbefehl an der Grenze wieder einführen wollen. Wo sind Sie denn da? Ein einziger Stadtrat der CSU ist da – das ist anständig –, aber kein Landtagsabgeordneter und kein Bundestagsabgeordneter von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Markus Blume (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, ich glaube, Ihre Ausführungen haben gerade für das gesprochen, was ich problematisiert habe. Sie sagen, wir würden fortwährend die anderen in einer Art und Weise herabsetzen und Ihnen eine Intention unterstellen, die nie zugrunde lag und für die man sich auch nicht rechtfertigen muss.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben mir nicht zugehört!)

– Ich habe Ihnen zugehört, Sie mir aber offensichtlich nicht. Ich möchte an der Hauptbotschaft anknüpfen, die heute der Ministerpräsident mit seiner Regierungserklärung ausgesendet hat, nämlich zu der Art und Weise, wie wir miteinander umgehen. Ich möchte, dass politische Debatten in der Mitte der Gesellschaft stattfinden. Ich möchte nicht, dass die Debatte auf der Straße stattfindet und die Dinge am Ende von den Extremen ausgehandelt werden. Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Ich gehe dann nicht auf die Straße, wenn ich weiß, dass ich dort mit Linksradikalen unterwegs bin, um gegen Rechtsradikale zu demonstrieren. Nein, der Ort der Auseinandersetzung muss

hier das Parlament sein. Hier muss aus der Mitte heraus debattiert werden. Mit Extremen von Links oder von Rechts macht man keine politischen Geschäfte.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Blume. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.